Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.52, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Beiträge für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige. Für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 61. Sonnabend, den 13. März 1909. 20. Jahrgang.

Sozialismus und Kirche im Ausland.

In Preußen-Deutschland sind Kirche und Klassenstaat aufs engste verbunden, enger jedenfalls als in jenen Ländern, in denen die Demokratie bereits mehr Fortschritte zu verzeichnen hat, als bei uns. In Deutschland wäre ein Pfarrer, wie der schweizerische Kutter, unmöglich, der in seinem Buche „Sie müssen", dem sich neuerdings ein weiteres Werk, „Gerechtigkeit" betitelt, hinzugesellt hat, die christliche Religion des Neuen Testaments und die Sozialdemokratie als im Einklang mit einander stehend bezeichnete. In seiner Züricher Gemeinde hat sich im vorigen Jahre unter seinem Einfluß, wenn auch ohne seine direkte Mitwirkung, ein Verein sozialistischer Kirchengenossen gebildet, und die Arbeitergemeinde Außersihl, in der Genosse Pflüger als Pfarrer wirkt, konnte das gleiche Ereignis verzeichnen. In diesen Vereinen werden an den Sonntagabenden Vorträge über religiös-soziale Themata gehalten. Auch zu den Synodalwahlen werden Vertreter der Genossen aufgestellt. Einen sehr entschiedenen Schritt wider das Mitmachen leerer zeremonieller Gebräuche hat Pfarrer Kutter getan. Er hat sich geweigert, fortab kirchliche Trauungen zu vollziehen, weil die meisten Brautpaare entweder nur aus Familienrücksichten die Trauungen begehrten, oder abergläubische Erwartungen damit verbänden. Kutter hat sich deshalb von seinem Kirchenvorstande von der Verpflichtung, Trauungen vornehmen zu müssen, entbinden lassen, und ist auch in der Synode, wo man ihn und den Kirchenvorstand deswegen belangen wollte, Sieger in dieser Angelegenheit geblieben. In Deutschland sind die Synoden darauf bedacht, den Eheleuten, die sich nicht trauen lassen, mittels kirchlicher „Zuchtmittel" einen — allerdings eingebildeten — Schaden zuzufügen. Wie würde es bei uns erst einem Pastor ergehen, der es machen wollte, wie der durch und durch fromme und doch grundehrliche Pfarrherr am Neumünster in Zürich?!

Ein Chicagoer Blatt, „Der Christliche Sozialist", teilte unlängst in einem Artikel, der „Hunderte von Geistlichen erklären sich für den Sozialismus" überschrieben, war, mit, unter den vielen ausgesprochen sozialistischen Geistlichen Londons befänden sich auch die hervorragendsten Prediger der vier Hauptdenominationen. Ueber 200 amerikanische Geistliche im Amt aus verschiedenen Kirchen hätten einen Aufruf des Generalsekretariats der „Christian Sozialist Fellowship" unterschrieben und sich dem Sozialismus verpflichtet, der industriellen und politischen Revolution, als der irdischen Erscheinungsform des Reiches Gottes. Dasselbe Blatt brachte außer diesem Artikel auch eine umfangreiche Zuschrift von Henry F. Ward an seine methodistischen Kollegen in Chicago. Es seien daraus nach der Uebersetzung des „Protestantenblatts" (Februar 1909) folgende Hauptstellen hier wiedergegeben:

„Der Sozialismus ist auf dem Wege, das Volk vor dem rasch wachsenden und erfolgreichen Ansturm des Kapitalismus auf die persönliche Freiheit zu retten. Er steht für die Freiheit der Arbeiter aller Nationen ein und damit für die volle Freiheit der ganzen Menschheit!"

„Wir haben die Lohnsklaverei, sie ist eine ausgemachte Tatsache. Nicht im Besitz von Werkzeug müssen Menschen arbeiten oder hungern, ja nachdem andere Menschen es vorschreiben.... Er (der Arbeiter) ist sogar gezwungen, Kontrakte zu unterschreiben, die ihn seiner gesetzlichen Rechte berauben. Er kommt auf die schwarzen Listen, wenn er sich für seine Unabhängigkeit rührt."

„Leute, die für soziale Gerechtigkeit kämpften, fanden, daß die Kirche nicht nur ohne Mitgefühl für sie, sondern sogar gegen sie sei. Der Ausdruck „Klassenkampf" bedeutet gesellschaftliche Wiedergeburt."

Solche Aeußerungen beweisen, daß es auch Vertretern der christlichen Religion möglich ist, zum Sozialismus ein positives Verhältnis des Verständnisses und Anschlusses zu gewinnen, wenn nur Einsicht, soziales Gerechtigkeitsgefühl und Unabhängigkeitssinn sich zusammenfinden. Wo aber diese Eigenschaften entweder gänzlich fehlen oder nur verkümmert vorhanden sind, da finden wir, daß die Diener der Kirche entweder haltlos hin und her schwanken oder meistens auf Seiten der Unterdrücker eifrig gegen die „begehrlichen" Jünger des Sozialismus ankämpfen. Nicht aber der Sozialismus ist es, der durch solch ein Verhalten diskreditiert wird, sondern einzig und allein die Kirche und mit ihr, ohne unser Verschulden, auch die Religion.

Kaffeezoll und Kohlensteuer.

Durch das mißtönende Konzert der Reichsfinanzreform klingt seit einiger Zeit immer stärker ein neues trauriges Motiv. Immer lauter, immer zuversichtlicher spricht man von der Erhöhung des Kaffeezolls und von der Einführung einer Kohlensteuer. Geredet wurde allerdings schon die längste Zeit von solchen abenteuerlichen Plänen, doch fanden die darauf hinzielenden Gerüchte nicht viel Beachtung, weil der Eindruck vorherrschte, es handle sich um einen schlecht geratenen Faschingsscherz. Seitdem sind die Zweifler und Vernunftmenschen, die sich einbildeten, die Reichsfinanzreform sei immerhin eine ernste Aufgabe für verständige Leute, durch das berüchtigte Viermännerkompromiß eines besseren belehrt worden. Wo ein solches Kompromiß möglich war, ist noch verschiedenes andere möglich, da heißt es dann: je unsinniger und gemeingefährlicher, desto wahrscheinlicher. Seit aber das große Kompromißungeheuer, von Hohn und Gelächter hinweggescheucht, in die Versenkung verschwunden ist, hört man von Kaffeezoll und Kohlensteuer nur noch lauter reden.

Was zunächst den Kaffee betrifft, so ist beinahe überflüssig zu sagen — weil selbstverständlich — daß dieses fast unentbehrliche Gebrauchsmittel der breiten Massen schon heute einen ganz ausgiebigen Finanzzoll zu tragen hat. Im Jahre 1907 wirtschaftete das Reich aus dem Kaffee 72 Millionen heraus, gewiß eine erhebliche Summe. 44 Prozent des Wertes sind als Finanzzoll an die Reichskasse abzuführen, sodaß jetzt schon beinahe ein Drittel des Preises, der im Detailhandel für den Kaffee bezahlt wird, als Steuer an das Reich geht. Bei Finanzzöllen kann natürlich auch nicht im Entferntesten davon die Rede sein, daß der Zoll von irgendwem anderen getragen wird, als dem Verbraucher; jeder Pfennig, der auf den Kaffee gelegt wird, muß also ausschließlich von den verbrauchenden Massen selbst aufgebracht werden. Nun haben Volksgetränke, wie Kaffee, Thee, Kakao und kalte alkoholfreie Getränke bekanntlich den außerordentlichen Vorzug, daß sie den schädlicheren alkoholischen Getränken in der Volksgunst erhebliche Konkurrenz machen, und je mehr sie durch Verbilligung den Massen zugänglich gemacht werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie den Alkohol, namentlich den verderblichen Branntwein, zurückdrängen. Haben wir nun gehört, daß die Junker trotz neuer Branntweinsteuern mit ängstlicher Sorge darüber wachen, daß der Verbrauch an Trinkbranntwein nicht zurückgehe — denn die Verbreitung der Schnapspest ist ein nationales adeliges Gewerbe — so zeigt sich nun die Tendenz, nützliche Volksgetränke zu verteuern, damit sie dem Branntwein als Konkurrenten nicht zu gefährlich werden. Man will den Kaffeeverbrauch in Deutschland — um ein modern gewordenes Wort zu gebrauchen — zwar nicht formell, aber tatsächlich durch Zollerhöhung „kontingentieren". Was soll man nun gar aber dazu sagen, soll man weinen oder lachen, wenn sich nun der freisinnige Fraktionsführer Wiemer in der Finanzkommission des Reichstags hinstellt und aus der Tiefe seiner staatsmännischen Weisheit den kostbaren Satz schöpft, daß eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke erwägenswert sei? Es soll also nicht bloß der Kaffee bluten, nein, jedes Getränk, dessen Analyse ergibt, daß es schändlicherweise keinen Alkohol enthält, soll sofort in möglichst hohe Steuerstrafe genommen werden. Daß den schnapsbrennenden Junkern eine solche Besteuerung der Mäßigkeit und der Temperenzbewegung sehr sympathisch ist, daß zum Beispiel daher auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung" solche Pläne seit langer Zeit mit Eifer propagiert, kann nicht wundernehmen. Wenn aber der freisinnige Herr Wiemer sich dazu hergibt, den Junkern solche Pläne zu apportieren, so schützt ihn nur seine notorische politische Unbegabtheit vor schlimmerem Verdacht. Man braucht vorläufig noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß eine rasch einsetzende Aufklärungsarbeit die neuen kulturfeindlichen Steuerpläne der Blockleute dahin befördern wird, wo sich ihr berühmtes Kompromiß schon heute befindet.

Von der Kohlensteuer sagen die Propheten jetzt schon, daß sie starke Schwierigkeiten zu überwinden haben werde. Es handelt sich hier auch nicht bloß um den kleinen Mann, der, wenn er seine Stube heizen will, zu den Wuchergewinnen, die er dem Kohlensyndikat zu zahlen hat,

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

137]

Diese Aeußerung machte ihn stutzig, er ließ mich einige Belege beibringen, und dann sagte er gutmütig: Sie scheinen das Ding besser zu verstehen wie ich, der ich ins Theater gehe, um mich zu amüsieren. Mir gefällt die Person ausnehmend, sie ist so elegant. Wir haben ein Lustspiel, worin sie eine Kokette macht, im Laufe des Jahres zwanzigmal gehabt, und zwanzigmal waren Logen und Parterre überfüllt, obgleich unser Publikum den Wiederholungen abhold ist und Neues verlangt. Weshalb diese Ausnahme? Weil sie jedesmal ein anderes Kleid produziert, einen Stoff immer kostbarer als den anderen! Ehe der Vorhang zum zweiten Mal aufgeht, hören Sie ringsumher fragen: ich bin neugierig, was sie wieder Apartes mag aufgetrieben haben? Und dann wird sie regelmäßig mit stürmischem Applause empfangen. Ja, sie ist sehr beliebt. Und sie hat auch immer sehr gute Rezensionen. — Das will ich glauben, rief ich dazwischen: wie der Preis, so die Ware. Beides, Rezensionen und Kleider, werden ihr teuer genug zu stehen kommen! Meinen Sie? lachte mein Leutnant; o, Sie sind ein Vokativus! — Und die besoffene Wachsfigur blieb in allen Zeitungen „der Liebling der gebildeten Welt". Sehen Sie, lieber Ernst, solche Greuel wären unmöglich, wenn die Leute um der Hauptsache willen ins Theater gingen, wie einstmals, und wenn die Nebensachen nicht nach und nach zur Hauptsache geworden wären. Die stehenden Bühnen in Mittelstädten haben die Kostüm- und Dekorationstorheiten der großen „Kunstanstalten" für befolgenswerte Beispiele gehalten, und sogar wir sind genötigt nachzuäffen, was der Zeitgeist verlangt, der — in diesem Punkte wenigstens — nicht viel Geist entwickelt."

Wenn dann Ernst nach solcher Expektoration dem Vereine mehrerer Künste, der Unterstützung das Wort redete, die dem Drama durch Malerei, archäologisch-antiquarisches Studium, historische Gewissenhaftigkeit angedeihe; wenn er vom schönen Rahmen sprach, der das Bild würdig umgeben und hervorheben müsse; wenn er spöttisch der lächerlichen Kostümierung gedachte, in denen sogar berühmte Schauspieler vor unseren Großeltern tragische Helden repräsentiert hätten; und was dergleichen mehr ist .... dann kochte und brodelte wohl in Wulf ein gelinder Aerger auf. Doch ein Blick auf den Liebling, welchem Kordelias Liebe wie eine Glorie ums Haupt gewunden schien, genügte, jede Aufwallung zu beschwichtigen, und es hieß jedesmal: „Darüber wollen wir nun nicht streiten, Freund! Wir brauchen unsere Zeit nötiger."

Dann gings an Uebungen in Rezitation, oder an das Studium der nächsten Rolle; und dabei wurde Ernst aus einem widersetzlichen Streiter zum lernbegierigsten Schüler.

Bedenklicher drohten die Gegensätze verschiedener Generationen sich auszusprechen, wo sichs um zeitgemäße Poesie, um sogenannte „Tendenzstücke" handelte, für welche Ernst eine entschiedene Vorliebe, gegen welche Wulf eine noch entschiedenere Abneigung zeigte. „Ich begreife nicht", sagte der letztere oft, „wie ein begeisterter Verehrer Goethes, ein Mensch, der sich den „Tasso" zur höchsten Aufgabe gesetzt hat, der mich unaufhörlich quält, daß ich dies eigentlich undramatische Drama für ihn zur Aufführung bringen soll, jene gänzlich unpoetischen, politischen Machwerke begünstigen kann?"

Wenn dann Ernst ihm vorwarf, er sei inkonsequent, in einem Atem Goethe als Muster und dessen lieblichstes Gedicht undramatisch zu nennen — da brach Wulf heftig aus: „Was Ihr jungen Burschen in Eurer Weisheit nicht alles wißt! Also weil ich Schiller für ein ungleich größeres dramatisches Genie anerkenne; weil ich Goethes Tasso für nicht dramatisch halte und das ehrlich eingestehe; .... deshalb soll ich nicht das Recht haben, meinen Goethe an und für sich als den Mittelpunkt aller Poesie zu erklären, die etwa in mir lebt und waltet? Was geht mich das Theater an? Ich für meine Person hab' es überwunden, es liegt hinter mir samt seinen Täuschungen, Torheiten, Irrtümern, Wonnen und Qualen. Aber Goethe lebt, erquickt, belehrt, tröstet und verschönert mir die Häßlichkeit des trüben Daseins zwischen Kulissen, Lampenkasten, Proben, schlechten Komödien, faulen Komödianten und dummen Publikümmern. Goethe, Goethe und abermals Goethe! Sie sind noch nicht reif für ihn, mein lieber Ernst. Sie sind der Inkonsequente, denn am Tasso gefällt Ihnen zunächst, was mir an dem Gedichte mangelt, um ein wahrhaft dramatisches und theatralisches zu sein. Sie sind noch nicht reif, mein Ernst, weder als Mensch, der den Kern der Poesie, noch als Schauspieler, welcher den Kern des eigentlich Dramatischen erkennt; Sie stecken noch in der rhetorischen Hülse und müssen sich erst völlig entpuppen durch fleißige Aktion."

„Das versteh' ich nicht", erwiderte dann Ernst.

Und durch diese ernüchternde Entgegnung kam Wulf ins Geleise und setzte hinzu: „Wir verständigen uns ein andermal, wenn ich ruhiger bin. Verzeihen Sie dem alten Hitzkopf."

Wulf gebrauchte diesen Ausdruck oft und aufrichtig von sich selbst, obgleich er nicht ableugnen konnte, daß die Zusammenstellung zweier so verschiedenen Bezeichnungen, wie alt und Hitzkopf, den Tadel herausfordert. Jugendliche Hitzköpfe sind verzeihlich; für alte Hitzköpfe wird man selten Nachsicht haben. Und dennoch gibt es deren gar viele, mehr als man denken sollte. Scheint es doch bei manchen, die rasch auflodernde Heftigkeit nähme mit den Jahren eher zu denn ab. 's ist toll genug; doch weiß es der Verfasser dieses Buches aus selbsteigensten Erfahrungen. Für ihn gibt es noch immer gewisse Ansichten in Kunst und Leben, über welche besonnen, leidenschaftslos, objektiv ruhig zu verhandeln ihm möglich wird, und wo ihm die Zunge jedesmal davonläuft, so fest und oft er sich schon vorgesetzt, sie im Zaume zu halten. Erst gestern ... es gehört gewissermaßen zu diesem Buche — begegnete mir etwas der Art. Ich las einem bei mir einsprechenden Bekannten die eben niedergeschriebenen Aussprüche Wulfs über Goethe vor, welche mein Zuhörer, ein versteckter Antigoetheaner, einseitig schalt. Ich hätte mir leicht herausheisen können, wenn ich ihm erwiderte: das mag wohl sein; weshalb darf sich der Theaterinspektor Wulf, genannt Tod, nicht einseitig zeigen? Damit war alles abgemacht. Mich aber plagte der Geist des Widerspruchs, die Verantwortung auf mich zu nehmen, und ich erhitzte mich und redete mich immer tiefer in die Erbitterung hinein, so daß ich unter anderem sagte: „In der Kenntnis und Anerkennung Goethes — und Mozarts finden und verstehen sich Menschen, die einander sonst fremd waren. Edles Gefühl, höhere geistige Bildung, reiner Kunstsinn werden durch diese Anerkennung verbürgt. Das ist eine Freimaurerei, — von der ich sonst nichts weiß, da ich kein Maurer bin! Die Goethe und Mozart über alles lieben, sind Brüder eines unsichtbaren Bundes. Bei denjenigen, welche Schiller und Beethoven über jene stellen, setze ich schon eine Hinneigung zur unklaren, mit unpoetischen und unästhetischen Nebenbegriffen vermischten Kunstrichtung voraus; sei es rigoristische Tugendjagdlust, sei es politisierendes Verkennen dessen, was die Kunst soll und will. Im allgemeinen vermeide ich mehr den näheren Umgang mit ihnen, als daß ich ihn suchen sollte. Doch läßt sich immer noch mit ihnen reden und streiten, weil Schiller wie Beethoven beide groß und erhaben genug sind, um auch ihren ausschließlichen Anbetern Halt und Würde zu verleihen. Nachher aber gehts mit den modernen Verkennern Mozarts, mit den politischen oder moralischen Verketzerern Goethes immer tiefer herab, und sie schwimmen auf dem Strome bayrischen Bieres, dem kastalischen Quell der Jetztzeit, bis zur Zukunftsmusik und Tendenzpoesie, wo Schönheit und Melodie verschwinden und verstummen, und nur eine sterile, triste Verneinung sich abmartert. Das reale Theater, über dessen Verfall mein armer Wulf schon jammerte, ehe Tod noch wirklich tot war, empfing durch die religiös-sozialistisch-kommunistische Bühnenschriftstellerei den letzten Gnadenstoß. Seitdem gewisse Schlagwörter und Tiraden schon genügen, schallenden Applaus hervorzurufen, gleichviel wie sie vorgetragen werden, dürfen die plumpsten, talentlosesten Laffen dreist wagen die Bretter zu betreten. Jeder Lümmel erntet Beifall, wenn er Schmähungen wider die Kirche, wider Fürsten wider Vornehme und Reiche ausstößt. Vielleicht sind das höchst günstige Zeichen der Zeit, und möglicherweise schreitet dadurch die Welt einer beglückenden Verbesserung entgegen. Nur das Theater, die Darsteller werden dabei immer schlechter ...."

(Fortsetzung folgt.)

obendrein noch eine Reichssteuer entrichten soll, sondern es handelt sich hier um die Einführung einer gänzlich neuen Steuer, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, deren Begriff sogar in der Finanzwissenschaft noch völlig unbekannt ist, nämlich um die Einführung einer allgemeinen Produktionssteuer. Fast zu jeder Art der Produktion ist nach dem gegenwärtigen Stande der Technik der Verbrauch von Kohle notwendig, sodaß jeder, der irgend etwas produziert, seien es Kleiderstoffe, Hüte, Nadeln, Gläser oder was immer, in der Form der Kohlensteuer eine allgemeine Produktionsabgabe zu bezahlen haben würde. Diese Produktionsabgabe muß selbstverständlich in den Preisen der Produkte selbst zum Ausdruck gelangen, sie belastet nicht den einzelnen Industriellen, sondern die Industrie, die Volkswirtschaft ganz im allgemeinen. Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, was die Industriellen, die immer über die Lasten der Sozialpolitik klagen, zu dem Plane einer neuen Belastung der Industrie — diesmal zu gänzlich improduktiven Zwecken — zu sagen haben werden.

Politische Uebersicht.

Der Steuerschacher. Die Bewegung der liberalen Bürgerschaft zugunsten der Nachlaßsteuer wächst an. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft fühlt sich aber allem Anschein nach nicht im mindesten dadurch beschwert, denn sie schachert unentwegt weiter und erwähnt bloß gelegentlich einmal ihren berüchtigten Vorbehalt. Schatzsekretär Sydow unterhandelt fortgesetzt mit den Blockparteien, um unter allen Umständen eine Besitzsteuer zu retten. Weiter soll er nicht abgeneigt sein, auch einer Steuer auf Kohlen und der Erhöhung des Kaffeezolles zuzustimmen. Das „Berliner Tageblatt" meint allerdings, den Blockbrüdern würde, wenn sie sich darauf einließen, kein Hund mehr ein Stück Brot aus der Hand nehmen, allein die freisinnige Fraktionsgemeinschaft pflegt, unbekümmert um die Mahnungen des genannten freisinnigen Blattes, ihre eigenen verschlungenen Wege zu gehen.

Naiver Weise fragt auch die „Breslauer Morgenztg." an, wenn denn in Breslau der Protest der freisinnigen Wähler gegen die Steuerkompromißgeburten einsetzen werde? Den Herren Heilberg und Oehlke, welche in ihrer Partei das terroristische Zepter führen, dürfte die Antwort im Halse stecken bleiben. Denn kaum war dem radikalen Bruderorgan der Wunsch entfahren, da warf die „Bresl. Ztg." wieder einmal ihren lieben Parteifreund Naumann zu den Reaktionär-Antisemiten, weil er gegen dies Blockgewurstel auch einige zahme Einwände gewagt hatte.

Im Kampf um die Nachlaßsteuer. Zwar ist die Nachlaßsteuer in der Kommission gefallen, die „Deutsche Tageszeitung" traut aber offenbar dem Landfrieden nicht; denn sie setzt den Kampf gegen diese Steuer mit noch gesteigerter Heftigkeit fort. Sie findet die Treiberei hinter den Kulissen, die jetzt wieder begonnen habe, ganz außerordentlich gefährlich und prophezeit: Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der Kampf um die Nachlaßsteuer nochmals in aller Schärfe entbrennen. Der Artikel schließt mit folgendem Appell an die Regierung:

„Wir erwarten von den Verbündeten Regierungen, insbesondere von der Klugheit des Reichskanzlers, daß er sich nicht täuschen lasse. Wir lassen uns keinesfalls und keineswegs täuschen".

Mit ihrer Behauptung, daß die gesamte Landwirtschaft sich gegen die Nachlaßsteuer erkläre, setzt sich die „Deutsche Tageszeitung" mit der Wahrheit in Widerspruch. Dem konservativen „Reichsboten" sind Stimmen aus Landwirtschaftskreisen über die Nachlaßsteuer zugegangen, die ganz wesentlich anders lauten, als die Ansichten, die in dem agrarischen Blatte zum Ausdruck gelangt sind. So wird z. B. aus Friesland geschrieben:

„Mit Ausnahme der Mitglieder des Bundes der Landwirte bedauert man hier in konservativen Kreisen, daß die Nachlaßsteuer nicht durchgeht, weil diese Steuer wirklich den Besitz getroffen hätte. Das Geschrei gegen die Nachlaßsteuer sei lediglich agrarische Mache."

Auch die „Schlesische Zeitung" kehrt langsam zu einem Projekt der Erbanfallsteuer zurück, sie hat nun auch herausgefunden, daß die Reichsfinanzreform glücklich auf dem „toten Punkt" angelangt ist.

Der Sieg der Kieler Wahlrechtsfreunde über die Machenschaften des Oberbürgermeisters Fuß entlockt der reaktionären Presse herbe Schmerzenslaute. Man merkt, daß dem Vordringen der Reaktion auf dem Gebiete des Wahlrechts Halt geboten ist, und daß die Reise jetzt nicht mehr zurück, sondern vorwärts geht. Aber die „Kreuzzeitung" findet doch ihren Trost darin, daß von den achtzehn bürgerlichen Stadtverordneten, die die Kieler Probe mitmachten, dreizehn für das Dreiklassenwahlrecht und nur fünf dagegen stimmten. Diese unglückselige Dreizehn wird allerdings dem Freisinn im Parlament noch oft genug vorgehalten werden. Ihre Haltung entspricht ungefähr der von Fischbeck, Kopsch, Müller-Meiningen, Hedscher, Payer usw. im Reichstage vertretenen Freisinnsrichtung. Der Führer der kleinen bürgerlichen Opposition aber, welche im Kampfe die Entscheidung gab, der Abg. Hoff ist Mitarbeiter des links vom Blockfreisinn stehenden „Berliner Tageblatt" und trat noch bis vor kurzem mit den bürgerlichen Demokraten Barth und Breitscheid gemeinsam als Redner in öffentlichen Versammlungen auf.

Die „Deutsche Tageszeitung" findet, daß der preußische Polizeiminister v. Moltke die Sache des Herrn Fuß nicht energisch genug vertreten hat. „Wenn eine preußische Stadt, um der Ueberflutung ihrer Verwaltungsorgane durch die Sozialdemokratie vorzubeugen, das Dreiklassenwahlrecht einzuführen sich genötigt sieht, so halten wir die Zustimmung des preußischen Ministers des Innern zu einem solchen Akt der Notwehr für selbstverständlich. Herr v. Moltke wird also wohl noch vom Bunde der Landwirte in Disziplinaruntersuchung genommen werden. Dagegen findet der Oberbürgermeister Fuß, der sich noch polizeilicher benommen hat, als der preußische Polizeiminister, die uneingeschränkte Bewunderung der agrarischen Presse. Herr Fuß kann also gewiß durch Vermittelung seiner neuen Freunde einen seinen Neigungen angemessenen neuen Wirkungskreis in einer der sechs östlichen Provinzen finden, deren Dreiklassenwahlrecht ihm ohnehin so sehr sympathisch ist.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag das Vereinsgesetz. Geredet wurde viel; aber von Redeschlachten kann nicht gesprochen werden. Das ganze Haus befand sich in einer friedlich behaglichen Stimmung, die manchmal sogar ins Ulkige überging. Ein aus allen Parteien bestehendes Publikum war für jede scherzhafte Wendung jedes Redners dankbar. Von unserer Seite sprachen David und Lehmann. Sehr rasch wurde die Novelle zur Beseitigung der Doppelbesteuerung und im Fluge wurden ein paar Rechnungssachen erledigt. Kurzum: Windstille vor dem Sturm. Die Fortsetzung der Etatsberatung und vollends die Steuerdebatten werden nicht im Zeichen der Harmonie dieser Donnerstagssitzung stehen. Der Kommissionen halber macht das Plenum erneut drei Tage Pause und wird sich erst am Dienstag wieder versammeln, um dritte Lesungen vorzunehmen und in der Etatsberatung fortzufahren.

Gegen eine Arbeitslosenzählung sprach sich der Braunschweiger Stadtmagistrat aus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte vor einigen Wochen beantragt, eine solche Zählung vorzunehmen und das Kollegium überwies am 21. Januar diesen Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung und mit dem Ersuchen, baldigst eine Arbeitslosenzählung nach dem Vorgang anderer Städte in die Wege zu leiten.

Der Stadtmagistrat hat diesen Antrag nunmehr in einem den Stadtverordneten zugesandten Schreiben rundweg mit der albernen Begründung abgelehnt „daß jeder Versuch, durch eine besondere Auszählung der Arbeitslosen zuverlässige, brauchbare Unterlagen zu gewinnen, nach den in Berlin und anderen Städten gemachten Erfahrungen außerordentlich unsichere Ergebnisse erzielen würde." Die Heranziehung der Gewerkschaften zur Mitarbeit bei der Arbeitslosenzählung glaubt der Magistrat damit abtun zu können, daß er erklärt, diese Berufsvereine seien, ganz abgesehen von sonstigen Bedenken, zu mannigfaltiger Natur. — Schließlich bemerkt er, daß ihm zur Feststellung der Arbeitslosigkeit genüge, die Zahl der Arbeitslosen zu wissen, die sich bei dem städtischen Arbeitsamt als arbeitsuchend gemeldet haben.

Schwartzkopff soll Kultusminister werden. Die Verabschiedung des Kultusministers Dr. Holle steht unmittelbar bevor. An seine Stelle soll der erzreaktionäre Ministerialdirektor Schwartzkopff treten. Damit den „Liberalen" diese bittere Pille versüßt werde, soll ihm in der Person des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Schiffer ein „liberaler" Ministerialdirektor zur Seite gegeben werden.

Dieser Vorschlag ist in ein „liberales" Blatt, die nationalliberale „Straßburger Post", lanciert worden, und die „Kreuzzeitung" hat natürlich nichts Eiligeres zu tun, als diesen Artikel des nationalliberalen Blattes in voller Ausführlichkeit abzudrucken. So ist es den reaktionären Kreisen, die schon längst auf die Ernennung des Herrn Schwartzkopff zum Kultusminister hinarbeiten, ein Leichtes, es an der entscheidenden Stelle so hinzustellen, als ob Herr Schwartzkopff als Kultusminister den Liberalen besonders genehm wäre. Ein Blockfreisinniger, der sich auch dann und wann als Dichter versucht, hat vor etwa Jahresfrist auf den Kurs Schwartzkopff, der schon lange dem preußischen „Ministerium des Geistes" das Gepräge gibt, den hübschen Vers gemacht:

Ob Studt, ob Holle,
Schwarz bleibt der Kopf bis in die Wolle.

Jetzt werden, wie es scheint, die Blockfreisinnigen einen Schwartzkopff ohne jede Widerrede schlucken, meint dazu die „Berliner Volkszeitung".

Zum Arbeitskammergesetzentwurf hat der Verband der Bureauangestellten 2c. Deutschlands dem deutschen Reichstag jetzt eine erneute Petition zugehen lassen, nachdem der Reichstag unbegreiflicherweise die Unterstellung der zahlreichen Kategorien der Bureauangestellten unter das neue Gesetz abgelehnt hat. In der Petition wird nachgewiesen, daß auch die in nichtgewerblichen Betrieben beschäftigten Privatangestellten des gesetzlichen Schutzes bedürfen, genau so wie die Handlungsgehilfen und die gewerblichen Arbeiter. Diese Angestellten empfinden es bitter als Zurücksetzung, daß sie bei allen sozialpolitischen Gesetzen einfach übergangen werden. Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag seine Stellung in diesem Punkte in der zweiten Lesung ändert.

Riesen-Manöver. Das Kriegsministerium hat für den kommenden Herbst Manöver besonders großen Umfanges angesetzt. Es sind daran beteiligt das 13. und 14. Korps, ferner fünf bayerische Divisionen. Das Manövergelände liegt in Württemberg, in einer Gegend, in der so ausgiebig sich besonders hohe Flurentschädigungen ergeben werden. — Dieses Manöver dürfte das teuerste von allen werden, die bis jetzt stattgefunden haben.

8 Uhr-Ladenschluß — unannehmbar! Die Gewerbeordnungskommission des Reichstages hat am Donnerstag gegen die Stimmen der Freisinnigen, Konservativen und Nationalliberalen den Ladenschluß für das ganze Reich um 8 Uhr, an Sonnabenden um 9 Uhr, beschlossen. Der Vertreter der Regierung erklärte den Beschluß für unannehmbar.

Die Aenderung des Strafgesetzbuches hat die Zustimmung des Bundesrats gefunden. Es handelt sich dabei aber nicht um die längst geforderte grundlegende Aenderung unseres Strafrechts, sondern um ein „Notgesetz". Das überaus harte Strafmaß für Diebstahl im Rückfalle wird ermäßigt; in der Hauptsache dreht es sich aber darum, die Führung des Wahrheitsbeweises in Beleidigungsprozessen einzuschränken. Den Anstoß zu diesem Notgesetz gab die Privatklage Moltke gegen Harden.

Die Tabaksteuer. Die Subkommission, die zur Beratung der Tabaksteuer eingesetzt ist, beginnt am kommenden Mittwoch mit ihren Beratungen.

Auch eine Folge der Wirtschaftskrise. Ein sehr erheblicher Rückgang des Fleischverbrauchs in Berlin ergibt sich aus einem Vergleich der im Februar d. Js. auf dem Berliner Schlachthofe erfolgten Schlachtungen mit denen im gleichen Monate des Vorjahres. Die Zahl der geschlachteten Rinder ist von 12.059 auf 10.358, die der geschlachteten Kälber von 14.506 auf 12.503, die der Schafe von 39.377 auf 38.858 zurückgegangen. Die stärkste Verminderung hat aber die Zahl der geschlachteten Schweine erfahren, sie ist gegen das Vorjahr von 108.583 auf 95.141, also um über 17 Prozent gesunken.

Dem Zaren zuliebe? In Mittweida sind acht russische Studierende des Technikums verhaftet worden. Zwei von den Verhafteten wurden später von der Polizei wieder freigegeben, die übrigen aber in Untersuchungshaft genommen. Angeblich soll ihre Ueberführung nach Dresden bevorstehen. Unter der Technikerschaft, besonders unter den russischen Studenten, herrscht starke Aufregung. Ueber die Gründe der Verhaftungen verlautet nur unkontrollierbare Gerüchte.

Ausland.

Professor Samassa und die Deserteure.

Das Urteil, das das Kriegsgericht in Oran über die deutschen Deserteure von Colomb-Bechar gefällt hat, ist furchtbar, es ist einfach mörderisch. Kann man es zur Not noch verstehen, daß über ein so unsympathisches Individuum, wie den spionierenden Lockspitzel und Rädelsführer Kabur, die grauenhafte Strafe von 20 Jahren Zwangsarbeit verhängt wurde, so kann man es doch kaum anders denn als bestialisch bezeichnen, daß gegen einen großen Teil seiner Mitangeklagten wegen eines einfachen, ohne Ueberlegung ausgeführten törichten Streiches kaum minder harte Urteile gefällt wurden. Achtzehn, fünfzehn, zehn, fünf Jahre Zwangsarbeit, zwei Jahre Gefängnis als Mindeststrafe — damit sind die paar Stunden der „Freiheit", die die Deserteure unter der Führung des Abenteurers Kabur in der nackten Wüste verbrachten, teuer genug bezahlt! Das Urteil, das auch in Frankreich scharf kritisiert wird, wird in Deutschland die schmerzlichsten Empfindungen wecken, und der hoffentlich nicht zu ferne Tag, an dem die Gnade der Republik unsere unglücklichen Landsleute der Freiheit wiedergeben wird, wird mit dankbarer Erleichterung begrüßt werden.

Das Kriegsgericht in Oran glaubte zu den Mitteln drakonischer Strenge greifen zu müssen, um dadurch gewissen Treibereien zu begegnen, deren Existenz vor Gericht als bewiesen angenommen wurde. Den mit dem Namen des Professor Samassa gezeichneten Briefen, in denen Kabur durch Geldversprechungen zur Organisierung einer Militärrebellion angestiftet wurde, haben die Angeklagten die Schwere der über sie verhängten Strafen zu danken. Gegen die Agenten der Fahnenflucht kann die französische Militärgerichtsbarkeit nichts ausrichten; diese betreiben ihr Geschäft, das sie mit ungewollter Ironie den „Schutz der Deutschen im Ausland" nennen, von sicherem Boden aus. So glaubte das französische Kriegsgericht sich an den Opfern schadlos halten zu müssen, um den Verlockungen von drüben mit dem weißen Schrecken zu begegnen.

Seit vielen Monaten hat die sozialdemokratische Presse, gestützt auf das Tatsachenmaterial der Casablanca-Affäre, verlangt, daß die deutsche Regierung dem gewissenlosen Treiben der deutschen Desertions-Agenturen entgegentrete. Hätte die Regierung diesen Rat befolgt, so wären wahrscheinlich zwei Dutzend junger deutscher Landsleute vor dem Verderben bewahrt worden. Hoffentlich wird man wenigstens jetzt endlich die alte Taktik des Vertuschens und Ableugnens aufgeben und Ordnung schaffen.

Professor Samassa stellt in einem langen Briefe an die „Tägliche Rundschau" seine intellektuelle Beteiligung an der Desertion von Colomb-Bechar entschieden in Abrede. Darnach könnte man zur Annahme neigen, daß der Name Samassa von Leuten mißbraucht wurde, denen dieser Mißbrauch nahe lag. Herr Samassa selbst hält merkwürdigerweise diese Eventualität für gänzlich ausgeschlossen, er zeigt überhaupt keine Neigung, sich an der notwendigen Aufklärung der peinlichen Affäre zu beteiligen, sondern begnügt sich damit über deutschfeindliche Lügen und Intrigen zu schimpfen.

Die italienischen Kammerwahlen.

Aus sämtlichen 508 Wahlbezirken liegen jetzt Nachrichten vor. Es sind 209 Ministerielle wiedergewählt, 67 neugewählt; konstitutionelle Opposition 42 wiedergewählt, 2 neugewählt; Radikale 24 wiedergewählt, 12 neugewählt; Republikaner 12 wiedergewählt, 5 neugewählt; Sozialisten 18 wiedergewählt, 12 neugewählt; Katholiken 5 wiedergewählt, 11 neugewählt. Es finden 72 Stichwahlen statt. In 13 Wahlbezirken wird das Ergebnis der Wahl von der Wahlprüfungskommission der Kammer entschieden werden. Aus vier Wahlbezirken stehen die endgültigen Wahlresultate noch aus. An den Stichwahlen sind 144 Kandidaten beteiligt, davon 68 Ministerielle, 8 konstitutionelle Opposition, 25 Radikale, 28 Sozialisten, 5 Katholiken, 8 Republikaner, 2 Christlichsoziale.

Den größten Wahlerfolg verzeichnen bisher die Sozialdemokraten.

Die serbisch-österreichische Auseinandersetzung.

Die gestern mitgeteilte serbische Note wurde Donnerstag Mittag im Auswärtigen Amte in Berlin überreicht. Die serbische Regierung unterließ dagegen die Veröffentlichung des infolge der russischen Vorstellungen erfolgten Notenwechsels zwischen Belgrad und Petersburg als einen vertraulichen Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen. Die Zirkularnote an die Mächte fand in Belgrad weder in der Presse noch in Abgeordnetenkreisen ungeteilte Billigung. In der geheimen Konferenz der Skupschtina fielen manche bittern Vorwürfe gegen die Regierung, und erst nach ausführlicher Darstellung der Lage seitens des Ministers des Aeußeren, Milowanowitsch, sowie des Ministerpräsidenten trat Beruhigung ein.

Im altradikalen Klub gab der Minister des Aeußeren, Milanowitsch, eine Erklärung ab, in der er unter anderem ausführte: Serbien verlangt eine europäische Konferenz, und erst vor dieser werde es seine Wünsche bekannt geben. Milanowitsch fügte hinzu, daß Rußland, England und Frankreich den Inhalt der Zirkularnote billigen. Auf die Frage, was man zu tun gedenke, wenn die Konferenz nicht zustande komme, erwiderte Paschitsch, daß nach bestimmter Zusage Rußlands die Frage nur auf dem Wege einer Konferenz geregelt werden könne. Je länger sich die Sache hinziehe, desto mehr Zeit bleibe Serbien, sich für den entscheidenden Moment zu rüsten. Serbien werde vor Oesterreich-Ungarn nicht kapitulieren, solange es von Rußland die gleiche, aufrichtige Unterstützung erfahre, wie in der letzten Zeit.

Offiziös wird in Serbien folgendes bekannt gegeben: Mit der Veröffentlichung der serbischen Zirkularnote und der Billigung der Antwort der serbischen Regierung auf die serbischen Vorschläge durch die Skupschtina betrachtet man die Angelegenheit als vorläufig erledigt und wird nunmehr die Stellungnahme der Mächte, namentlich Oesterreich-Ungarns abwarten. In Serbien selbst ist man mit dieser Politik zufrieden, weil namentlich das Konferenzprojekt in den Vordergrund gerückt ist. Sollte die Konferenz nicht zustande kommen, so würde die bosnische Frage offen bleiben und Rußland die Annexion nicht anerkennen.

Die Spionageaffäre des Majors Jankowitsch, der beschuldigt wird, mit dem österreichischen Agenten Müller in Verbindung gestanden und diesem alles Material über die serbischen Kriegsrüstungen ausgeliefert zu haben, nahm eine sensationelle Wendung, denn man entdeckte bei einer Haussuchung Wechsel und Briefe, aus denen hervorgeht, daß dem Major Jankowitsch das Material von mehreren der Verschwörerpartei angehörenden Offizieren geliefert wurde. Darum wurde die Untersuchung plötzlich niedergeschlagen und der Major in Freiheit gesetzt.

Das französische Einkommensteuergesetz ist mit 407 gegen 166 Stimmen angenommen worden. Die Genossen Vaillant und Constant setzten in längeren Erklärungen die Gründe auseinander, die sie und ihre Freunde veranlassen, für das Gesetz zu stimmen. Es ist kein „sozialistisches" Gesetz, sagte Vaillant. Wir haben niemals die Naivität besessen, ein solches durchzubringen in einer Körperschaft, die nicht eine sozialistische ist. Wir anerkennen aber den demokratischen Charakter und den sozialen Wert des Gesetzes.

In der Tat schafft das Gesetz einige der schlimmsten Ungerechtigkeiten aus der Welt. So räumt es auf mit der Fan-

beldsen Türen- und Fenstersteuer, die noch immer, von Napoleons Zeiten her, Landarbeiter und Bauern schwer bedrückte und geradezu zu einem Kulturhemmnis geworden war. Der Finanzminister Caillaux beziffert die Entlastung des flachen Landes auf 60 Millionen Franks, die des Handels auf 50 Millionen, die nunmehr durch die allgemeine Einkommensteuer aufgebracht werden. Andererseits läßt das Gesetz die indirekten Steuern und Zölle gänzlich unberührt und diese belasten vor allem die arbeitenden Klassen. Unsere Genossen unterließen es auch nicht, darauf hinzuweisen, daß auch in Zukunft die Steuerlast das Proleatariat noch am meisten bedrücken werde. Die Rede des Finanzministers wird auf Beschluß der Kammer im Lande angeschlagen werden.

* * *

Ein ernster militärischer Zwischenfall hat sich im Zusammenhang mit den letzten antimilitäristischen Kundgebungen zugetragen. General de Ferron, Befehlshaber der II. Division der Kolonialtruppen hatte die Generale Ferraux und Dun, die Befehlshaber der IV. und VI. Brigade, sowie die ihnen unterstellten Offiziere zu einer Konferenz geladen. Hierbei drückte er seine Unzufriedenheit darüber aus, solche Regimenter unter seinem Befehle zu haben. Er erklärte, die Schamröte steige ihm ins Gesicht, wenn er daran denke, solche Kanaillen kommandieren zu müssen. General Ferraux, der Einspruch erheben wollte, wurde beim ersten Worte mit 8 Tagen Arrest bestraft, ebenso der Oberst des 4. Kolonialregiments.

Partei-Angelegenheiten.

Unsere Toten. Genosse Franz Schäfer, Landessekretär in Mannheim, ist in der Nacht vom 8. zum 9. März in Mannheim gestorben. Schäfer war ein außerordentlich energischer und umsichtiger Organisator. — Jean Hauck, ein erprobter Kämpfer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ist vorige Nacht in Ludwigshafen gestorben.

Wegen Beleidigung des Pfarrers Koch wurde Genosse Barth, Redakteur der „Volksstimme" zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielt er wegen Beschimpfung kirchlicher Gebräuche 14 Tage **Gefängnis**. Der Staatsanwalt hatte nur eine Woche beantragt.

Vor der Strafkammer in Weimar wurde der Redakteur der Weimarischen „Volkszeitung", Genosse Georg Pfeiffer in Jena, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wegen Beleidigung der weimarischen Justiz durch einen Artikel, der sich mit den Vorgängen in der Strafsache des Dr. Wernsdorff befaßt. Beantragt waren sechs Monate. **Wernsdorff wurde am 8. Januar zu 9 Monaten verurteilt.**

Arbeiterbewegung.

Unternehmerschutz gegen Streiks. Die Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hielt in der vergangenen Woche in Berlin ihre ordentliche Ausschuß-Sitzung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Gesellschaft in dem Berichtsjahr trotz der niedergehenden Konjunktur sich stark entwickelt hat. Die versicherte Lohnsumme hat gegenüber dem Jahre 1907 um 8.408.108 Mark zugenommen und beziffert sich für das Jahr 1908 auf 205.482.615 Mark. Im Berichtsjahre sind der Gesellschaft neu beigetreten Mitglieder des Vereins der Schiffs- und Bootswerften Deutschlands in Hamburg, welcher dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller als angeschlossener Verein angehört. Ferner wurde hervorgehoben, daß der Bezirksverband Niederschlesien des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller für seine Mitglieder den obligatorischen Anschluß an die Gesellschaft per 1. Januar 1909 beschlossen hat.

Die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen ausgefallenen Arbeitstage beläuft sich auf insgesamt 321.754, von denen 52.362 auf Streiks und **269.392** auf Aussperrungen entfallen. Auf Beschluß des Aufsichtsrats ist die satzungsgemäß zulässige Höchstentschädigung von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter zu zahlen, so daß sich die Gesamtentschädigung pro 1908 auf 282.031.32 Mark beläuft. Diese Entschädigung verteilt sich auf die einzelnen entschädigten Firmen wie folgt: 43 Firmen erhalten Entschädigungen bis 1000 Mk. pro Antrag, 12 Firmen von 1000 bis 5000 Mark, 5 Firmen von 5000 bis 10 000 Mark, 5 Firmen von 10.000 bis 25.000 Mark, 1 Firma von 25 000 bis 50.000 Mark, 1 Firma über 50.000 Mark bis 100 000 Mark.

Besonders hervorzuheben ist, daß für kleinere bestreikte Firmen mit 1 bis 250 Arbeitern eine höhere Entschädigung festgesetzt wurde. Bisher war der Entschädigungssatz für sämtliche Firmen ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter einheitlich festgesetzt. Er betrug 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienst pro ausgefallenen Arbeitstag und streikenden Arbeiter, mit Ausnahme derjenigen Firmen, welche täglich mehr als 1000 Arbeiter aussperren und weniger entschädigt wurden. Der neu festgesetzte Entschädigungssatz beträgt bei Firmen mit 1 bis 10 Arbeitern 50 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes, also das Doppelte der Entschädigung, welche Firmen mit 25 und mehr Arbeitern erhalten können. Die Entschädigung erniedrigt sich in 25 Abstufungen bei einer Zunahme der Arbeiterzahl von je 10 um 1 Prozent, bis sie bei Firmen mit 251 Arbeitern den Normalsatz von 25 Prozent erreicht.

Mit der Erhöhung der Entschädigungssumme an kleinere Firmen, will man diese willfähriger vor den Scharfmacherkarren der Großunternehmer spannen. — Die ganze Zusammenstellung gewährt einen interessanten Einblick in die Kriegsrüstungen der Arbeitgeber. Doppelt interessant ist auch die Tatsache, daß nach dieser Unternehmerstatistik durch Streiks für 52.362 Arbeitstage Entschädigungen gezahlt wurden, während für Aussperrungen also durch die Unternehmer veranlaßte Aktionen über **fünf Mal soviel Arbeitstage, nämlich 269.392, verloren gingen.** Gegenüber dieser Feststellung vergleiche man das heuchlerische Unternehmergetue, daß die frivole Streiklust der Arbeiter dem denkfaulen Bürgertum in brennenden Farben zu schildern weiß. Wir werden uns diese Feststellung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ins Gedächtnis prägen und bei Gelegenheit davon Gebrauch machen.

Drei Pfennige für 14tägige Arbeit. Sage und schreibe: Drei Pfennige wagte die Baumwollspinnerei Trötschler u. Ehinger in Singen am Hohentwil in Baden am 14tägigen Lohntermin (28. Februar) auszuzahlen. Die Arbeiterin schuldetete einem Krämer namens Graf 18,77 Mark. Die Schuldsumme wollte sie sich in Raten abziehen lassen. Zu allem Unglück kam ein längst verfallener Steuerbetrag hinzu und nun sah die Lohndüte der Arbeiterin so aus:

Baumwollspinnerei Singen, Troetschler u. Ehinger.
Name der Arbeiterin . . . .
Zahltag vom 15. 2. bis 28. 2. 1909.

Verdienst		23,02 Mk.
Hiervon ab:		
Vorschuß	—,— Mk.	
Strafe	—,— „	
Krankenkasse	—,68 „	
Invaliden- und Altersversicherung	—,24 „	—,92 „
		Rest 22,10 Mk.
ab:		
Graf	18,77 Mk.	
Steuer	3,30 „	22 07 Mk.
		Rest 0,03 Mk.

Die Firma schämte sich auch nicht, der Arbeiterin wirklich die Lohndüte mit dem Inhalt von — drei Pfennigen zu überreichen.

Diese Tatsache bildet eine gräßliche Illustration zu dem bekannten Wort von der vollen Kompottschüssel! Man braucht ihm nur die Lohndüte mit den drei Pfennigen gegenüberzustellen.

Aus Schlesien und Posen.

Erfolg der preußischen Polenpolitik.

Die preußische Polenpolitik hat trotz der Hunderte von Millionen, die sie im letzten Jahrzehnt gekostet hat, lediglich den Erfolg erzielt, die Polen aufs äußerste zu erbittern, nicht aber ihnen irgend welches Terrain abzugewinnen. Soweit in einzelnen östlichen Gegenden eine Verminderung der polnisch sprechenden Bevölkerung in ihrem Verhältnis zur deutschen Bevölkerung erfolgt ist, erklärt sich diese Abnahme lediglich aus dem Wegzug polnischer Arbeiter nach dem Westen in die rheinisch-westfälischen Industriereviere, in denen ganze polnische Ortschaften entstanden sind.

Nach einer Aufstellung des Direktors des Statischen Amtes in Posen, Dr. Franke, wurden im preußischen Staate 1890 insgesamt 2.922.475, im Jahre 1900 3.805.749 und 1905 3.646.446 Polen, Masuren und Kassuben gezählt. Hiervon entfielen auf die vier östlichen Grenzprovinzen 1890 96,56 Prozent, 1900 93,23 Prozent und 1905 90,48 Prozent. Diese rasch abnehmenden Prozentsätze des preußischen Ostens bedeuten ein schnelles Wachstum der polnischen Bevölkerung in den westlichen Landesteilen, in welche die Polen in immer größerer Zahl abgewandert sind. Die Polen haben sich in der Zeit von 1890 bis 1905, absolut genommen, fast in allen Teilen Preußens stark vermehrt, besonders erheblich ist ihre Zunahme jedoch in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg, Münster, Potsdam, sowie in Berlin gewesen. Im Bezirk Düsseldorf ist die Zahl der Polen von 4672 auf 45.623, in Arnsberg von 20.131 auf 97.703, im Münsterlande von 5490 auf 40.723, in Potsdam von rund 9000 auf 30.000 und in Berlin von 12.000 auf 24.000 gestiegen.

---

e. **Schweidnitz**, 12. März. Explosion. Durch ein heftige Explosion wurden Mittwoch Nachmittag die Innenräume des Temperichen Blumengeschäfts in Brand gesetzt und die Schaufensterscheibe zertrümmert. Die Explosion, die einen bedeutenden Materialschaden verursachte, ist durch Ansammlung von Wasserstoffgas hervorgerufen. Mehrere Personen haben leichte Verletzungen davongetragen.

—e. **Schweidnitz**, 11. März. Kartellsitzung. In der letzten Sitzung des hiesigen Gewerkschaftskartells kam zunächst die seitens des Kartells beantragte Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes zur Sprache. Genau 1¾ Jahre sind ins Land gegangen, seit der Antrag betreffend Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes an den Magistrat gestellt wurde. Erst nach wiederholten Anfragen wurde dem Antragsteller die Mitteilung, daß der Antrag an den Regierungspräsidenten weiter gegeben sei. In welchem Stadium nun die Sache eigentlich stecken mag, konnte nicht festgestellt werden; die Behörden hüllen sich in Schweigen. Um einer weiteren Verzögerung dieser für die hiesige Arbeiterschaft so wichtigen Frage vorzubeugen, beauftragte die Versammlung den Kartellvorstand, erneut diesbezügliche Anträge an den Magistrat und an die Stadtverordneten zu stellen. Die Protestlisten gegen die Tabaksteuer zirkulieren nicht in der gewünschten Weise. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß seitens der Kartellfunktionäre Sorge zu tragen ist, da namentlich in allen Fabriken die Listen zum Einzeichnen vorgelegt werden. Um der Konsumvereinsfrage näher zu treten, wird beschlossen, in nächster Zeit eine Versammlung stattfinden zu lassen. Vom Vorsitzenden wird festgestellt, daß eine ganze Anzahl Gewerkschaftsvertreter fehlen; die Vorstände werden daher ersucht, die Delegierten an ihre Pflicht zu erinnern.

Glatz. 12. März. Doppelmord und Selbstmord. Eine furchtbare Bluttat spielte sich am Montag Nachmittag in dem jenseits der Grenze belegenen kleinen Städten Böhmisch-Schade ab. Dort betrieb die Witfrau Kreisel ein Fuhrwerksgeschäft, welches sie nur mit Hilfe eines ihr von dem Gemeindesekretär John gegebenen Darlehns aufrecht erhalten konnte. Als John nach vergeblichen Aufforderungen zur Rückzahlung des Darlehns der Frau Mitteilung machen wollte, daß er nunmehr gerichtlich vorgehen wolle und sich zu diesem Zwecke in die Kreiselsche Wohnung begab, schlug ihn die Kreisel meuchlings nieder. Dem Unglücklichen wurde durch zwei Beilhiebe die Schädeldecke gespalten. Um die Bluttat zu vertuschen, zündete die Kreisel ihre Behausung an. In anscheinend plötzlich eingetretener geistiger Umnachtung eilte sie jedoch noch zur Frau des Ermordeten und tötete diese durch vier gewaltige Stiche in die Brust. Dann verübte die Kreisel Selbstmord durch Erhängen. Frau John verstarb erst nach qualvollen Leiden am folgenden Tage.

Glatz, 12. März. Selbstmord. Der Barbier Hugo Reichel von hier verübte am 9. März, Nachmittags 8½ Uhr, in Abwesenheit seiner mit ihm Oberring 25 zusammenwohnenden Mutter, der Witwe Josefa R., Selbstmord. Er hatte sich aus einem Revolver mehrere Schüsse in Schläfe, Hals und Brust, sowie Stiche ebenfalls in die Brust beigebracht.

Ziegenhals, 12. März. Mord? Am Mittwoch Abend wurde, wie die „Neustädter Ztg." meldet, das hiesige Amtsgericht benachrichtigt, daß auf dem Wege zwischen Biersdorf und Borkendorf der Drechsler Rieger aus Borkendorf tot aufgefunden wurde. Wahrscheinlich liegt ein Mord vor.

Glogau, 12. März. Ein Jugend-Erzieher. Der Lehrer Georg Kühl, welcher in Kaltenbriesnitz, Kreis Sprottau, an der dortigen einklassigen Schule angestellt war, hat in der Zeit von 1905—1908 an Schülerinnen jener Schule unsittliche Handlungen vorgenommen. Der Angeklagte gab zum Teil die ihm zur Last gelegten Verbrechen zu. Er wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Hirschberg, 12. März. Selbstmord. Am Dienstag Abend machte der Handelsmann M. von hier, auf der Priesterstraße wohnhaft, seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Görlitz, 12. März. Preß-Sünder. Zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis wurde am Mittwoch von der hiesigen Strafkammer der verantwortliche Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung", Genosse Taubadel, verurteilt. In einer Notiz aus Weißwasser war behauptet worden, die Mittel zu einer Weihnachtsbescherung in der Glasfabrik des Dr. M. Schweig in Weißwasser stammten aus einer sogenannten Pfennigkasse der Arbeiter. Dr. Schweig beschwor, er hätte die Kosten der Weihnachtsbescherung aus eigenen Mitteln bestritten. Das Gericht erblickte in der Behauptung, die Mittel zur Weihnachtsbescherung stammten aus der Pfennigkasse, eine Beleidigung des Dr. M. Schweig und erkannte auf obige Strafe.

Brieg, 11. März. Ein Opfer seines Berufes geworden. In den hiesigen Sand- und Kieswerken wurde die Lokomobile eines neuen Dampfbaggers angeheizt. Nach kurzer Zeit bemerkte der Baggermeister Bengel, daß Dampf aus dem Kesselentleerungshahne herausströmte und wollte die defekte Stelle verstopfen. Der Druck des herausströmenden Dampfes war jedoch schon so groß, daß Bengel, von ihm getroffen, bewußtlos zusammenbrach. Er ist im Gesicht vollständig verbrüht worden, sodaß sich die Haut- und Fleischteile von den Knochen lösten. In diesem Zustande schaffte man ihn mit großer Vorsicht nach dem Krankenhaus, wo er nach einigen Stunden von seinen schweren Leiden erlöst wurde. Der Verstorbene war ein beliebter Arbeiter nicht nur bei seinem Arbeitgeber, sondern auch bei seinen Mitarbeitern. Gleichzeitig ist auch der Hilfsbaggermeister Döring verbrüht worden, doch sind seine Verletzungen nur leichter Natur, sodaß keine ernsten Folgen zu erwarten sind.

Brieg, 11. März. „Der liebe Gott und das Unglück in Messina." Ueber dieses Thema sprach am Montag Prediger Tschirn-Breslau im Saale des Weinbergs. Die Versammlung war von etwa 400 Personen, darunter viele Gegner, besucht. Am Schlusse seines Vortrages, der vielen Beifall fand, forderte Redner alle diejenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, auf, auch die Konsequenzen zu ziehen und aus der Landeskirche auszutreten.

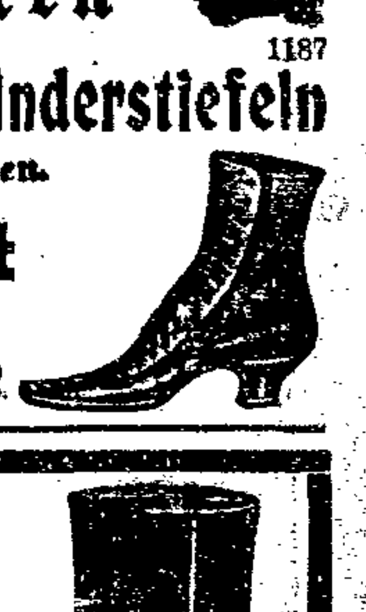
Groß-Strehlitz, 12. März. Glücklich gerettet. Die Kinder der Gemeinde Scharnosin müssen wöchentlich zweimal den weiten Weg nach Leschnitz zum Pfarrer machen, um dort zu beichten. Trotz Kälte und Schnee machen die Kinder regelmäßig den Weg, um sich keiner „himmlischen" Strafe auszusetzen. So auch am letzten Sonnabend beim Schneesturm. Als es bereits zu dunkeln anfing und die Kinder des Bauern Dreja noch nicht zurückgekehrt waren, spannte dieser an und fuhr den Kindern entgegen. Er fand diese von der Anstrengung erschöpft und übermüdet, im Schnee sitzend auf. Das Gehen auf den tiefverschneiten Wegen hatte die Kinder so überanstrengt, daß sie nicht mehr von der Stelle konnten. Dreja nahm die Kinder auf seinen Schlitten und brachte dieselben wohlbehalten ins Dorf zurück. — Auf solche Gefahren könnte doch Rücksicht genommen werden und die Kinder von dem Beichtunterricht entbunden werden.

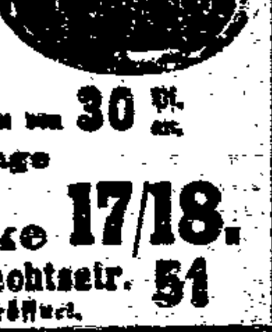
Neustadt OS., 10. März. Solidaritätskundgebung für die streikenden Langenbielauer Textilarbeiter. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung referierte am Sonnabend Gauleiter Fritsch über die Ursachen des Streiks bei der Firma Neugebauer u. Postpischill in Langenbielau und hob dabei hervor, daß die Streikenden gar nicht daran denken könnten, dem von der Firma ausgearbeiteten „Tarif" zuzustimmen, wenn sie nicht verhungern wollten. In der Diskussion wurde den Streikenden die wärmste Sympathie ausgesprochen. Betont wurde, daß die Verhältnisse in Neustadt auf der gleichen Höhe ständen, an eine Verbesserung dieser Zustände sei jedoch nicht eher zu denken, bis die Organisation so stark ist, um einen Vorstoß wagen zu können.

Wie notwendig eine starke Arbeiterorganisation ist, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, damit die Arbeiterschaft nicht auf die sogenannte „Mildtätigkeit" schwerreicher Leute angewiesen zu sein braucht, dafür möge folgendes Vorkommnis als Beweis gelten: Anfangs Januar starb hier einer der Inhaber der Textilfirma, Kommerzienrat Pinkus. Beim Leichenbegängnis wurde der größte Teil der männlichen Arbeiter zur Spalierbildung kommandiert, während die weiblichen Arbeiter im Zuge gingen. Das ganze Personal der Firma büßte einen halben Tag Lohn ein und hoffte auf eine entsprechende Entschädigung. Am nächsten Lohntage erhielt jeder eine solche in Höhe von 50 Pfennig. Die Arbeiter machten zunächst lange Gesichter, gaben sich aber zufrieden, weil irgend ein Schalk die Nachricht verbreitet hatte, der Verstorbene habe in seinen vielfachen Legaten an wohltätige Vereine auch seiner Arbeiter gedacht und bestimmt, daß eine ganze Million zur Verteilung kommen solle. Die freiorganisierten Arbeiter erkannten sofort, daß es sich hier um einen Scherz handelte, wußten sie doch ganz genau, daß die Arbeiter wohl dazu da seien, Mehrwerte schaffen zu helfen, aber an der gerechten Verteilung in der heutigen Gesellschaft keinen Anteil haben. Indessen glaubten viele andere felsenfest daran, und konnten es sich gar nicht vorstellen, wie der nach außen hin so wohltätige Chef ihrer vergessen konnte, wo er doch so viele ansehnliche Legate sogenannten „Wohltätigkeitsanstalten" vermacht hatte.

Aber Hoffen und Harren macht manchen zum Narren. So erging es auch den auf ein Legat hoffenden Textilarbeitern. Die Arbeiter sind wohl dazu da, sich mit Hungerlöhnen abspeisen zu lassen, aber wenn ein Teil der von ihnen erschufteten Millionen verteilt wird, dann übersieht man sie mit Absicht. Es steht ja „wohltätiger" nach außen hin aus, wenn man durch große Vermächtnisse sich einen Namen macht — trotzdem aber seine Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeist.

Die freiorganisierten Arbeiter verlangen keine „Wohltätigkeiten", sondern sind bestrebt, den Arbeitern Löhne zu erringen, die ihnen ein auskömmliches Leben sichern. Darum hinein in die freien Gewerkschaften!

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
in 1187
Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln
zu billigen Preisen.
Aug. Adelt
vorm. Köhler,
Gottesberg, Fürstensteinerstr. 42.


Schlechte Zeiten!
Schlechte Preise!

Herrenhüte, steif u. weich, schwarz u. farbig, guter Filz v. 1.95 Mk. an.
Konfirmandenhüte von 1.40 Mk. an.
ca. 100 Dutzend Herren- u. Knaben-Mützen von 30 Pf. an.
2011 Hut-Fabrik-Niederlage
H. Schönfeld
17/18 Schmiedebrücke 17/18.
Filiale: Adalbertstr. 6 u. Albrechtstr. 51 neu eröffnet.

Uhren,
Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat. 242
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
Friedrich-Wilhelmstr. 30.

„In freien Stunden".
Illustrierte Roman-Bibliothek. Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schütze. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — Sämtlich in Breslau.

Gewerk-
schaftshaus
Margaretenstr. 17.

Stadt-Theater.
Freitag, 7½ Uhr:
„Tantris der Narr".
Sonnabend, 8 Uhr:
Zum 2. Male:
„Elektra".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Der Zapfenstreich".
Abends 7½ Uhr:
„Die Meistersinger von Nürnberg"

Lobe-Theater.
Freitag, 7½ Uhr:
„Die Dollarprinzessin".
Sonnabend, 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Erde".
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
„Die Bertha"
Abends 7½ Uhr: Zum 2. Male:
„Die Erde".

Thalia-Theater.
Sonntag, 7½ Uhr:
„Ein Walzertraum".
Billetverkauf: Sonnabend von 10–2 Uhr, Sonntag von 11–2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus
Freitag, 8 Uhr:
„Der König".
Sonnabend nachmittags 3½ Uhr:
Vortrag mit Lichtbildern
Messina und das Erdbeben. Japan.
Abends 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Sonntag Mittag 12 Uhr
Vortrag mit Lichtbildern:
Messina und das Erdbeben. Japan.
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Gretchen".
Abends 8 Uhr:
„Bu- oder Mädel".

Liebich's Etablissement.
Schneider-Duncker
Pariser Luft-Ballet
und das neue Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater.
Gastspiel Leonhardy
Haskel.
Dazu das brillante
März-Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Bons wochentags gültig.

20. Grosses Volks-Konzert

Während des 1178

Inventur-Räumungs-Verkaufes

von **Speiers Schuhwarenhaus** sind **sämtliche Artikel** bedeutend ermässigt.
Als ganz besonders vorteilhaft offerieren wir:

Für Damen

Chevreaux-Knopf- u. Schnürstiefel jetzt 6⁵⁰
Chevreaux-Schnürstiefel jetzt 7⁸⁰
mit und ohne Lackkappe, elegante Formen
Boxcalf-Knopf- und Schnürstiefel jetzt 7⁸⁰
chic und sehr haltbar
Braune Chevreaux-Schnürstiefel jetzt 9⁵⁰
elegant
Beige-Chevrette-Schnürstiefel jetzt 9⁵⁰
sehr elegant
Lederhausschuhe jetzt 2⁶⁰
mit Absatzfleck, schwarz und braun

Für Herren

Wichsleder-Zugstiefel jetzt 5⁸⁰
solid und sehr haltbar
Chevreaux-Schnürstiefel jetzt 8⁸⁰
mit Lack-Kappe, haltbar u. elegant
Boxcalf-Schnür- u. Zugstiefel jetzt 8⁸⁰
Braune Chevreaux-Schnürstiefel 10⁷⁵
Sämtliche Kinder- u. Mädchen-Knopfstiefel jetzt mit 20% Rab.
Grösse 22 bis 38
Wichsleder-Knaben-Schnürstiefel sehr fest jetzt mit 20% Rab.

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf von Konfirmanden-Stiefeln.

Speiers Schuhwarenhaus
Ohlauerstrasse 87, Ecke Ring.

Sonntag,
den 14. März,
nachm. 3½ Uhr:

Palmengarten.
Dir. H. Krainsik.
Ein
Rosen-Fest in Nizza.
2 Kapellen. Entree frei.

Zeltgarten.
Dir. H. Krainsik.
W. Haase
mit seinen weltberühmten
Burlesken!
Lachen ohne Ende.
Außerdem neue Spezialitäten.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Volksheim
Anderssenstr. 31, I.
Sonntag, d. 14. März, nachm. 6 Uhr:
Vortrag
des Herrn **Dr. von Gerhardt**
über das Thema:
Schicksale eines deutschen Arbeiters in Amerika.
Eintritt frei. 1183

Die durch
Feuer, Wasser und Rauch
beschädigten Waren werden
zu jedem annehmbaren Preise
verkauft; anschließend an diesen **Brandverkauf** findet ein
Inventur-Verkauf
zu extra billigen Preisen statt. 1905
Konfirmanden-Anzüge v. 9—18 Mk.
Konfirmanden-Kleider v. 7,50—20 Mk.
Konfirmanden-Schuhe in grösster Auswahl.
Eugen Hamburger,
Konfektion, Modewaren, Wäsche u. Schuhwaren,
Bohrauer Str. 23 u. 25, Ecke Rankestraße. 5 Minuten v. Hauptbahnhof.

Konfirmations-Anzüge
in Kammgarn, Satin, Cheviot etc., gute Qualitäten
in bekannt bester Ausführung
10,50 12,- 15,- 18,- 20,- 22,- 25,-
und höher. 1179
M. Steinitz jr.
Spezialhaus für Herren, junge Herren u. Knaben
Breslau, Albrechtsstr. 57,
2tes Haus vom Ringe.

Unmöglich 793
reeller, billiger und besser. **Anzüge**, gute Stoffe, **10 Mark.** Nach Maß, elegant bester Sitz, 17 Mk. Konfirm.-Anz. außergewöhnlich billig. Anzugfabr. **Wallstr. 17, I.**

Original-Phönix-Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Auswärts franko Bahnstation.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Blusen, Röcke, Kleidchen, Spitzen, Stickereien, Handschuhe und Krawatten, sowie sämtliche Artikel zur Schneiderei, kauft man am reellsten bei
Robert Jahn, Alsenstraße 50 Ecke Leuthenstraße.

Programm 30 Pfg.

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis
der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Automat, Waldenburg.

Abzahlungsgeschäfte.
Greiner, O., Waldbg., Hohstr. 6, u. b. Bergsch.
Teutsch, F., Waldenburg, Sandstr. 1.

Bäckereien u. Konditoreien.
Biedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
Baring, Herrmann, Neu-Salzbrunn.
Dobmel, H., Fellhammer, Kom.-Str.
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 178.
Jung, Carl, Fellhammer.
Klingberg, Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, Sandberg 64.
Pätzold, Paul, N.-Hermsdorf.
Regner, E., Ob.-Waldenbg., Chausseestr. 16.
Schwarzer, B., Ob.-Waldenbg., Ritterstr. 1.
Zimmer, A., Altwasser I. 21 (a. I. 108 Perm.)

Bier-Brauereien.
Klosterbrauerei, Gottesberg.
Frankdorf & Cohn, N.-Waltenburg.
Kurt & Co., Freiburg i. Schl.
Schloßbrauerei M. G., Ob.-Waldenburg.
Schneider, A., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Thiel's Brauerei (R. Richter), Striegau.

Cigarrenhandlungen.
Kaskel, Joh., Freiburg i. Schl., Bierhdlg.
Pietschke, Gustav, Neu-Weißstein.
Tresber, Heinr., Dittersbach 12.

Damen-Konfektion.
[illegible]

Drogen u. Farben.
Drogerie „Glück auf", Neukraussendorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
Raichle, Ernst, Freiburg i. Schl.
Ringel, Arthur, Altwasser I. 21 a.

Eisen- u. Stahlwaren.
Schreck, Romanus, Gottesberg.
Thäsler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder u. Nähmaschinen.
Böse, Ferd., Freiburg i. Schl.
Danisch, F., Neu-Weißst., Gottesberg.
Kühl, Bernh., Freiburg i. Schl., Gramm. u. Rep.-Werkst.
Kahlert, A., Gottesberg.

Fleischereien.
Dittmer, Hermann, Altwasser II, 10.
Knöfel, A., Fellhammer, F. Bergmann.
Schäfer, Gustav, Fellhammer, F. Burfer.

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren.
Hammer, E., Freiburg, F. Lehr. Kassfern.
Enders, Paul, Waldenburg, Scheuerstr. 1, Ecke Freiburgerstr.

Gemischt-Waren.
Brand & Kasner, Weißstein.
Dreicher, Heinr., Dittersbach Nr. 4.
Quatke, M., Dittersbach, Hermsdorferstr.
Schilbert, A., Weißstein, Hauptstr. 86.

Haus- u. Küchengeräte.
Anforge, H., Gottesberg.
Beyer, Mathilde, Gottesberg.
[illegible]

Herrengarderobe.
Andrich, Emanuel, Altwasser.
Behrendt, M., Hirschberg, Schützenstr. 12.
Büttner, F., Inh.: A. Göhlich, Striegau, Ring 24, Ecke Schweidn. Straße.
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
Gottwald, Hirschberg, a. Burgstr. 10, F. Jul.
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Lipper, B., Jauer, Goldbergerstr. 35.

Konfektionshaus „Merkur"
Fellhammer Nr. 68.
Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Danisch, H., Waldenbg., Charlottenbr. 16, Neu-Weißstein, Hermsdorf, 2c.
Meyer, Karl, Hirschberg, Langstr. 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Pohl, A., Dittersbach 177, Maßanfertigung.
Pusch, Adolf, Schuhwaren ein. Fabr., Nieder-Hermsdorf.
Semper Nachf., A., Inh.: G. Riedel, Schenkstr. 12, (Kreuz).
Silbermann, M., Waldenbg., Gottesberg.
Citronfeld, M., Jauer, Nieder-Ausstg.
Zamuch, M., Hirschberg, a. Domengarten.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Enz, Arth., Waldenburg, Reichsbahnstraße 33, gute Bedienung.
Ruhler, Eduard, Gottesberg.
Schimpel, Oskar, Freiburg.
Schreiber, E., Freiburg i. Schl., Schuhwaren u. Reparat.

Kaufhäuser.
Barnett, M., Freiburg i. Schl.
Knappe, Altwasser, Dam.-Herr.-Kind.-Konf.
Pförtner, Reinh., Gottesberg.
Pincoff, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reiß, Paul, Nieder-Hermsdorf 125 127.

Kleiderstoffe u. Seidenwaren.
Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren.
Beer, E., Dittersbach 148 a, Drogen.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, R., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, A. W., Dittersbach, Email.- u. Manuf.
Henschild, Fellhammer, Haus- u. Küchenger.
Heinze, Fellhammer, Haus- u. Küchg.-Wtr.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarren u. Zigaretten.
Krügel, R., Altwasser, Kurz-, Kognak, Likör.
Nybol, Franz, Altwasser, neb. d. neuen Post.
Leonhardt, F., Fellhammer, Eisen u. Porz.-W.
Martin, Fellhammer, Spirit., Filz-, Emaillw.
Rittner, Altwasser, Spirit., Email.-W. 2c.
Schiller, Fellhammer, Drog., Spirit., Kerz.-W.
Schuhwarenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchenger.
Steiner, H., Fellhammer, Drog., Spirit.
Taubitz, Gust., Fellhammer, Eisenwaren.
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, H., Weißstein, Weinen, Spirit., Fil.
Weinhold, H., Altwasser, Haus- u. Küchenger.

Manufaktur- u. Modewaren.
Gottwald, Hirschberg, a. Burgstr. 10, Kleid-b.
Hübner, J., Ob.-Altwasser, Spez.-Fdr.-Ren.
Berger, (Krätzig), Freiburg, 4½ N.
[illegible]

Schröter, E., Fellhammer, auch Schuhw.
Sindermann, B. H., Altwasser, Fahrr., Nähm.
Waldenb. Warenh., A. Heckn., Friedl.-Str.

Möbel-Magazine.
Bartsch, J., Waldenburg, Gottesbergerstr. 24.
Büttner, C. M., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, H., (H. Förster), Striegau.
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Rösler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Rutsch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente.
Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerstr. 2, Freiburgerstr. 21 u. Neurode, Schuhmstr. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.
Deutschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöpert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Kirchstr. 27

Photogr. Ateliers.
Anlauf, Aug., Gottesberg.
Khol, R., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Ulicher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik Waldenbg., Ring 21.
Forster, Paul, Gottesberg.
Jäptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kappler, Herm., Altwasser I. 23 a.
[illegible]

Sante, H., Altwasser, Mech. Besohl-Anst.
Maibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Busch, Ab., Waldenburg, Ring 12.
Renner, Herm., Altwasser III. 21 D.
Schnapp, D., Jauer, Königstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tscherisch, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langstr. 1.
Wollner, J., Charlottenbrstr. 18, Kais.-Wilhpl. 9.

Uhren u. Goldwaren.
Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Febst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Haufe, G., Ob.-Waldbg. Chausseestr. 29, Grph.
Hornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Kästner, Herm., N.-Hermsdorf.
Ketscher, Rich., Waldenbg., Sochlustr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg, i. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H. & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche u. Wollwaren.
Degwert, G., N.-Hermsdorf, Putz, Tapisserie.
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerstr. 4, Trikotagen, Strümpfe 2c.
Lewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Wsch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hut-Geschäft.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. a. Ring.
Sortimentsh. O. Finke, Jauer, Mode-Pelzw.
[illegible]

1. Beilage zu Nr. 61 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 13. März 1909.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. März.

Geschichtskalender.

13. März.

1781 Der Architekt Friedrich Schinkel*.
1881 Bombenattentat auf Alexander II.

In der Stadtverordneten-Versammlung

dominierten gestern, wie ohne Uebertreibung gesagt werden kann, die Sozialdemokraten; sie bestritten den Löwenanteil an den Auseinandersetzungen und konnten einen vollen Erfolg mit ihren Anträgen verzeichnen. Eigentlich riefen nur drei Punkte der Tagesordnung eine Debatte hervor: der Etat des Weidenhofer Genesungsheims führte zu einer Auseinandersetzung über die Behandlung der Breslauer Krankenkassen durch den Magistratskommissar, die Erweiterung des Elektrizitätswerkes führte zu einer Diskussion über günstige Konjunktureinkäufe und formale Verletzungen des Rechts der Stadtverordneten-Versammlung, und die letzte, etwas ausgedehnte Polemik bewegte sich um die Frage der Schulgelderhöhung.

Bei der Erörterung über die Erweiterung des Elektrizitätswerkes, die der Referent, Stadtv. Neumann mit einer Empfehlung der Magistratsvorlage begann, wurde zunächst seitens der Herren Finger und Höffer darauf hingewiesen, daß es gelte, einen Tiefstand der Kupferpreise zum Kabelankauf auszunützen. Da dieses Preisniveau nur noch bis zum Freitag Mittag sicher sei, entstand sogar ein Dringlichkeitsantrag, für noch weitere 500,000 Mark solcher Kabel anzuschaffen. Genosse Schütz bemängelte im Verlauf der Debatte die Ausschreibung und Vergebung derartiger umfangreicher Lieferungen vor der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung und teilte mit, daß der Bauausschuß über solches Verfahren der Betriebswerke schon öfter Klage geführt habe. Der Oberbürgermeister gab einen formalen Verstoß zu, der jedoch seiner Meinung nach unbedeutend ist, weil durch ihn eine günstige Preislage ausgenutzt werden konnte. Die Erweiterung des Werkes und der Ankauf der Kabel wurde sodann — soweit wir sehen konnten, einstimmig — genehmigt.

Der Erhöhung des Schulgeldes an allen höheren und mittleren Lehranstalten hatte der Etatsausschuß ohne Abänderung zugestimmt und Stadtv. Jeron empfahl diese Erhöhung im Namen des Ausschusses zur Annahme. Genosse Löbe stellte hierauf den Antrag, bei den Mittelschulen keine Erhöhung eintreten zu lassen und den weiteren Antrag, das Schulgeld für auswärtige Schüler höherer Lehranstalten um 20 Mark über die Magistratsvorlage hinaus zu erhöhen. Er begründete den ersten Antrag damit, daß die Mittelschulen der Stadt keine besonderen Lasten aufbürden, daß sich in ihnen ein erheblicher Teil Kinder wenig bemittelter Eltern befindet und nur zwei große Städte Preußens ein Schulgeld von 60 Mark erheben. Den Ausfall von 30,000 Mark will er zur Hälfte durch die Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler höherer Lehranstalten decken. Für diese zahlt die Stadt jährlich bis zu 191 Mark Zuschuß pro Kopf, ohne daß ihre Eltern an den Finanzsorgen und Steuern der Stadt im geringsten beteiligt sind. Für den ersten Antrag traten die Stadtverordneten Dr. Seifert, Dr. Nitschke, Dr. Reich und Dr. Neisser ein, für den zweiten im Namen des Magistrats der Kämmerer Matthes und ebenfalls Dr. Neisser, während die beiden konservativen Herren und der Referent Jeron den zweiten Antrag bekämpften. Herr Seifert sprach sich im übrigen für die Vermehrung der Freischulstellen aus und lehnt mit Herrn Neisser die Erhöhung des Schulgeldes auch für die höheren Schüler ab. Die Abstimmung ergab die Annahme der beiden Anträge Löbe, sodaß es bei den Mittelschulen bei 48 Mark jährlichem Schulgeld für die einheimischen Schüler verbleibt, die Auswärtigen nach dem Antrage des Magistrats auf 90 Mark erhöht werden, bei allen höheren Schulen das Schulgeld aber um 20 Mark pro Jahr über den Magistratsantrag hinaus erhöht wird. Auch alle die Freischulen betreffenden Anträge fanden Annahme.

Nicht so friedlich gestaltete sich die Auseinandersetzung des Ausschußreferenten, Genossen Löbe, mit dem Magistrat wegen der Bevormundung der Krankenkassen durch den Magistratskommissar.

Stadtv. **Löbe** freut sich über die zunehmende Frequenz des Weidenhofer Genesungsheims und betont, daß es nicht nötig sei, dieselbe künstlich zu heben. Leider habe der Magistrat die Genehmigung zur Gründung des Genesungsheims dem Ortskrankenkassen-Verband versagt, und als die Tischlerkrankenkasse sich ohne diese Genehmigung eine solche Rekonvaleszenten-Pflegestätte gründete, wurde ihr Vorsitzender mit Strafen verfolgt. Nach langwierigen Prozessen hat nun der oberste Gerichtshof entschieden, daß der Magistrat in diesem Falle zu unrecht ein Aufsichtsrecht in Anspruch genommen hat und daß zweitens auch ein sachlicher Grund zur Verhinderung der Erwerbung des Genesungsheims nicht vorlag. Der Magistrat hat also hier, obendrein noch in ungesetzlicher Weise, das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen beschnitten, worüber er sich sonst bei den Staatsbehörden beklagt. Dasselbe sei bei demselben Dezernenten in der Frage der Kassen-Zentralisation früher schon geschehen und deshalb sei ihm diese Bureaukratie ein wenig abzugewöhnen.

Der hierfür zuständige Dezernent, Stadtrat **Marck**, erwiderte, daß es nach den Ausführungen des Stadtv. Löbe so scheine, als ob der Magistrat in sozialen Dingen äußerst rückständig sei. Das wird die Bürgerschaft aber nicht behaupten können. In der von Herrn Löbe vorgebrachten Angelegenheit betr. den Krankenkassenverband ist zu bemerken, daß nicht der Magistrat, sondern der Regierungspräsident die Notwendigkeit der Errichtung eines Rekonvaleszentenheimes verneint hat. Ob das berechtigt war, will er hier nicht untersuchen. Daß aber der Krankenkassenverband sich bei der Ablehnung beschieden hat, ist ihm ein Beweis dafür, daß sich der Verband mittlerweile der Schwierigkeiten bewußt geworden ist, die ihm durch die Aufrechterhaltung einer solchen Anstalt erwachsen. In Bezug auf das Gesuch der Tischlerkrankenkasse, ein solches Heim zu errichten, glaube er, daß einzelnen Kassen keine rechtliche Handhabe zusteht, solche Gründungen vorzunehmen; gestattet sei dies nach dem Krankenversicherungs-Gesetz nur größeren Kassenverbänden. Aus diesen Gründen heraus habe die städtische Aufsichtsbehörde der Tischlerkrankenkasse die Genehmigung zur Verwirklichung ihres Projekts versagt. Daß das Oberverwaltungsgericht zuungunsten des Magistrats entschieden hat, könne ihn als zuständigen Vertreter der Aufsichtsbehörde nicht davon abhalten, darüber zu wachen, daß sich die einzelnen Kassen nicht in unnötige Abenteuer stürzen, die in letzter Linie eine Belastung der Kassenmitglieder, der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, bedeuten. — Zur Frage der Zentralisation der Kassen könne er nur erklären, daß seine ablehnende Haltung damit begründet wird, daß durch die Zentralisation bisher in keiner Stadt billiger gewirtschaftet worden ist. Auf jeden Fall, so betonte der Redner nochmals, sei seine Haltung nicht durch sozialpolitische Gleichgiltigkeit veranlaßt worden.

Stadtv. **Löbe**: Die Sache liegt also so, daß der Regierungspräsident dem Kassenverbande die Errichtung des Genesungsheims verbietet, weil das Sache der einzelnen Kasse ist und der Magistrat verbietet es der einzelnen Kasse, weil es Sache des Verbandes ist. Die betreffenden Beschlüsse sind von den Kassen nach reiflicher Ueberlegung unter Zustimmung der Arbeitgeber gefaßt worden, in „Abenteuer" habe sich keine von den sorgfältig verwalteten Kassen gestürzt. Mit solchen Argumenten wie sie Herr Marck vorbringt, bevormundet der Staat die Gemeinden auch und sucht die Genehmigung für ihre Anleihen hinauszuschieben. Und das empfinden Sie auch als ein Unrecht

Oberbürgermeister **Bender**: Der Magistrat hat nur sein Aufsichtsrecht ausgeübt, eine unsoziale Handlungsweise wird Stadtv. Löbe Herrn Marck nicht zum Vorwurf machen wollen. Daß obere Gerichtshöfe die Maßnahmen des Magistrats für ungiltig erklären, kommt in zweifelhaften Fällen öfter vor und liegt nicht am bösen Willen.

Stadtv. **Löbe**: Die Streitfragen lagen nicht zweifelhaft, denn sie waren in anderen Städten schon entschieden, und das war Herrn Ratssekretär Scholz bekannt. Vom bösen Willen habe ich nicht gesprochen, aber von den verkehrten Maßnahmen, deshalb habe ich um entsprechende Anweisung für den betreffenden Beamten ersucht.

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird genehmigt.

Die Beratung der Einzeletats nahm auch in dieser Sitzung noch längere Zeit in Anspruch. Es wurden erledigt bezw. angenommen: die Etats der Gartenbauverwaltung, der Parkwälder, der Spielplätze, der Kanalisationswerke, des Marktwesens, des Schlacht- und Viehhofes und des Forstschutzbezirks Peiskermitz-Herrnprotsch.

In Sachen der Klage im Verwaltungsstreitverfahren des Schriftsetzers Berthold Weese gegen die Stadtverordnetenversammlung, betr. den Einspruch gegen die Wahl des Fabrikbesitzers Simon, werden die Stadtverordneten und Justizräte Freund und Peuckert mit der Vertretung der Interessen der Stadt beauftragt.

Eine längere Debatte rief die Beschlußfassung über die Magistratsvorlage betr.

Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen

hervor. Begründet wird die Vorlage in der Hauptsache damit, daß die bevorstehende Aufbesserung der Lehrergehälter eine Ausgabe von rund 230.000 Mk. veranlaßt, die man zum Teil durch Erhöhung des Schulgeldes, was 144.000 Mk. einbringen wird, wieder aufzubringen gedenkt.

Stadtv. **Jeron** (Zentr.) befürwortet im Namen des Ausschusses die Vorlage.

Stadtv. **Löbe** (Soz.): Ich beantrage im Namen meiner Freunde erstens die Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen abzulehnen, für die höheren Schulen aber das Schulgeld der auswärtigen Schüler um 20 Mark pro Jahr zu erhöhen. Anfangs sah es so aus, als ob alle Erhöhungen abgelehnt werden sollten, aber allmählich ist einer nach dem anderen der Gegner umgefallen, schließlich auch unser Etatsreferent und im Ausschuß blieben nur zwei letzte Mohikaner. Dort ging man soweit, auch das Schulgeld der Mittelschulen zu erhöhen. Da die Mittelschulen uns nicht mehr kosten, als die Volksschulen, da unter ihnen viele Kinder unbemittelter Eltern sich befinden und die Städte Danzig, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt, Halle, Magdeburg, Schöneberg, Wiesbaden weniger als 60 Mk. und nur Köln und Essen diesen Betrag erheben, sollten auch wir davon Abstand nehmen. Der finanzielle Ausfall von 30.000 Mark kann zum Teil aus der Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler gedeckt werden. Der Abstand dieser Schüler von den einheimischen beträgt bei uns nur 30 Mk., in Altona 80—90 Mk., in Berlin 40 Mk., in Dortmund 60—70 Mk., in Frankfurt 50 Mark, in Halle 100 Mk., in Kiel 72 Mk. usw. Wir schenken den auswärtigen bemittelten Eltern hohe Beträge aus den Mitteln, welche die Bürgerschaft aufbringen muß.

Prinzipiell sind wir der Ansicht, daß die Schule unabhängig sein muß vom Geldbeutel und der Schüler nur nach Fleiß, Tüchtigkeit und Anlagen in die verschiedenen Lehranstalten verteilt werden soll. Da wir das im Augenblick nicht durchsetzen können, soll wenigstens die Leistung der Gemeinde für jeden Schüler gleich sein. Heute ist sie ungleich, sie ist geringer für das Kind des Armen, das es am nötigsten braucht, und sie ist zwei- bis dreimal höher für das Kind des Reichen. Um diese Ungleichheit nicht noch schlimmer werden zu lassen, stimmen wir der Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen zu.

Stadtv. Dr. **Seifert** (freikons.) betont, daß er im Grunde gegen jede Heraufsetzung des Schulgeldes sei. Deshalb sei er auch gegen den Antrag Löbe, das Schulgeld für die auswärtigen Schüler zu erhöhen, umsomehr, weil dort ebenfalls Kinder unbemittelter Eltern anzutreffen sind. Er wünscht aber, daß der Magistrat recht bald geeignete Vorschläge machen möchte, die auf eine Vermehrung der Freistellen an den höheren Schulen abzielen. Dem sozialdemokratischen Antrag betr. der Mittelschulen stimme er zu, nicht aber der anderen Bestimmung, das Schulgeld für Auswärtige zu erhöhen. Die zentrale Lage der Großstadt Breslau verpflichte eigentlich dazu, den Wohlhabenden der Umgegend eine solche Vergünstigung zu gewähren.

Stadtv. Nitschke (kons.): Auch er stimme für den Antrag Löbe betr. die Mittelschulen, könne aber einer Verteuerung der höheren

Aus aller Welt.

Die Leichenbergung auf Zeche Radbod. Bei den fortgesetzten Bergungsarbeiten in Radbod wurde noch eine weitere Leiche geborgen. Die Särge wurden vom Geheimen Medizinalrat Krummacker und dem Regierungsassessor Demuth besichtigt und dann geschlossen. Ueber die Art und Weise der Beerdigung verlautet noch nichts Bestimmtes. Voraussichtlich dürften je drei bis vier Leichen gemeinsam beerdigt werden.

Ein neuer Aufstieg des „Zeppelin I". Am Donnerstag hat der „Zeppelin I" einen neuen Aufstieg unternommen. Das Reichsmilitär-Luftschiff führte Vormittags ½10 Uhr eine Fahrt aus, die auf Lindau zuging und sehr gut verlief. In der vorderen Gondel befanden sich Graf Zeppelin, Oberingenieur Dürr, Major Sperling, Hauptmann v. Jena, Ingenieur Müller und Luftschiffkapitän Lau. In der hinteren Gondel hatten Ingenieur Stahl und Hauptmann George Platz genommen.

Ein schwerer Unfall trug sich am Mittwoch in der bergischen Ortschaft Kennert bei Leichlingen zu. Der 64jährige Rohrmeister Schmitz wollte mit seinem 33jährigen Sohne einen Brunnen, der eine ständige Gefahr für die Schulkinder bildete, abdecken, wobei ihnen zwei Lehrer behilflich waren. Während der Sohn Schmitz sich im Brunnen befand, gab plötzlich das Mauerwerk nach, und alle vier Personen stürzten in den Brunnen. Die beiden Lehrer wurden leicht verletzt. Während man sich um die Rettung des verschütteten Schmitz bemühte, erfolgte ein zweiter Erdrutsch. Das gesamte Mauerwerk stürzte nach und begrub Vater und Sohn vollständig unter sich. Der alte Schmitz wurde als Leiche, der Sohn tödlich verletzt, nach 2½stündiger angestrengtester Arbeit herausgeholt.

Ueberschwemmungen in Bessarabien. Die russische Provinz Bessarabien ist in Folge der Schneeschmelze von ungeheuren Ueberschwemmungen heimgesucht worden, die jeden Verkehr zwischen den Städten und Ansiedelungen unmöglich machen. Der Postverkehr ist eingestellt worden. Die Flüsse treten aus den Ufern. Der Prouth und der Donauarm haben einen gewaltigen Umfang angenommen. Die niedrig gelegenen Stadtteile von Kischinew stehen unter Wasser.

Eisverhältnisse der Ostsee. Die Postverbindung zwischen Deutschland und Schweden über Saßnitz-Trelleborg ist der ungeheueren zusammengeschobenen Eismassen wegen noch immer unmöglich. Seit Bestehen der Dampferlinie ist die Ostsee noch nie so wie jetzt im Eise gesehen worden. Die Schiffe zwischen Binz und der Greifswalder Oie liegen noch immer in den Eisbergen fest und Scholle nach Scholle schiebt über sie hinweg. Die Fährschiffe Warnemünde—Gjedser haben sich bisher gut bewährt; allerdings ist die mecklenburgische Küste bisher von großen Eisschiebungen verschont worden und die ziemlich starken Eisflächen schneiden die Fähren glatt durch. Die Fehmarner Fähre ist ebenfalls stark vom Eise bedroht, so daß in Warnemünde wohl Güter und Post befördert werden, aber Warenladungen zur Expedition nicht angenommen werden.

Erwürgt. Die vierzigjährige Ehefrau des Anstreichers Karl Schmidt in Elberfeld, Mutter sieben unmündiger Kinder, ist am Mittwoch erwürgt worden. Ihr Mann ist der Tat als dringend verdächtig verhaftet worden.

Ein Mörderpaar. In Lyck in Ostpreußen ward unter dem Verdachte, ihren ersten Ehemann, den Kätner Bogun, mit Schweinfurtergrün vergiftet zu haben, die Kätnerfrau Karoline Ollesch, verwitwete Bogun, aus Bogobien verhaftet. Ferner wurde der Ehemann Ollesch verhaftet, weil er seine frühere Ehefrau vergiftet haben soll, um die Witwe Bogun heiraten zu können.

Zur Massenerkrankung im Virchow-Krankenhause in Berlin ist die amtliche Untersuchung nunmehr abgeschlossen. Man ist zu der Ansicht gekommen, daß keine Fleischvergiftung vorlag, sondern daß getrocknete Morcheln, die zu der Bereitung von Frikassee am Sonntag verwendet wurden, die Ursache der Vergiftungen gewesen seien.

Frau Steinheil verlangt ihre vorläufige Entlassung, doch wurde sie abgelehnt. Die Weigerung, Frau Steinheil vorläufig aus der Haft zu entlassen, hängt mit einer in allerjüngster Zeit gemachten, hochwichtigen Feststellung zusammen. Es wurde unumstößlich nachgewiesen, daß Frau Steinheil am Morgen nach dem Morde telephonisch ihren Freund, den Schloßbesitzer Vorderel in Balaides, anrief. Damit erweist sich die Angabe, die Witwe sei gefesselt und geknebelt keiner Bewegung fähig gewesen, als eine dreiste Unwahrheit.

Feuersbrunst im Salzkammergut. Das im Salzburgischen in der Nähe der Bergstadt Hall liegende Dorf Mils ist seit gestern Vormittag von einer Feuersbrunst heimgesucht worden. Das ganze Dorf, das durch seine Kanarienzucht berühmt ist, steht in Flammen.

Eine Wolfsjagd in Baden. Seit Sonntag trieb sich in der Gegend des Neckarauer Waldes bei Mannheim ein Wolf herum, ein gezähmtes Tier, das von seinem Besitzer, einem Schlosser im Stadtteil Neckarau, zu Zuchtzwecken gehalten wurde. Er riß sich von der Kette und entlief. Sonntag Mittag biß der Wolf im Neckarauer Wald den wertvollen Affenpinscher eines Spaziergängers tot und sprang nicht lange danach dem Pferd eines berittenen Gendarmen an den Hals; das Pferd scheute und stürzte, wobei der Gendarm sich eine Fußverletzung zuzog. Der Gendarm schoß mehrmals auf den fliehenden Wolf und glaubt ihn auch verletzt zu haben. Auch Menschen hat der Wolf bereits bedroht und ein Arbeitsloser konnte sich nur durch energischen Widerstand seiner erwehren. Die Jagdpächter haben später das Tier eingekreist und erschossen.

Ein Bülow-Denkmal im Berliner Gewerkschaftshaus. Arbeitslose Bildhauer haben im Hofe des Berliner Gewerkschaftshauses aus kaltem, sprödem Schnee dem Blockkanzler ein Denkmal gesetzt, das an Humor und Porträttreue nichts zu wünschen übrig läßt, und das zur Zeit eine größere Anziehungskraft ausübt, wie sämtliche Hohenzollernpuppen der Siegesallee.

Der „Vorwärts" schreibt zu diesem politischen Winterscherz folgendes: Wohl noch nie seit seinem Bestehen hat das Gewerkschaftshaus am Engelufer eine so außerordentliche Anziehungskraft besessen, wie am vergangenen Sonntag. Von Morgens bis Abends strömten die Neugierigen mit erwartungsvollen Gesichtern in den Hof, wo der weiche, bieg- und schmiegsame Bernhard I. mit ewig lächelnder Miene stand, während sein unvermeidlicher Pudel mit drollig-kluger Miene an der flatternden Leine Wache hielt. Ab und zu fuhr auch ein flinkes Auto vor und nach dem neuesten Schnitt gekleidete Herren und Damen setzten ihren elegant beschuhten Fuß, wohl zum ersten Mal in ihrem Leben, in die rote Arbeiterburg. Keine Miene blieb bei dem köstlichen Anblick Bülows ernst, manch' einer hat Tränen gelacht. Wohl waren die Konturen der Gestalt nicht mehr so scharf wie am ersten Tage, der ganze Körper war um ein weniges zusammengesunken und der ausdrucksvolle, wirklich prächtig modellierte Kopf hatte sich etwas vornüber geneigt, ob unter der Einwirkung der Witterung oder unter der Bürde des Kanzleramtes, die ja auch nicht leicht sein soll, wissen wir allerdings nicht. Jedenfalls war der originelle Scherz trefflich gelungen, und damit das eigenartige Denkmal des unverwundbaren Kanzlers von Deutschland auch der Nachwelt erhalten bleibt, sind gleich am ersten Tage photographische Aufnahmen gemacht worden, die weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus allen Freunden des Humors ein Schmunzeln entlocken werden. Ob Bernhard inkognito sein Konterfei sich auch mal angesehen hat, ist uns allerdings nicht bekannt.

Die Frau als Rechtsanwalt. Eine internationale Umfrage über die Zulassung weiblicher Juristen zur Anwaltschaft hat der Verband fortschrittlicher Frauenvereine kürzlich veranstaltet. Sie hatte folgendes Ergebnis: In Europa sind Frauen als Anwälte zugelassen in Holland, Frankreich, in einigen Kantonen der Schweiz, in Dänemark, Norwegen und Schweden. In außereuropäischen Staaten: in Kanada, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Australien. Überall, wo sie sich als Anwälte niedergelassen haben, sind sehr gesucht und üben eine erfolgreiche und einträgliche Praxis aus. In Amerika sind einige vierzig Frauen, welche sich besonders ausgezeichnet haben, zu den oberen Gerichtshöfen zugelassen, während mehrere Tausende von Frauen als Unterbeamte an den gewöhnlichen Gerichtshöfen tätig sind.

Schulen nicht zustimmen. Man müsse hierbei in Betracht ziehen, daß in Breslau viele Pensionäre auswärtiger Witwen die Schulen besuchen, denen eine noch größere Belastung sehr schwer fallen würde. Auch befürchte er, daß dann ein größerer Abgang von den städtischen Gymnasien zu den königlichen erfolgen würde. Der Redner bringt bei dieser Gelegenheit seinen 10,000 Mk.-Antrag vom Herbst vorigen Jahres in Erinnerung, der bezweckte, unbemittelte aber befähigte Volksschüler für die Mittelschulen in Vorschlag zu bringen.

Stadtkämmerer **Mathes** bemerkt, daß in Bezug auf den Antrag Nitschke erst Erhebungen wegen der finanziellen Tragweite des Antrages angestellt werden müßten. Den einen sozialdemokratischen Antrag, die Erhöhung des Schulgeldes für die Auswärtigen, könne der Magistrat nur empfehlen. Gerade bei den Auswärtigen sei eine Erhöhung auch deshalb gerechtfertigt, weil die Eltern dieser Kinder zu den Lasten der Stadt Breslau nicht herangezogen werden könnten. Wie es mit den Mittelschulen gehalten werden soll, stelle er ganz in das Belieben der Stadtverordneten-Versammlung, der Magistrat bestehe nicht unbedingt auf seine Vorlage.

Stadtv. Dr. **Reiser** (lib.) ist gegen jede Schulgelderhöhung. Er zerstreut sodann die Bedenken wegen der Abwanderung in die königlichen Gymnasien und hält eine stärkere Heranziehung der Auswärtigen ebenfalls für angebracht. Er erklärt seine Zustimmung zu beiden sozialdemokratischen Anträgen.

Stadtv. **Bujalowski** (kons.) will das Schulgeld der Mittelschulen auf 54 Mark erhöhen und vermutet bei dem Antrag des Stadtv. Löbe politische Motive.

Stadtv. **Löbe** weist noch einige Einwendungen zurück, den auswärtigen höheren Schülern werden auch nach Annahme seines Antrages noch 171 Mark geschenkt. Die Breslauer Beamten genießen die Steuerfreiheit und können deshalb ihr Schulgeld bezahlen. Der Ausfall von 30,000 Mark ändert nichts an unseren Steuersätzen. Politische Gründe haben hier keine Rolle gespielt, wie Herr Bujalowski das komischerweise annimmt, höchstens daß die Sozialdemokraten wieder einmal das Interesse des kleinen Mittelstandes wahrgenommen haben.

Das Resultat der Abstimmung war, daß beide sozialdemokratischen Anträge, ebenso die Anträge Seiffert betreffend Vermehrung der Freischulstellen, angenommen wurden. Mit diesen Abänderungen fand die Magistratsvorlage Annahme.

Beim Etat des Marktwesens legte der Referent Melde ein Wort für die Markthallen ein. Er wies die in Vereinen und in der Bürgerschaft kursierenden Mitteilungen über die Markthallen, die neun Millionen Mark gekostet haben sollen, zurück und stellte fest, daß die Stadtverordnetenversammlung für den Bau der Markthallen einschließlich der Bauplätze 4,141,000 Mark aus Anleihemitteln bewilligt hat. Davon gehen für Straßenanlagen 145,000 Mark ab, sodaß für die Markthallen nur 3,996,000 Mark übrig bleiben. Die Zinsen für diese Summe betragen 160,000 Mark, die Verwaltungskosten 150,000 Mark, sodaß die Ausgaben sich auf 310,000 Mark belaufen. Die Einnahmen betrugen im ersten Vierteljahre 76,000 Mark in einer Jahreszeit, in der der Marktverkehr nicht stark ist und noch viele Keller unvermietet sind. Zum Pessimismus sei also kein Anlaß vorhanden.

Beim Etat des Schlachthofes ersuchte Genosse Löbe, der als einziges sozialdemokratisches Mitglied des Statausschusses diese Vorlagen vertreten muß, die Verwaltung, sich bei Abschaffung der Schlachtsteuer am 1. April 1910 auf Selbstschlachtungen und Eigenverkauf für den Fall einzurichten, daß die Fleischpreise nicht im Betrage der abgeschafften Steuer fallen sollten. Die Steuerbefreiung müsse unter allen Umständen der Allgemeinheit zugute kommen. Ferner ersucht er, den Mindestlohn wenigstens auf 30 Pfg. pro Stunde heraufzusetzen und keine Arbeiter darunter zu beschäftigen. Schließlich befürwortet er die Rückgabe des Erlöses aus der Trichinenschauprobe an die Fleischer-Innung, macht aber bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, welch liederliches Leben die Fleischer-Innungen durch Verkauf ihrer wertvollen Liegenschaften geführt haben, und wie sie langsam dahin gekommen sind, daß ihnen sogar der „Goldene Ochse" durchging. Einer anderen Körperschaft würde man solche Wirtschaft sehr übel genommen haben. Auch dieser Etat mit seinen Nebenanträgen fand Annahme.

Wegen des Provinziallandtages fallen die Sitzungen in nächster Woche aus, erst am Montag, den 22. März oder dem darauffolgenden Dienstag wird die Versammlung wieder zusammentreten. Die Einführung des neugewählten Stadtbaurats Berg mußte unterbleiben, da der Einzuführende an Influenza erkrankt war. Sie findet also voraussichtlich in nächster Sitzung statt.

Die Ortskrankenkasse der Kaufleute etc.

gibt soeben ihren Geschäftsbericht für 1908 aus, der auf 24 Octavseiten und einer interessanten graphischen Tabelle wertvollen Aufschluß über die Leistungen, Mitgliederbewegungen, Kassenverhältnisse und Krankheiten der Mitglieder gibt. Der Bericht bezeichnet das Jahr 1908 „im allgemeinen als befriedigend". Die Geschäftsergebnisse, welche im Anfang des Berichtsjahres infolge der heftigen Influenza-Epidemie einen äußerst ungünstigen Ausblick auf die Zukunft gewährten, hätten sich in der Folgezeit erheblich gebessert und sogar ermöglicht, die gesetzlich vorgeschriebenen 10 Prozent der Gesamtbeiträge dem Reservefonds zuzuführen. Das Gesamtvermögen der Kasse bestand am Schluß des Berichtsjahres aus 290,000 Mark in Effekten — Nennwert — und 20,000 Mark Bankeinlage. Nach dem Kurswert vom 31. Dezember 1908 betrug der Effektenbestand 287,112,25 Mk. Der Abschluß des Berichtsjahres weist auf: an Rein-Einnahme 641,611,68 Mark, an Rein-Ausgabe 577,705,24 Mark, demnach einen Ueberschuß von 63,906,44 Mark, oder 3,54 Mark pro Kopf der durchschnittlichen Mitgliederzahl. Der Soll-Betrag des Reservefonds ist entsprechend der reinen Jahresausgabe der drei letzten Jahre auf 550,289,80 Mark gestiegen, so daß nach Abzug des am 31. Dezember 1908 vorhandenen Gesamtvermögens von 287,112,25 Mark noch 263,177,55 Mark zu der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe des Reservefonds fehlen.

Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1908 zusammen 17,685. Anmeldungen erfolgten insgesamt 19,827 und Abmeldungen 18,873, so daß am 31. Dezember 1908 ein Mitgliederbestand von 18,639 vorhanden war. Die Zunahme entfällt auf die männlichen Mitglieder mit 376 und auf die weiblichen mit 578. Die Durchschnittszahl der freiwilligen Mitglieder betrug 241 männliche und 298 weibliche. Hieraus geht deutlich hervor, daß das Interesse an der Fortsetzung der freiwilligen Mitgliedschaft bei den weiblichen Mitgliedern weit größer ist als bei den männlichen. Die in den früheren Jahren sehr stark betriebene, auf die Kasse schädlich wirkende Agitation der freien Hilfskassen habe nachgelassen.

Wegen rückständiger Beiträge mußte in 395 Fällen (1907: 244) das Zwangsbeitreibungsverfahren eingeleitet werden. Der Gesamtbetrag dieser Rückstände belief sich auf 6675,45 Mark (1907: 3698,67). In 43 Fällen (1907: 29) ist die Zwangsvollstreckung wegen Mittellosigkeit der Schuldner fruchtlos ausgefallen, wobei die Kasse zu den verlorenen Beiträgen in Höhe von 469,52 (1907: 415,54), die entstandenen Kosten für die Zwangsvollstreckung an das städtische Einziehungsamt zahlen mußte. — Gegen ungetreue Arbeitgeber wird jetzt stets strafrechtlich vorgegangen. — An Erkrankungsfällen wurden im Laufe des Berichtsjahres im ganzen 16,184 von den männlichen und 8533 von weiblichen Mitgliedern, zusammen 24,717 gemeldet. Davon entfallen auf die Augenärzte 1886 und auf die Zahnärzte 2379 Krankmeldungen.

Einen nennenswerten Vorteil hatte die Kasse durch ihre Zugehörigkeit zu der „Zentralkommission der Krankenkassen für Breslau und Umgegend" aufzuweisen. Nach dem Vertrage, den die Zentralkommission mit dem Verein Breslauer Apotheker geschlossen hat, gewähren sämtliche Apotheken neben dem hier üblichen Rabatt von 15 Prozent einen weiteren Skontoabzug von 2½ Prozent auf diejenigen Rezepturbeträge, welche innerhalb 6 Wochen nach Zustellung der Rechnung beglichen werden. Der Gesamtbetrag dieser Skontoabzüge belief sich auf 803,42 Mark, wodurch der an die Zentralkommission gezahlte Beitrag von 87 Mark reichlich aufgewogen wird.

Die Gesamt-Ausgaben verteilen sich auf folgende Posten: Aerztliche Behandlung 78,531,51 Mark, Arznei und Heilmittel 84,369,39 Mark, Krankengelder an Mitglieder 292,758,13 Mark, Krankengelder an Angehörige der Mitglieder 5763,60 Mark, Wöchnerinnen-Unterstützung 7904,14 Mark, Sterbegelder 19,122 Mark, Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten 41,122,92 Mark, Erstattungen für gewährte Krankenunterstützung 9357,44 Mark, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder 1423,84 Mark, Einzahlungen zur Städtischen Bank 123,000 Mark, Ankauf von Wertpapieren 54,430 Mark, dem Betriebsfonds zurückerstattet und sonstige durchlaufende Posten 368,65 Mark, Verwaltungsausgaben, persönliche 27,995,75 Verwaltungsausgaben, sächliche 9570,11 Mark, sonstige Ausgaben 1210,25 Mark, Summa der Ausgaben 756,867,73 Mark. Kassenbestand am Schluß des Rechnungsjahres 1727,27 Mark. Der Reservefonds betrug im Nennwert am Anfang des Jahres 230,000 Mark, am Ende des Jahres 290,000 Mark.

Für Arznei und sonstige Hilfsmittel sind 1908 über 10,000 Mark mehr ausgegeben worden wie 1907, nämlich: Für Arzneien nach Rezeptur 31,505,62 Mark, für Arzneien nach Handverkaufstaxe 37,353,34 Mark, für Wein 166,25 Mark, für Milch 2318,06 Mark, für Krankenkost 90,30 Mark, für Zahnersatz und Füllungen 1259 Mark, für Bäder 6185,63 Mark, für Brillen und künstliche Augen 1775,85 Mark, für Bruchbänder, Bandagen 2c. 3715,34 Mark, zusammen 84,369,39 Mark.

Der Bericht enthält ferner eine Detaillierung der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten, aus denen die „Schlesische Zeitung", wenn sie wollte, leicht ersehen könnte, wie lächerlich dumm ihre dreiste Behauptung ist, die Krankenkassen dienten „sozialdemokratischen Zwecken". Aber das Blatt will nicht. Es ist bequemer, zu verleumden, als zu lernen!

Eine wertvolle Bereicherung erfährt der Bericht diesmal durch Anfügung einer Tabelle, die in klarer Uebersichtlichkeit die vielen vorkommenden Krankheiten und die Zahl ihrer Opfer erkennen läßt. Danach nehmen die Erkrankungen an Rheumatismus, Gicht, Ischias die erste Stelle ein. Dann folgen die Verletzungen, Influenza und Bronchialkatarrh. — Dem angefangenen Jahre 1909 sieht der Vorstand der Kasse mit leidlicher Hoffnung entgegen.

---

* **Gewerkschaftskartell.** Die gestrige Sitzung dehnte sich sehr lange aus, obwohl nur wenige Punkte auf der Tagesordnung standen. In erster Reihe gab Peterhansel eine Uebersicht über den Kassenbestand des Kartells pro 1908. Er beträgt 4853,48 Mark, 1000 Mark mehr als im Vorjahre. Das Mehr ist jedoch nicht darauf zurückzuführen, daß mehr Beiträge eingelaufen wären, sondern es seien weniger Ausgaben als im Vorjahre zu verzeichnen. Genosse Senk, der als Revisor die Entlastung des Kassierers beantragte, bemerkte zu dem Kassenbestande, daß er zu Folgerungen keinen Anlaß gebe. 1908 war kein Kampfjahr, andere Jahre haben die kleinen Gewerkschaften, die Lohnbewegungen führten, vom Kartell Unterstützungen erhalten, das sei im verflossenen Jahre ausgefallen, und darum sind die Ausgaben geringer geworden. Die Entlastung wurde erteilt. — Der nächste Punkt betraf den Anschluß der Bau-Schutzkommission an das Kartell. Der Kartellvorstand hatte sich mit der Sache befaßt, den Antrag aber, die Komission zu übernehmen und die Kosten mit 600 Mark zu tragen, abgelehnt. Nichtsdestoweniger empfahl der Vorstand den Anschluß mit der Maßgabe, daß die der Schutzkommission angeschlossenen Gewerkschaften den bisher gezahlten Beitrag weiter bezahlen. Es hob eine Diskussion an, an der sich besonders Machol und Bachmann beteiligten. Letzterer führte an, daß die Organisationen, die der Bauschutzkommission angeschlossen sind, den Beitrag von 20 Pfennig pro Mitglied und Jahr auch ferner bezahlen werden, jedoch soll die Kommission dem Kartell angegliedert werden, um eine bessere Uebersicht und Kontrolle zu haben. Darauf erübrigte sich jede weitere Debatte. Der Antrag auf Anschluß wurde einstimmig angenommen.

Nicht so friedlich und sachlich gingen die Anträge der Gastwirtsgehilfen von statten. Hier wurden die Gemüter sehr erregt. Referenten waren Genosse Hegewald für die Gehilfen, Genosse Philipp für die Lokalkommission. An die Referate knüpfte sich eine schier endlose Debatte, die sich bis 1 Uhr Nachts hinzog. So sehr auch die Geister aufeinanderplatzten, so war es doch erfreulich zu hören, wie sehr die Genossen bestrebt sind, das Gedeihen ihres Heims nach allen Richtungen hin zu fördern und nicht zu dulden, daß Ungehörigkeiten im Gewerkschaftshause Platz greifen. Wenn manche Maßnahme der Lokalkommission die Unzufriedenheit der einen oder anderen auch erregt, so solle man doch bedenken, daß es zur Förderung des Gewerkschaftshauses als notwendig erachtet worden ist. Von diesem Grundgedanken ausgehend, wurden die Anträge der Gastwirtsgehilfen mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Die folgende vom Genossen Lozar beantragte Resolution wurde mit 50 gegen 12 Stimmen angenommen:

„Die Kartellsitzung erklärt sich mit dem Verhalten der Lokalkommission betreffs der Anstellung des Kellners Schüler als Angestellter einverstanden und erblickt keinen Vertragsbruch, welcher Vorwurf seitens des Gastwirtsgehilfenverbandes erhoben worden ist. Gleichzeitig erwartet das Kartell, daß für die Zukunft immer mit der Organisation der Gastwirtsgehilfen über weitere sich ergebende Neuanstellungen verhandelt wird."

Zum Schluß gab das Kartell auf Antrag der Handlungsgehilfen bezüglich des

8 Uhr Ladenschlusses

folgende Erklärung ab:

Das unterzeichnete Gewerkschaftskartell, die Vertretung von 25,000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, gibt auf das Ansuchen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, sich über die Durchführung des reichsgesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses und der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom Standpunkt des konsumierenden Publikums zu äußern, folgende Erklärung:

Nach Lage der hiesigen örtlichen Verhältnisse kann an der Durchführbarkeit des reichsgesetzlichen Acht-Uhr-Ladenschlusses für alle Branchen des Handelsgewerbes vom Standpunkte des konsumierenden Publikums kein Zweifel sein. Etwaige Bedenken, daß der Acht-Uhr-Ladenschluß für die Konsumenten unliebsame Weiterungen haben könnte, sind u. E. durchaus unbegründet und auch überall dort, wo der Acht-Uhr-Ladenschluß ganz oder teilweise ortsgesetzlich geregelt ist, längst widerlegt.

Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen am hiesigen Orte durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn an Sonn- und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis eine zweistündige Verkaufszeit in den frühen Morgenstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten vollauf Genüge getan; im übrigen kann jegliche Arbeits- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden.

Im Interesse der Angestellten und Arbeiter in Handelsgeschäften wünscht das Gewerkschaftskartell, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches den obligatorischen Acht-Uhr-Ladenschluß und die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe recht bald einführen.

Als fehlend wurden genannt: Dachdecker Köblisch, Fleischer Förster und Kamoldt, Handschuhmacher Beck, Holzarbeiter Schwemme, Kürschner Czeck und Schilch, Maschinist Baumgart, Porzellanarbeiter Rinke und Görtz, Schneider Richter, Tabakarbeiter Grossert, Textilarbeiter Teiche und Gostelle, Zimmerer Goldschmidt, Schiffszimmerer Sacher und Fleß.

* **Eine öffentliche Unfallstation ohne Arzt.** Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten:

Am 9. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, verunglückte in einer hiesigen Druckerei ein Buchdruckerlehrling an der Farbmaschine und zog sich eine nicht unerhebliche Verletzung zu. Er wurde sofort zwecks ärztlicher Behandlung nach der in dem Krankenhause Bethesda (Gustav Freytagstraße) hierselbst befindlichen öffentlichen Unfallstelle gebracht. Leider war zur Zeit der Einlieferung ein Arzt nicht zur Stelle, die Schwester untersuchte die Wunde, legte einen Verband an und damit war die Sache erledigt. Auf unseren eindringlichen Wunsch, doch einen Arzt herbeizubringen, erklärte die Schwester, daß der Arzt jetzt nicht anwesend sei, und einen ständigen Arzt das Krankenhaus nicht halten kann, dazu sei es zu arm. Wenn wir uns nicht mit dieser Hilfeleistung begnügten, so müßten wir mit dem Patienten zu einem Arzt fahren. Auf unsere Bitte, doch einen in der Nähe wohnenden Kassenarzt telephonisch herbeizurufen, gab man uns zur Antwort, daß dies auf keinen Fall zulässig sei. Die Hilfeleistung würde schon seit jeher in dieser Form gehandhabt und könnte nur in ganz dringenden Fällen, wenn es nach Beurteilung der Schwester nötig sei, ein Arzt sofort herbeizitiert werden. Nach vier Stunden bangen Harrens, in welcher der inzwischen herbeigerufene Vater des Lehrlings ebenfalls öfters um eine baldige ärztliche Untersuchung bat, erschien der Arzt, untersuchte die Wunde und teilte dem Vater das Resultat der Untersuchung mit. Wir sind der Ansicht, daß eine öffentliche Unfallstelle unbedingt für schnellere ärztliche Hilfeleistung Sorge zu tragen hat. Trägt dieselbe doch ungemein zu größerer Beruhigung des Verunglückten selbst, sowie der dabei Interessierten bei. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen mögen, eine Aenderung dieser Verhältnisse dort herbeizuführen, zumal man sonst über die Behandlung und Verpflegung der daselbst Untergebrachten nur Gutes erfahren hat.

Mehrere Beteiligte.

* **Die Bluttat in Reibnitz,** die sich am 2. Weihnachtsfeiertage abspielte, hat nunmehr das Breslauer Schwurgericht beschäftigt. Der Pferdeknecht Valentin Szczepanski hatte am fraglichen Tage eine Hochzeit mitgemacht und dabei tüchtig gezecht. Ein Teil der Hochzeitsgäste, darunter Szczepanski, begaben sich dann noch ins Wirtshaus, wo man Kartenlotterie spielte. Dabei geriet dieser mit dem Arbeiter Hundt in einen Streit, der zu Tätlichkeiten ausartete. Beide wurden daraufhin aus dem Lokal entfernt, doch setzten sie auf der Straße den Streit fort. Schließlich griff Szczepanski zu seinem Taschenmesser und brachte seinem Gegner so schwere Verletzungen bei, daß er zwei Tage später im Allerheiligen-Hospital verstarb. Die Geschworenen haben Szczepanski der vorsätzlichen Körperverletzung mit Todeserfolg für schuldig befunden, ihm aber mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete daraufhin auf ein Jahr Gefängnis.

* **Wichtig für Mütter.** Aus dem Rathause wird uns geschrieben: Während heute kein Mensch mehr an der überragenden Ueberlegenheit der Frauenmilch über die Kuhmilch für die Säuglingsernährung zweifelt, ist es noch in weiten Kreisen unbekannt, daß sich auch die mit der Flasche kombinierte Brusternährung lange Zeit zum größten Vorteil für das Kind durchführen läßt. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß durch die Zwiemilchernährung das „Allaitement mixte", die Gefahren der künstlichen Ernährung außerordentlich vermindert werden, indem die Kinder durch selbst geringe Mengen Frauenmilch in den Stand gesetzt werden, Kuhmilch besser zu vertragen. Diese Gesichtspunkte waren es, welche den Breslauer Armenpflegerinnenverein zur Gründung einer Stillkrippe veranlaßten. Es sollte Müttern, die durch ihre Berufsarbeit gezwungen sind, den Tag außerhalb ihres Hauses zu verbringen, Gelegenheit geboten werden, ihre Kinder weiter zu stillen. Die im Wäldchen im alten Volksschulhause untergebrachte Krippe war als eine Unterkunfts- und Verpflegungsstelle für Kinder stillender arbeitender Mütter gedacht. Es hat sich gezeigt, daß sich dieser Plan sehr gut durchführen ließ. Die Krippe existiert jetzt fast 2½ Jahre, und die erzielten Erfolge sind die denkbar besten. Die Kinder werden an den Wochentagen Morgens von 6 Uhr ab in die Krippe gebracht, aus einem Vorraum, in dem die eigenen Kleider aufbewahrt werden, in den Säuglingstagraum gebracht, daselbst gebadet und in Anstaltskleidung in mit weißer Wäsche versehenen Körbchen untergebracht. Sie erhalten Vormittags und Nachmittags je eine Flaschenmahlzeit. Mittags und Abends werden sie von den Müttern unter Kontrolle gestillt. Die Mütter bekommen Mittags eine dicke Suppe und eine Schnitte, damit es ihnen nicht zu schwer wird, ihren Kindern die meist karg bemessene Mittagspause zu opfern. Am Abend werden die Kinder aus der Krippe entlassen, und es wird den Müttern aufgegeben, den Kindern zu Hause nur die Brust zu verabreichen. Sonntags bleiben die Kinder zu Hause und erhalten, wenn möglich, nur die Brust. Sie werden täglich vom Arzt gesehen und sorgfältig auf ihren Gesundheitszustand beobachtet. Wenn sie leicht erkrankt sind, braucht der Krippenbesuch nicht ausgesetzt zu werden. Sie werden nur im Falle einer ansteckenden Krankheit aus der Krippe ausgeschlossen.

In einer solchen Krippe gelingt es, Ernährungsstörungen fast ganz zu vermeiden. Wenigstens ist die Krippe am Wäldchen von solchen bisher völlig verschont geblieben. Die Ernährungserfolge sind vorzüglich und bleiben nur wenig hinter denen zurück, die bei Brustkindern erzielt werden. Daß die Kinder selbst im Winter und bei ungünstigsten Witterungsverhältnissen oft große Wegstrecken getragen werden müssen, bis sie die Krippe erreichen, schadet ihnen absolut nicht. Im ersten Jahre des Bestehens wurden 46, im zweiten Jahre 67 Kinder in der Krippe verpflegt. Von diesen wurden 55 gestillt. 12 waren als ältere Geschwister aufgenommen. Wenn diese Zahl auch gering ist und demnach eine Krippe die Säuglingssterblichkeit nicht nennenswert herunterdrücken kann, so ist dabei zu berücksichtigen, daß der Hauptzweck der Krippe der ist, Propaganda für die Zwiemilchernährung zu machen und unter den Frauen die Irrlehre zu zerstreuen, daß die Kinder abgesetzt werden müssen, wenn die Mütter in die Arbeit gehen. Außerdem ist zu erwarten, daß der einen Krippe bald mehrere folgen werden, sodaß in absehbarer Zeit in jedem Stadtteil Breslaus die Möglichkeit existieren wird, Säuglinge arbeitender Mütter tagsüber sachgemäß zu verpflegen.

* **Der neue Sommerfahrplan** wird für Breslau folgende Aenderungen aufweisen: Neue Züge gegenüber dem Winterfahrplan:

Ang 1190 Kattern ab 9,00, Abends — Breslau H. an 9,16 Abends und 1191 Breslau H. ab 9,35 Abends — Kattern an 9,51 Abends an Sonn- und Feiertagen.

Nr. 428 Breslau F. ab 7,30 — Schmolz an 7,49 und 429 Schmolz ab 9,10 — Breslau F. an 9,28.

Nr. 6 9 Schmiedefeld ab 11,45 — Breslau F. an 11,57. Nr. 493 Breslau O. ab 8,48 — Trebnitz an 9,45. Nr. 494 Trebnitz ab 10,00 — Breslau O. an 10,57.

Infolge Einlegung eines neuen Schnellzugs von München (ab 4,20) nach Dresden H. (an 1,20 Nachts) werden behufs Herstellung des Anschlusses nach Schlesien die Schnellzüge 121/1 später gelegt (von Dresden ab 1,32 statt 1,05 Nachts, in Görlitz an 3,18 statt 2,52 Morgens) und durch größtmögliche Kürzung der Fahr- und Haltezeiten beschleunigt.

Nz. 201 Breslau H. 6,15 (8 Minuten später), Sonntags nach Schweidnitz, und Nz. Nr. 1105 Breslau H. 1,15 Sonntags bis Schweidnitz, Mittwochs bis Stöbel 2,40 (8 Minuten früher). Bei diesen Zügen wird nach Ausbau der Station Bettlern zum Kreuzen der bisherige Betriebsaufenthalt in Domslau bezw. Hartlieb abgekürzt. Nr. 218 Kobeswig 8,56 Abends, Breslau 9,57 Abends, beginnt im Sommer Aufenthalt in Hartlieb.

Nr. 583 Strehlen 1,56 (statt 3,16) — Grottkau 3,15 (statt 4,28), Anschluß in Strehlen an den ersten Nachmittagszug von Breslau, in Grottkau Anschluß nach Neisse und Brieg. Nr. 509 Breslau 11,34 Nachts — Glatz Stadt 1,50 Nachts (9 Minuten früher), Fahrtbeschleunigung und Beseitigung des Aufenthalts in Dürrhartha.

Nr. 652 Breslau F. 1,20 (statt 2,02) — Wohlau 2,28 (statt 3,10).

Nr. 340 Oels ab 5,55 Morgens — Breslau O. 6,37 40 — Breslau H. an 6,52, um 17 bis 23 Minuten früher gelegt, ermöglicht von Breslau O. aus die Erreichung des E. 114, Breslau F. ab 7,00, nach Hirschberg. Nr. 352 Oels ab 10,50 — Breslau 11,32/34 — Breslau H. an 11,46, um 10 Minuten später gelegt.

Nr. 471 Breslau O. 6,24 (statt 6,30) — Trebnitz 7,21 (statt 7,27). Nr. 474 Trebnitz 7,35 (statt 7,42) — Breslau O. 8,32 (statt 8,40). Nr. 473 Breslau O. 11,12 (statt 10,58) — Trebnitz 12,10 (statt 11,55). Nr. 476 Trebnitz 12,45 (statt 12,26) — Breslau O. 1,43 (statt 1,24). Nr. 471 Breslau O. 8,43 (statt 8,50 Abends) — Trebnitz 9,44 (statt 9,50 Abends). Nr. 942 Trebnitz 10,00 (statt 11,10 Abends — Breslau 11,00 (statt 11,10 Nachts). Die bisherigen Sommer-Sonntagszüge Nr. 1125 Breslau O. 10,55 Abends — Sacrau 11,21 Nachts und Nr. 1120 Sacrau 11,24 Nachts — Breslau O. 11,45 Nachts werden nicht eingelegt; als Ersatz dienen die Trebnitzer Abendzüge.

Die Lokalzüge Deutsch-Lissa—Breslau und umgekehrt sollen statt auf dem Märkischen Bahnhof auf dem Freiburger Bahnhof ein- und auslaufen.

*** Kein freisinniger Boykott.** Wir haben mit unserer gestrigen Notiz den tapferen Freisinnigen Breslaus bitter Unrecht getan. Ihr Organ hat die Notiz über den judenfeindlichen Möbelhändler **Kögel** in der Palmstraße nicht gebracht, damit er boykottiert werde, sondern damit — recht viele Juden bei ihm kaufen! Unsere Zustimmung zu dieser Notiz hat die „Bresl. Ztg." derart verblüfft und geängstigt, daß sie heute behauptet, wir hätten „die einfachsten Tatsachen auf den Kopf gestellt" und sie, die brave Breslauerin, hätte nur „einfach von der Aussperrung eines Teiles des Publikums durch ein Geschäft Kenntnis gegeben." Nichts weiter. Daß der Händler K. die Juden ostentativ aus seinem Laden verbannt, empfindet die „Bresl. Ztg." nicht als eine Beleidigung, gegen die man sich wehrt, sondern als eine Ehre, die man mit huldvollem Scharwenzeln vor dem Beleidiger belohnt. Wir gestehen, daß wir trotz allem, was wir an der „Bresl. Ztg." erlebt, doch noch etwas mehr Solidarität für ihre Rasse bei ihr vorausgesetzt, daß wir uns aber schmählich getäuscht haben. Die Breslauer Juden aber, die hier von einer Firma so kraß brüskiert werden, tun besser daran, mit der Wahrung ihrer Ehre die „Staatsbürgerzeitung" oder das Pastor Nitschke-Blatt zu betrauen, dann wissen sie wenigstens, woran sie sind!

*** Die Abstimmung über die Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses** in der Stadt Breslau, welche vom 15. bis 25. d. M. stattfinden soll, wird, wie der Polizeipräsident festgesetzt hat, in den Polizei-Kommissariaten an den Werktagen in der Zeit von 8 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags und von 3—6 Uhr Nachmittags und am Sonntag, den 21. d. M. von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags erfolgen können.

*** Immer wieder der goldene Ochse.** In dem Konflikt des Breslauer Magistrats mit dem früheren Vorstand der Breslauer Fleischer-Innung, der seinerzeit großes Aufsehen erregte und in der Hauptsache durch den Verkauf des goldenen Ochsen-Bechers heraufbeschworen worden war, war auch ein Strafverfahren gegen den früheren Innungsvorstand eingeleitet worden, nachdem dieser von dem Magistrat seines Amtes enthoben worden war. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft die Erhebung einer Anklage gegen den früheren Innungsvorstand abgelehnt. Nunmehr wird wohl auch über die Beschwerde befunden werden, die der frühere Obermeister Becker gegen den Stadtrat Dr. Tobler erhoben hatte.

*** Zur Lohnbewegung der Steinmetzen.** Die Einigungs-Verhandlungen vor dem Gewerbegericht haben sich zerschlagen. Herr Päschke erklärte für die Arbeitgeber, daß die Unternehmer auf die Einführung des Bunzlauer Tarifs nicht eingehen würden. Nach reiflicher Ueberlegung wären sie dahin gekommen, das „gefährliche Experiment" nicht zu machen. Von den Arbeitnehmern wurde die Erklärung abgegeben, daß sie den Bunzlauer Tarif ebenfalls nicht annehmen, da sie sich der Auslegungskunst der Herren Unternehmer und deren Vertreter nicht aussetzen möchten. Es werde dann immer zu Streitigkeiten kommen. Doch seien die Arbeitnehmer bereit, einzelne Positionen aus dem Bunzlauer Tarif auf Breslau übertragen zu lassen. Eine vom Vorsitzenden an beide Parteien gerichtete Frage, ob sie das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen würden, wurde von den Arbeitgebern verneint, von den Arbeitnehmern bejaht.

Die Arbeitgeber erklärten, daß sie „tüchtigen besseren" Arbeitskräften höhere Löhne bezahlen würden. Dieses Anerbieten wurde von seiten der Arbeitnehmer abgelehnt, da der Begriff „besser und tüchtig" zu dehnbar sei, auch stünde den Arbeitern kein klagbares Recht zu. Der Vorsitzende behandelt das Wort „tüchtig und besser" in juristischem Sinne und kam auch zu dem Schluß, daß von einem Zugeständnis keine Rede sein könne.

Damit sind die Verhandlungen abgebrochen. Der Kampf wird, voraussichtlich schon von heute an, mit aller Zähigkeit geführt werden.

*** Die nächste Volks-Vorstellung des Sozialdemokratischen Vereins** wird eine Wiederholung der Rossinischen Oper: „Der Barbier von Sevilla" für alle diejenigen bringen, die zur ersten Aufführung keine Bille's mehr erhalten konnten. Die Billets für diese am Sonntag, den 21. März, im Thalia-Theater stattfindende Vorstellung werden von Montag ab in der Expedition der „Volkswacht" ausgegeben. Vorbestellungen sind bei den Distriktsführern zu machen.

*** Ein „Haydn-Abend".** An dem vom Humboldt-Verein Sonntag, den 14. d. Mts., Abends 7½ Uhr, im Gesellschaftssaale der Freunde stattfindenden Haydn-Abend hat Herr Rektor Schink den einleitenden Vortrag übernommen. Frau Else Rüdiger und Herr Rudolf Börner werden Arien aus der „Schöpfung" und den „Jahreszeiten", sowie ein Duett singen, während der instrumentale Teil durch Klaviervorträge des Herrn Georg Markowitz und durch das bekannte Quartett der Herren Braunsitzer, Röhricht, Carl Melzer und Waldmann vertreten sein wird. Eintrittskarten sind für jedermann bei Herrn Preuß u. Jünger, Ring 52, und Lindau u. Winterfeld, Neue Schweidnitzerstraße 13, zu haben.

*** Der deutsche Metallarbeiter-Verband** veranstaltet am Montag, den 15. März, Abends 8¼ Uhr im Gewerkschaftshause, zur Erinnerung an die 48 er Märzrevolution einen Vortragsabend mit Lichtbildern. Herr Gottschalk-Dortmund wird über „Deutsche und französische Geschichte" sprechen und hierbei eine große Zahl vortrefflicher Bilder aus der Zeit der Revolution vorführen. Da der Abend außerordentlich genußreich zu werden verspricht, der Eintrittspreis auch nur auf 15 Pf. pro Person festgesetzt ist, wird auf eine starke Beteiligung gerechnet. Der Vortrag nimmt pünktlich seinen Anfang und ist während desselben die Saaltür geschlossen. (Alles weitere siehe Inserat.)

*** Metallarbeiterverband.** Sonntag, den 14. März cr., Vormittags 11 Uhr, findet im Zimmer Nr. 2 des „Gewerkschaftshauses" für alle in der Gelbmetallindustrie beschäftigte Kollegen und Kolleginnen eine Branchenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Philipp. 2. Branchenangelegenheiten.

*** Heizungsmonteure.** Die monatliche Branchenversammlung findet Sonntag, den 14. März, Vormittags 10½ Uhr, bei Wolf, Wallstraße 26, statt. Wichtige Tagesordnung.

*** Vortrag für die Jugendlichen.** Am kommenden Sonntag, den 14. März, Nachmittags 4 Uhr, findet in Beukert's Restaurant, Fischergasse 11, ein öffentlicher Vortrag statt, den Herr Redakteur Georg Beyer halten wird. Als Thema ist gesetzt: „Einige Kapitel aus der preußischen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts". Alle Leser dieses Blattes werden ersucht, ihre heranwachsende Jugend auf diese Versammlung hinzuweisen.

*** Hirsch-Dunckersche als Rückschrittler.** Der Ausschuß des Gewerbegerichts zu Breslau hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Braeklein eine Sitzung ab. In derselben beschäftigte man sich zunächst mit dem Entwurf des Arbeitskammergesetzes. Man beschloß hierzu dem Reichstag die Aenderung zu unterbreiten, die Konkurrenz der Gewerbegerichte und der Arbeitskammern in Bezug auf die einigungsamtliche Tätigkeit zu beseitigen. Dann beschloß man bei dem Reichstag und Bundesrat im Bürgerlichen Gesetzbuch die Abänderung zu beantragen, daß die Aufrechnung gegenüber dem Lohn bei vorsätzlicher Schädigung des Arbeitgebers durch die Arbeiter zuzulassen! (Bisher ist das durch den § 394 B. G.-B. glücklicherweise verboten! Aber die Hirsch-Duncker'schen Beisitzer stimmen stets für alle reaktionären Maßnahmen reaktionärer Feinde des Arbeiterrechts.) Schließlich erörterte man noch die Einführung der Listenlosen Beisitzerwahlen erst für das Gewerbegericht und dann später auch noch zum Kaufmannsgericht. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

*** Zu dem Bauunfall in der Friedrich-Carlstraße** erhalten wir von der Bauarbeiter-Schutzkommission, die den gestern gemeldeten Unfall des Arbeiters Rouvel untersucht hat, folgende Zuschrift:

Die Besichtigung der Unfallstelle hat ergeben, daß auch hier wieder die leidige Profitwut des Unternehmertums und die mangelnde Kenntnis der Baupolizei auf dem Gebiete des praktischen Gerüstbaues die Schuld am Tode des bedauernswerten Opfers trägt. Hier die Beweise: Der Neubau, der im Grunde fertiggestellt ist, und nur einzelne Scheidewände noch hochgesetzt werden, hat eine Fahrt von der Vorder- bis Hinterfront gelegt; dieselbe besteht aber nur aus drei Brettern, welche im Höchstfalle zusammen einen Meter breit sind. Nun mußte aber der Arbeiter auf der Fahrt rechtswinkelrecht abbiegen, und da die Karre selbst aber eine Mindestlänge von 1,50 Meter hat, so war es dem Bedauernswerten rein unmöglich die Wendung ohne Gefahr zu machen, da ja die Fahrt selbst kaum einen Meter Breite hat. Rouvel stürzte deshalb auch hinterrücks in eine Baugrube, wo er wie allgemein angenommen wird, auf ein Brett fiel und sich die Verletzungen zuzog.

Daß die Baupolizei die Ursache des Unfalls festgestellt hat, ist nicht zu bezweifeln, da sie ja dann später Anordnungen traf. mehr zuzulegen. Aber die schmale Fahrt über das ganze Gebäude hat sie nicht beanstandet, und trotzdem wird jeder nur halbwegs verständige Arbeiter sagen müssen, daß die Fahrt auch nicht im geringsten den Anforderungen entspricht, denn es muß doch damit gerechnet werden, daß zwei Arbeiter mit der Karre sich ausweichen müssen, und ist es unbedingt notwendig, daß derartige Fahrten eine Mindestbreite von 2,50 Meter haben. Aber auch die Bretter selbst lassen in diesem Falle zu wünschen übrig, denn einem Brett im Belag fehlt ein Stück an der Seite, sodaß die Arbeiter, wenn sie in dieses Loch treten, unfehlbar in den Keller stürzen müssen. Der Spartrieb des Unternehmers an Bauholz hat also in diesem Falle einem Arbeiter das Leben gekostet, trotzdem dies durch Achtsamkeit der Baupolizei verhindert werden konnte!

Es ist dies jedoch nicht der einzige Bau, an dem es etwas auszusetzen gibt: Am Neubau nebenan, der sich im dritten Stock befindet, sind die Fanggerüste wieder derartig hergestellt, daß es besser wäre, sie wären überhaupt nicht vorhanden, denn sie können nicht im geringsten herabstürzende Gegenstände aufhalten, da sie zu schmal, ohne Lehne und nicht stabil genug sind, also nur formell angebracht sind. Der Zugang zu diesem Bau geht über eine einzelne Bohle, man muß also etwas Seiltänzertalent besitzen, um nicht in Gefahr zu kommen, das Genick zu brechen. Aber auch etwas anderes soll hier noch erörtert werden: Am Unglücksbau mußte Donnerstag eine halbe Stunde angeblich wegen Kälte ausgesetzt werden, während die Nebenbauten weiter arbeiten konnten; auch hier weiß man nicht, welche Gründe die Baupolizei dabei leiteten. Aufklarung tut aber not!

*** Lehrlingsmißhandlung.** Das Breslauer Schöffengericht verurteilte den Bäckergesellen Hermann Kuber, der irgendwo als Werkführer fungiert, zu zwölf Mark Geldstrafe, weil er einem Lehrling einen Fußtritt versetzt hatte. Kuber will mit dem Fuße bloß „sein Züchtigungsrecht" ausgeübt haben. Das Gericht erkannte indes auf die erwähnte Strafe, da ihm ein Züchtigungsrecht nicht zustehe und Fußtritte auch kein Züchtigungsmittel sind.

† Den Kriminalbeamten in die Arme gelaufen ist am Donnerstag Abend in einem Hause auf der Kupferschmiedestraße der alte Eindrecher Franz Wermter. Er war im Dezember nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 8 Monaten wieder in Breslau aufgetaucht und nach der Art der Ausführung verschiedener Einbrüche vermutete die Kriminalpolizei in ihm den Täter. Er war vor Jahren als Zwangszögling mit mehreren anderen Zöglingen zusammen aus Wohlau entlaufen und hatte in Breslau eine Unmenge Diebereien und Einbrüchen verübt. Als Donnerstag Abend 2 Kriminalbeamte in dem genannten Grundstücke auf der Kupferschmiedestraße Nachforschungen anzustellen hatten, kam ihnen plötzlich im ersten Stockwerke Wermter mit einem Paket im Arm von den oberen Stockwerken her entgegen. Die Beamten erkannten ihn und hielten ihn fest. Da warf er sein Paket fort und stellte sich mit einem Stemmeisen bewaffnet den beiden Polizisten entgegen. Es gelang diesen jedoch, den großen kräftigen Mann zu überwältigen und festzunehmen. Es wurde festgestellt, daß in dem Paket Kleidungsstücke, eine goldene und eine silberne Uhr und verschiedene Kleinigkeiten vorhanden waren, die Wermter aus der Haushälterwohnung im vierten Stock, die er erbrochen hatte, gestohlen hatte. Es wurde bei ihm auch das ganze Einbrecherrüstzeug vorgefunden.

Aus Schlesien und Posen.

Beuthen OS., 11. März. **Kein Mord und Selbstmord.** Von verschiedenen Seiten wurde gemeldet, daß am Freitag Rechtsanwalt Demlow sich mit dem bei ihm beschäftigt gewesenen Schreibmaschinenfräulein, der zwanzigjährigen Martha Mroß aus Roßberg, im Hotel Bergmann in Bielitz-Biala erschossen habe. Nach einer anderen Version sollte die Mroß vergiftet gewesen sein. Auf Grund genauer Ermittelungen teilt die „Oberschles. Ztg." folgendes mit: Am Donnerstag Nachmittag verließ Rechtsanwalt Demlow, gegen den ein Strafverfahren wegen Betrugs und Untreue schwebt, seine Wohnung, in der er mit seiner Mutter zusammen lebte — von seiner Ehefrau war er geschieden, — mit dem Bemerken, daß er sich nur auf kurze Zeit in sein Bureau begebe. In seinem Bureau verabschiedete er sich aber von dem Vorsteher des Bureaus, wobei er sagte, daß er auf einige Tage verreise. Er müsse sich erholen. Dem Bureauvorsteher war das aufgeregte Wesen des Rechtsanwalts aufgefallen. An demselben Nachmittag verschwand auch das Schreibmaschinenfräulein, das bis dahin im Bureau des Rechtsanwalts Demlow beschäftigt gewesen war und verbrachte auch, wie nachher festgestellt, die Nacht außerhalb ihrer Wohnung. Am Freitag Morgen wollen Zeugen den Rechtsanwalt Demlow mit der Mroß auf dem Wege zum Bahnhof getroffen haben. In Bielitz selbst ist von einem Selbstmord nichts gemeldet. Der Polizei ist von einem Doppelselbstmord nichts bekannt. Wahr ist nur, daß die Genannten in dem betreffenden Hotel logiert und sich am Sonnabend wieder entfernt haben. Sie sind dann später im Zigeunerwald in der Nähe des Touristenhotels gesehen worden. Bis jetzt fehlt jede weitere Nachricht von den Verschwundenen.

Wie nunmehr gemeldet wird, hat Rechtsanwalt Demlow Mündelgelder unterschlagen und die Mord- und Selbstmordgeschichte selbst erfunden um einen Vorsprung für seine Flucht zu gewinnen. Der Staatsanwalt hat gegen D. einen Steckbrief erlassen.

Neueste Nachrichten.

Die Abgeordneten und die Wähler!

Berlin, 12. März. (H. T.-B.) Beim Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg findet heute Abend ein großes parlamentarisches Diner statt, zu dem zahlreiche Mitglieder der Blockparteien Einladungen erhalten haben.

Hamburg, 12. März. (H. T.-B.) Der Verein der freisinnigen Volkspartei faßte gestern Abend eine Resolution, in der er die einstweilige Annahme der Besitzsteuer durch die liberale Fraktionsgemeinschaft bedauert und bittet, auf diesem Wege nicht fortzuschreiten. Der Verein verlangt dringend, das Kompromiß nicht zu genehmigen, sondern an der Nachlaßsteuer festzuhalten.

Hamburg, 12. März. (H. T.-B.) Der hiesige Liberale Verein hielt gestern eine Versammlung ab, in der eine Resolution angenommen wurde, in der der Verein mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis nimmt, daß die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung dem Kompromiß in der Reichsfinanzreform, wenn auch unter Vorbehalt, zugestimmt hat und vor einer befriedigenden Lösung der Frage der direkten Steuern in eine Beratung über indirekte Steuern eingetreten ist. Der Liberale Verein erklärt, daß falls dieses oder ein im wesentlichen übereinstimmendes Kompromiß mit Hilfe der Freisinnigen Vereinigung zustande käme, er nicht mehr in der Lage sein könnte, seine Beziehungen zur Freisinnigen Vereinigung aufrecht erhalten zu können.

Kein Ausschluß Calwers.

Berlin, 12. März. Gegen den Genossen Calwer war der Antrag auf Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei gestellt worden, weil er durch die Mitarbeit an dem „Tag" gegen den Beschluß des Dresdener Parteitages verstoßen hatte. Das infolge dieses Antrages eingesetzte Schiedsgericht, dem u. a. die Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine und Legien angehörten, hat nunmehr sein Urteil dahin gefällt, daß eine Veranlassung, Calwer aus der Partei auszuschließen, nicht vorliegt. — Die nähere Begründung des Spruches wird man noch erfahren.

Gegen die Erhöhung der Telephongebühren.

Berlin, 12. März. (H. T.-B.) Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschloß gestern, den Magistrat zu ersuchen, dem Reichstage schleunigst die Bitte zu unterbreiten, dem Gesetzentwurf betreffend die Telephongebühren die Zustimmung zu versagen.

Kriegsvorbereitungen.

Odessa, 12. März. (H. T.-B.) Die Oberkommandierenden der Militärbezirke von Odessa, Warschau, Kiew und Wilna, sowie die Gouverneure an der deutschen und österreichischen Grenze erhielten telegraphische Geheimbefehle, die militärischen Geheimpapiere usw. in Sicherheit zu bringen. Gleichzeitig wird in militärischen Kreisen versichert, daß die Truppenteile an der Grenze unauffällig vermehrt werden.

Briefkasten.

E. R. Die Volksbibliotheken sind selbstverständlich auch Arbeitslosen zugänglich. Ebenso die Lesehallen. Gerade Arbeitslose sollten soviel wie möglich Gelegenheit nehmen, sich in den Volksbibliotheken und Lesehallen aufzuhalten. Die Volksbibliotheken (Kreuzstraße 27, Taschenstraße 29/31, Königsplatz 7, Klosterstraße 38, Am Wäldchen (Schillerhaus) und Friedrichstraße 84/86 sind geöffnet Wochentags von 12—1½ Uhr (aber nur bis Ende März, im Sommer nicht) und Abends von 5—9 Uhr. Sonntags von 11—1 Uhr. — Die Lesehallen (Klosterstraße 38, Matthiasstraße 9 und Friedrichstraße 84/86 sind geöffnet an Wochentagen von 10—10 Uhr, Sonntags von 11—1 und von 5—10 Uhr. Die Benutzung ist allen über 17 Jahre alten Personen unentgeltlich gestattet.

S. G. Bei der Anmeldung schulpflichtiger Kinder, die nicht getauft sind, genügt die Geburtsurkunde des Standesamts.

K. W., Liegnitz. Die Mutter des unehelichen Vaters kann wegen der Alimente nicht haftbar gemacht werden.

H. R. Nach Leistung des Offenbarungseides können Sie außenstehende Gelder für gelieferte Waren ohne weiteres einziehen.

A. W. L. Was die Frau in diesem Falle auf ihren Namen bestellt hat (5 Fenstervorhänge), braucht der Mann nicht zu bezahlen. Er kann auch vom Gericht dazu nicht verurteilt werden.

W. R. Der Lehrer darf die Kinder nicht zur Strafarbeit heranziehen, so lange es ihm beliebt. Beschweren Sie sich.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 13. März:

Stiftungsfest der Schuhmacher. (Großer Saal.)

Handschuhmacher-Verband. Abends 8½ Uhr: Versammlung im Zimmer 2.

Buchbinder. Versammlung. Zimmer 34.

Sonntag, den 14. März:

Fliesenleger. Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Zimmer 1. Kollege Bachmann hält einen Vortrag.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht"-Agitation.

Sonntag, den 14. d. Mts., findet von dem Lokal Hönig, Lerchenstraße 8, aus eine Agitation für die „Volkswacht" statt. Alle Parteigenossen, die für diese Arbeit noch eine Stunde Zeit übrig haben, werden gebeten, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen.

An die Bezirksführer!

Die Mitglieder, die am Zahlabend ihre Beiträge nicht gezahlt haben, müssen von den Bezirksführern monatlich in der Wohnung kassiert werden. Wir ersuchen die Bezirksführer, dies streng zu beachten, damit durch ihre Schuld kein Mitglied mit seinen Beiträgen in Rückstand kommt. Vierteljährlich ist eine Wahlfondsmarke zu kleben. Die monatliche Abrechnung der Bezirksführer ist Montag, den 22. März, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 2. Bezirk 3 (Gr.-Mochbern). Sonntag, den 14. März, Nachmittags 3 Uhr: Zahltag in Opperau bei Miemietzki. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Land-Distrikt 9 (Tschansch). Sonnabend, den 13. März, findet bei Happe, Groß-Tschansch, unser Maskenball bestimmt statt.

Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz). Sonnabend, den 13. März, Distrikts-Kränzchen bei Sperling, Pöpelwitzstraße.

Am 9. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser braver Kollege, der Hobler

Richard Baier

im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter der Breslauer Aktien-Gesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau Abteilung IV.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, vom Allerheiligen-Hospital aus nach Cosel. 1181

Am 10. d. Mts., abends 8½ Uhr, verschied sanft nach langem, schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, unser guter Vater, der Maurer 1194

Ernst Burkert

im Alter von 47 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Rothkretscham.

An die Einwohnerschaft von Altwasser u. Umgeg.

Sonntag, den 14. März 1909, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zum „Weißen Rok", Altwasser:

Oeffentl. Konsumentenversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Zweck und Nutzen des Konsumvereins für die Arbeiterschaft. 2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung werden hiermit die Interessenten, und hauptsächlich die Frauen, freundlichst eingeladen, damit jede Arbeiter-Familie über die Bedeutung und Entwickelung der Konsumvereine aufgeklärt wird. 1207

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Konsum-Verein „Eintracht", Altwasser,
Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht

Wahlkreis Landeshut—Bolkenhain—Jauer.

Achtung! Arbeiterfrauen und Mädchen!

Frau Ottilie Baader, Berlin, wird in unseren Versammlungen zu sprechen:

4 öffentl. Volksversammlungen

über das Thema: „Die Frau im politischen Kampfe" referieren.

Gewerkschaftliches über Lohn und sonstige Gegenstände muß an dem Abend, wo die Versammlungen dem Gewerkschaftsfach dienen, 1194

Sprechen werden nur:

Sonntag, den 14. d. M., nachm. 3 Uhr, in Liebau, „Stadt Berlin".

Zu einer Sonntagsversammlung der Frauen demokratischen Wahlvereins.

Montag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, in Jauer im „Grünen Adler".
Dienstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, in Landeshut in der „Sonne".
Mittwoch, d. 17. d. M., abends 7 Uhr, in Crittwitzdorf b. Gastwirt Alt
in Merzdorf, Rudelstadt, Rohnau, Crittwitzdorf.

Der Wahlvereins-Vorstand

Arbeiter-Radfahrer-Verein Neu- und Alt-Hain.

Sonntag, den 14. März 1909: 1188

Kränzchen

in Thimts Gasthof „Zur Erholung" in Fellhammer.

Anfang 6 Uhr. Gäste sind freundlich willkommen.

Der Vorstand.

---

95 Pf.-Bazar

Ring 51, Naschmarktseite,
bietet die
schönsten Geschenke
für
Konfirmanden
in grösster Auswahl

95 Pf.-Bazar

Ring 51, Naschmarktseite,
Albert Marcus. 1190

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein **großes Lager** von

Schuhwaren

in 4217

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann, Geschäftsführerin.
Auguste Koch.
36 Schweidnigerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Kalbfleisch billiger!

per Pfd. 60—70 Pf., Rindfleisch ohne Knochen per Pfd. 80 Pf., Suppenfleisch per Pfd. 70 Pf., Preßwurst, Leberwurst, Mettwurst per Pfd. 70 Pf., bei Abnahme von 10 Pfd 65 Pf.

Josef Metzner, Alsenstraße 68, Ecke Poisenerstraße. 1195

Herren-, Damen-, Kinder- und Arbeiter-Garderobe

Anfertigung nach Maß — Grosse Auswahl moderner Stoffe empfiehlt

V. Liepelt, Büchnerstrasse 21, am Waterlooplatz. 1196

Kalbfleisch 60, 65, 70,

Rindfleisch 70, 75, ohne Knochen 85 Pfg. 1180

Trebnitzer Chaussee 10.

Billig! Billig!

Kalbfleisch 70—75 Pfg.
Schweinefleisch 65—75 Pfg.
Rindfleisch von 70 Pfg. an.
Gehacktes 80 Pfg. 1192

Lohestraße 67/69.

Zigarren

3 Stück 10 Pf. — Stück 5 u. 6 Pf. in nur guter Qualität bis zu den allerfeinsten Marken.

Zigaretten nur renommierte Fabrikate.

Tabake billigst.

Otto Nelke

Gabitzstr. 7, Ecke Götzenstr.

Massiv
goldene Trauringe,
Paar 12, 15, 21, 36, 40 Mk.

Alfred Herzog,
Juwelier 16
8, Ohlauerstraße 8.

Wegen bevorstehendem Umbau!

großer

Räumungs-Verkauf

sämtlicher Gold- u. Silberwaren.

Preise bis zum und einschl. 1.50 1189

Gelegenheitskäufe in **Brillanten.**

Günstigste Gelegenheit für **Konfirmationsgeschenke.**

C. Welte,
Reuschestraße 69.
Schaus Blücherplatz.

Eine jede kluge **Mutter** gebraucht nur **Spül-Spritzen**
D. R. G. M. à 4, 6, 8, 10 u. 12 M.
a. d. Alleinverk. W. Schlegel
Breslau I, Nikolaistrasse 21
Verletz. ausgeschl., sicher d. Beste. Zahlr. Anerk. Bedien. f. Damen sep. I Et. Hauseing.
Dicke Versand. Nachn.

Hut-Hanke

Inh.: **Joh. Tessmer**
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

1204

Hüte nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.

Grosse Auswahl in

Konfirmanden-Hüten

zu billigsten Preisen.

Arbeiter-Notiz-Kalender

1909

Preis 60 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht".

Unerreicht in
Formen und Qualität
sind unsere

Konfirmanden-Stiefel

Neue Fassons!

Neue Fassons!

Feine Ledersorten!

5.90 M.

mit und ohne Lackkappe

Chevreaux-horse **7.50** M.

9.50 M. Box-Calf u. Chevreaux

Original Goodyear-Welt **12.50** M. hochmoderne Ausführungen 1186

Schuhwaren-Fabrik

Max Tack

Verkaufshaus **Breslau**

16/17 Reusche-Strasse 16/17

Ecke Neueweltgasse.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

Schmiedebrücke 59 Erstes Viertel vom Ringe.

Elegante und billige

Konfirmanden-Anzüge

nur

Schmiedebrücke 59.

Julius Krzesny.

1193

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

Buchhandlung Volkswacht.
Der wahre Jakob, Witzblatt, wöchentlich . . . 0.10

Trinkt Malzkaffee Bamf.

Buchhandlung Volkswacht.
Volks-Fremdwörterbuch von Wilh. Liebknecht 3.20 1181

Persil

Das
vollkommenste, wirklich **selbsttätige**
Waschmittel
von unerreichter Wirkung; gibt mühelos blendend weisse Wäsche bei grösster Schonung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg. Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten.
Henkel & Co., Düsseldorf.

Steige-Leitern

aller Systeme für Haus- und gewerbliche Zwecke, den gesetzlichen Anforderungen entsprechend von **3,50** an liefert die Spezialfabrik von

C. O. Kornmann,
Breslau, 160
Taschenstraße 28/29.
Sl. Groschengasse 22.

Zu billigsten Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste **Schuhwerk**

in Konfirmations-, Kinder- und Strandschuhen, sowie Holz- u. andere Pantoffeln zu streng reellen Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.,
Friedrich-Wilhelmstraße 52, geradeüber der Friedrich-Karlstr.

Schulbücher

sowie alle anderen Schulartikel und Schreibmaterialien nach Vorschrift, Schultaschen, kaufen die Genannten am besten in der **Buch- und Papierhandlung** von **Fritz Joachim, Hirsch. 77.**
Konfirmationskarten 2c. in größter Auswahl. 1191

2. Beilage zu Nr. 61 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 13. März 1909.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung, Donnerstag, den 11. März, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Heranziehung der

Beamten, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener

zur Gemeindeeinkommensteuer.

Abg. v. d. Groeben (kons.) begründet einen Antrag, eine in der zweiten Lesung gestrichene Bestimmung wiederherzustellen, wonach den Kreisen die 100 Prozent übersteigenden Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer verbleiben sollen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages würden seine Freunde gegen das Gesetz stimmen müssen.

Abg. **Ecker** (natlib.) wendet sich gegen den Antrag, weil dadurch völlig neue Beziehungen zwischen den Kreisen und den Beamten geschaffen würden. Im übrigen würden seine Freunde trotz der Sonderstellung der Geistlichen für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen.

Ein Regierungskommissar betont demgegenüber, daß es sich lediglich um die Art der Abrechnung zwischen Gemeinden und Kreisen handele; das Dienstverhältnis der Beamten werde dadurch garnicht berührt.

Abg. Reinbacher (freis. Volksp.) befürwortet einen Antrag, wonach das Kommunalsteuerprivileg auch für die Geistlichen beseitigt werden soll.

Abg. **Hirsch** (Soz.):

So, wie die Vorlage aus der zweiten Lesung gekommen ist, ist sie für uns unannehmbar. Ich habe bei der ersten Lesung bereits, daß wir die Aufhebung des Privilegs für Beamte, Lehrer und Geistliche fordern. Wir haben ferner gegen den Unterschied zwischen den Beamten, die vor und denen, die nach dem 1. April angestellt sind, die Kommission hat sich nun unserm Standpunkt genähert und wenigstens die Geistlichen, Kirchendiener und Lehrer in das Gesetz hineinbezogen. Aber nachdem das Haus durch seine Beschlüsse in der zweiten Lesung die Kommissionsbeschlüsse wesentlich verschlechtert hat, können wir der Vorlage unsere Zustimmung nicht geben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Debatte ist eine sehr weitgehende Rücksichtnahme auf die kirchlichen Gemeinden hervorgetreten, die den politischen Gemeinden gegenüber niemals geübt wird. Dem Antrag der Freisinnigen werden wir zustimmen, weil wir es für richtig halten, daß die Geistlichen die gleichen Lasten zu tragen haben, wie alle anderen Beamten. Sie haben alle Schichten der Bevölkerung herangezogen, um die Lasten der Beamtenbesoldung zu tragen. Sie haben sich selbst nicht gescheut, die Einkommen von 1200 Mk. mit neuen Steuern zu belegen. Unter diesen Umständen ist es am wenigsten angebracht, die Geistlichen von den Lasten auszunehmen; sie sollten freiwillig auf ihr Privileg verzichten. Man sagt, man könne die Geistlichen nicht in den Wahlkampf hineinziehen. Aber die Geistlichen mischen sich ja auch in die politischen Kämpfe ein. Selbstverständlich verlangen wir das passive Kommunalwahlrecht auch für die Lehrer. Die Volksschule wird darunter nicht leiden. Wir würden gern für die völlige Aufhebung des Privilegs stimmen, können aber eine Vorlage nicht annehmen, die nur etwas Halbes bringt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Ramdohr** (freikons.) tritt als Geistlicher für die Beseitigung des Privilegs der Geistlichen ein. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist und wollen, daß die Parole zur Wahrheit wird: Heraus aus der Pastorenkirche und hinein in die Gemeindekirche.

Abg. **Wolff-Lissa** (freis. Vgg.) spricht ebenfalls für die Beseitigung des Privilegs der Geistlichen.

In der Abstimmung wird der freisinnige Antrag abgelehnt, der Antrag v. d. Gröben angenommen. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Hierauf wird das Gesetz betr. die

Wohnungsgeldzuschüsse

für die Beamten nach kurzer Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betr. die Abänderungen

des Einkommensteuergesetzes

und des Ergänzungssteuergesetzes.

Abg. **vom Rath** (natl.) polemisiert gegen frühere Angriffe des Abg. v. Hennings.

Abg. **Heimann** (Soz.):

Da die Regierung sich in Preußen ja stets willenlos den Diktaten der konservativen Partei unterordnet, so ist nach diesen Worten eine Verbesserung unseres Einkommensteuergesetzes auch in Zukunft nicht zu erwarten. Zweifellos bedeutet die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt eine ganz unbillige Härte für die Massen der Bevölkerung. Es wird einem Manne mit 1200 Mark Einkommen zweifellos viel schwerer, 60 Pfennige mehr Steuern zu zahlen, als die Mehrzahlung von 30 Mark für einen Mann mit 10.000 Mark Einkommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf der letzten Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat der konservative Herr von Bodelschwing unter allgemeinem Beifall ausgeführt, daß es auch bei Einkommen von 10.000 Mark schon außerordentlich knapp zugeht und jede Belastung als drückend empfunden wird. Wenn es richtig ist, — ich will es dahingestellt sein lassen — so können Sie sich ja ausmalen, wie sehr die Arbeitereinkommen von jeder, auch der kleinsten Neubelastung empfindlich getroffen werden. Professor Wagner hat auf dieser Versammlung sehr richtig betont, daß dem kleinen Manne von seinem Einkommen nichts übrig bleibt. Uebrigens hat diese Generalversammlung ein geradezu typisches Bild von der Unduldsamkeit geboten, mit welcher die Herrn Agrarier gegen jede ihnen unbequeme Auffassung vorgehen. Jahrzehnte hindurch haben die Herren

dem Professor Wagner zugejubelt,

wenn er eine ihnen genehme agrarische Wirtschaftspolitik wissenschaftlich verteidigte und haben seine Autorität gegen uns ins Feld geführt. In dem Augenblick aber, wo dieser Mann in einem nebensächlichen Punkte nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung Anschauungen vertritt, die den Herren nicht genehm waren, weil sie gegen ihre materiellen Interessen verstießen, wurde er von ihnen in einer Weise angegriffen, die er selbst als unwürdig bezeichnet hat. Käme Herr Professor Wagner in eine Arbeiterversammlung, um dort seine zollpolitischen Anschauungen zu vertreten, so würde er zwar sicher seinen Arbeiter bekehren, aber man würde ihn dort mit der Ruhe anhören, wie es seiner wissenschaftlichen Stellung gebührt. (Sehr wahr! bei den Soz. Lachen rechts.) Professor Wagner hat nun bei seinen Ausführungen natürlich nur von den jetzt schon im Reich bestehenden indirekten Steuern gesprochen. Nach den Nachweisungen des Reichsschatzamts beziffern sich diese auf 19 Mark pro Kopf, das heißt

eine fünfköpfige Familie ist mit 95 Mark belastet.

Dazu kommt nun noch der Tribut, den die Arbeiterfamilien infolge der durch die Zollerhöhung herbeigeführten Verteuerung der Lebensmittel an die Landwirtschaft zu zahlen haben, und zu diesen schweren Lasten sollen nun noch im Reich neue ungeheure Opfer treten, die im einzelnen auf den Kopf der Bevölkerung nicht auszurechnen sind, die im ganzen etwa vier Millionen Mark im Jahre betragen werden. Für Preußen kämen dann noch die jetzt zu beschließenden Zuschläge hinzu. Was das Kinderprivileg anlangt, so hat ja mein Freund Hirsch bereits nachgewiesen, daß davon die größeren Einkommen viel mehr Vorteil haben.

Die Mitglieder des Hauses, die selbst Gemeindevertreter sind oder Einfluß auf die Gemeindevertretungen in ihrem Wahlkreise haben, wenigstens dafür eintreten, daß in den Kommunen die Wertzuwachssteuer eingeführt wird. Nach Hunderten von Millionen, ja nach Milliarden beziffert sich die Wertsteigerung, welche der Grundbesitz in allen aufblühenden Kommunen in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Es bietet sich hier also eine reichlich fließende Steuerquelle, die auch allen Anforderungen entspricht, welche man an eine gute und gerechte Steuer stellen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Herren dann sehen werden, wie die Einführung der Steuer an dem Widerstand der Grundbesitzer scheitern wird, dann wird die Ueberzeugung von der Schädlichkeit des Hausbesitzerprivilegs in immer weitere Kreise dringen. Das wäre vielleicht der einzige gute Erfolg dieser Vorlage. (Sehr gut! bei den Soz.) Es ist von allen Seiten so hingestellt worden, als ob man in der

Besteuerung der großen Einkommen

bereits die Grenze des Möglichen gegangen sei. Solchen Behauptungen gegenüber sind die Feststellungen der neuen vergleichenden Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Ergänzungssteuer sehr interessant. Aus diesen amtlichen Nachweisungen ergibt sich, daß das veranlagte Vermögen der Zensiten in Preußen in den Jahren 1908 bis 1910 gegenüber der Periode 1905 bis 1907 um 9.240.000.000 Mk. gestiegen ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist fast das Doppelte der Kriegsentschädigung, die 1871 Frankreich auferlegt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.)

91.653 Millionen

werden von genau 1½ Millionen Zensiten versteuert. Nach Professor Delbrück kann man sagen, daß dazu noch 60 Milliarden etwa kommen, die bisher gewußt haben, sich der Steuer zu entziehen (Sehr gut! bei den Soz.) und die, wie Prof. Delbrück ausführt, zum größten Teil in der Landwirtschaft stecken. Prof. Delbrück sagt darüber: „Wer sein Einkommen und Vermögen auf dem Lande hoch deklariert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch stärker herangezogen zu werden. Mir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus den Kreisen der Gutsbesitzer erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihrer Nachprüfung milde, da an ihrer Spitze der Landrat steht (Hört, hört! bei den Soz.), der durch Rücksichten der Politik der Karriere gezwungen ist, es mit den Grundbesitzern nicht zu verderben! (Zuruf bei den Soz.: Ausgezeichnet! Lachen rechts). Sie lachen,

das sagt aber kein Sozialdemokrat,

sondern eine konservative Autorität. Im übrigen ergibt sich aus der amtlichen Uebersicht, daß fast die Hälfte aller Zensiten noch nicht den 12. Teil des gesamten Vermögens in Preußen besitzen und daß 21.000 Zensiten, also noch nicht 1/70 aller Zensiten mehr als 1/3 des gesamten Vermögens in Preußen sein eigen nennt. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Zahlen beweisen, wie sich bei uns das Nationalvermögen vermehrt, und wie es sich immer mehr in wenigen Händen konzentriert. Sie beweisen auch, daß die neue Belastung bei den großen und größten Einkommen als solche überhaupt nicht gespürt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem scheut man sich nicht, in Preußen auch bei den kleinsten Arbeitereinkommen noch Zuschläge zu erheben und dem Reiche in Form der Konsumsteuern viele Hunderte von Millionen aus den Massen herauszuziehen, während die Besitzenden kaum dazu zu bekommen sind, unter allen möglichen Kautelen einen kleinen Bruchteil der Reichslasten auf ihre Schultern zu nehmen. Sie haben die Macht, und daher auch das Recht, die Steuern in der ihnen geeignet erscheinenden Weise auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu verteilen. Aber Sie werden weder uns, noch die hinter uns stehenden Massen überzeugen können, daß die Verteilung von Ihnen in einer Weise vorgenommen wird, wie es die Gerechtigkeit erforderte. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Graf **von der Groeben** (kons.) verteidigt den Abg. v. Hennigs gegenüber dem Abg. vom Rath.

Finanzminister **von Rheinbaben**:

Gegenüber den Ausführungen des Abg. Heimann muß ich erneut darauf hinweisen, daß 75 Prozent der jetzt beschlossenen Zuschläge von 0,38 Prozent der Bevölkerung aufgebracht werden. Nicht nur die großen Vermögen haben zugenommen, sondern auch die Einkommen von 900 bis 3000 Mk. 1892 versteuerten diese Einkommen 2.481.000.000 Mark, 1908 6.400.000.000 Mark. (Hört, hört! rechts.) Gegenüber dem von Herrn Heimann angeführten Vorwurf des Professors Delbrück, daß die Landräte Steuerhinterziehung begünstigen, muß ich diesen in Schutz nehmen. Zunächst gehört zu dem steuerlichen Begriff des Vermögens nicht das Vermögen, welches sich im Auslande befindet, ferner auch nicht das Vermögen, das in Hausgeräten usw. angelegt ist. Dies Vermögen schätzen wir auf 20 Milliarden. Ferner ist auch der ganze Besitz der 6000 Mk. nicht erreicht, nicht zur Besteuerung herangezogen. Von dem angeblichen Fehlbetrag von 66 Milliarden erklären sich etwa 50 Milliarden auf diese Weise. Im übrigen gebe ich zu, daß es noch sehr viele Leute gibt, die nicht die Steuern zahlen, die sie zahlen müssen. (Sehr richtig!) Rund 1.400.000 Steuereinschätzungen mußten berichtigt werden, das mehr verlangte Einkommen betrug 2 Milliarden, und es sind dadurch 83 Millionen Mark Steuern mehr erzielt worden. (Hört, hört!) Den Vorwurf gegen die Landräte weise ich wiederholt mit Entschiedenheit zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (freis. Vgg.):

Gegenüber Herrn Heimann muß ich bemerken: „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen, der andere hört vor allem nur das Nein?" Würde Herr Heimann etwa für die Vorlage stimmen, wenn wir wirklich die Einkommen von 1200 bis 1500 Mk. Zuschlag freiließen? Die Sozialdemokratie handelt auch heute den Beamten gegenüber nach der Grillenbergerschen Taktik: „Wir gönnen den Unteroffizieren jede Aufbesserung, aber wir bewilligen ihnen nicht einen Groschen." Die Sozialdemokraten übertreiben gigantisch, wenn sie in der Mehrausgabe von vierteljährlich 15 Pfennig eine schwere Gefahr für den Arbeiterstand erblicken. Wenn wir der Steuervorlage zustimmen, so deshalb, weil es sich um ein Provisorium handelt. Prinzipiell stehen Nachlaßsteuer und Vermögenssteuer nach wie vor an erster Stelle in unserem Steuerprogramm. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **Hirsch** (Soz.):

Es war sonderbar, daß die Rede des Herrn Vorredners zu dieser Vorlage wesentlich aus Angriffen gegen die Sozialdemokratie bestand. Es ist mir ja psychologisch erklärlich, daß das böse Gewissen Herrn Pachnicke nicht in Ruhe läßt (Lachen bei den Freis.) und daß er, um die berechtigten Vorwürfe, die in der Oeffentlichkeit gegen das Verhalten seiner Freunde erhoben worden sind, von sich abzulenken, nun gegen die Sozialdemokratie polemisiert. Herr Pachnicke behauptet, wir stellten Anträge auf Verbesserung der Beamtenbesoldungen, kümmerten uns aber nicht darum, wie das Geld aufgebracht wird.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neu entdeckter Rembrandt für 200 Mark. Bei einer Auktion alter Bilder, die vor einiger Zeit in London stattfand, wurde auch ein Gemälde von Gerbrandt van den Eeckhout, dem Schüler Rembrandts, ausgeboten. Das Werk erregte nur geringes Interesse; allein der englische Kunsthändler Richardson war durch die malerische Kraft des wenig beachteten Stückes überrascht und erstand das Werk für 200 Mk. Er unterzog es einer genauen Untersuchung, die ihn zu der Ueberzeugung führte, das Bild entstamme nicht der Hand Eeckhouts; alle Einzelheiten deuteten darauf hin, daß man es mit einem Jugendwerk Rembrandts zu tun hat. Der Rahmen wurde abgenommen und in der Tat entdeckte man an einer Stelle, die vordem durch die Umrahmung zugedeckt war, die Signatur Rembrandts mit der Jahreszahl 1631. Wie englische Blätter berichten, wurde das Bild nunmehr nach Berlin gesandt und von Bode und Friedländer untersucht. Uebereinstimmend sollen beide Gelehrte zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es sich um ein echtes Werk aus der Frühzeit Rembrandts handelt. Das kostbare Stück, das der englische Kunsthändler für 200 Mark erwarb, und das heute ein Vermögen repräsentiert, mißt zwei Fuß sechs Zoll im Quadrat und stellt den Tanz der Salome vor Herodes dar. Unter den der Szene beiwohnenden Personen befindet sich die Gestalt eines jungen Mannes, in dem Bode und Friedländer ein Selbstporträt Rembrandts erblicken. Nach der Jahreszahl hat Rembrandt das Werk als Dreiundzwanzigjähriger gemalt.

Aus aller Welt.

Der Streik der Steuerzahler. Sehr merkwürdige Leute sind die Einwohner des französischen Fleckens Freville-Escarlotin. Sie fühlen Sehnsucht nach einem Gendarmen, und um diese Sehnsucht zu erfüllen, sind sie auf einen kuriosen Gedanken gekommen: sie verweigern der Republik Frankreich schlankweg die Steuern. Da die öffentliche Sicherheit in jener Gegend viel zu wünschen übrig läßt, hatten die Einwohner der Gemeinde die Regierung gebeten, eine Gendarmerie-Brigade nach Freville-Escarlotin zu verlegen. Alle dahinzielenden Petitionen der Bürger blieben jedoch unberücksichtigt. Um die Behörden zu zwingen, den Wünschen der Einwohnerschaft nachzukommen, beschlossen die Bürger nun einfach, so lange keine Steuern zu zahlen, bis die Gendarmen für Freville-Escarlotin bewilligt seien. Der Beschluß der Bürger wurde der Regierung als ein offizielles Verdikt mitgeteilt, und die Behörden werden nun wohl die gewünschten Gendarmen schicken, allerdings zu anderem Zwecke, als die Einwohner von Freville geträumt hatten.

Die größte Uhr der Welt. Eine Riesenturmuhr und wahrscheinlich die größte Uhr der Welt wird gegenwärtig in Neuchatel in der Schweiz für das Hauptpostamt in Algier konstruiert. Das Zifferblatt dieser durch Elektrizität angetriebenen Uhr hat einen Durchmesser von nicht weniger als 6,50 Meter, und die Größe der Zahlen, die die Stunden bezeichnen, beträgt 1,10 Meter. Die Entfernung von einer Minute zur anderen beträgt 31 Zentimeter und die von einer Stunde zur anderen 1,70 Meter.

Die Geduld des Klägers wird am Reichsgericht auf eine harte Probe gestellt. Für die Ueberlastung dieses Gerichts sind die Erfahrungen bezeichnend, die ein Berliner Gastwirt gemacht hat. Er war früher Inhaber eines Ausschankes einer Münchener Brauerei, mit der er wegen der hinterlegten Kaution von 3000 Mark in Streit geraten war. Der Gastwirt verklagte die Brauerei und erzielte sowohl am Landgericht wie schließlich am Kammergericht ein obsiegendes Urteil. Der letzte Termin fand vor dem Kammergericht am 6. November vorigen Jahres statt. Gegen dieses Urteil legte die Brauerei bei dem Reichsgericht Revision ein, und dieses hat Verhandlungstermin auf den 1. Januar 1910 angesetzt. Zum Glück besitzt der Gastwirt einige Mittel, um die endgültige Erledigung des Prozesses abwarten zu können. In welche schwierige Lage aber würde er wohl geraten, wenn er die 3000 Mark zum Lebensunterhalt oder zum Beginn eines neuen Unternehmens nötig gebraucht hätte.

Gehorsam im Kriegsspiel. Eine sehr interessante Frage kam in diesen Tagen vor dem Koblenzer Kriegsgericht zur Verhandlung. Es handelte sich um die Frage, ob beim Kriegsspiel die fingierten Feinde als wirkliche Feinde anzusehen seien, ob also zum Beispiel ein Unteroffizier das Recht habe, dem ihm sonst vorgesetzten Offizier den Gehorsam zu verweigern. Der theoretische Fall kam in Koblenz zur praktischen Wirklichkeit. Der Unteroffizier S. der vierten Kompagnie des dortigen Infanterie-Regiments 28 hatte bei einer Felddienstübung im Brigadeverband als Patrouillen-Führer den Befehl erhalten, gegen eine feindliche Stellung vorzugehen. Beim Zusammentreffen befahl ihm ein gegnerischer Offizier, zurückzugehen. Der Unteroffizier kam trotz wiederholter Aufforderung dem Befehl nicht nach. Er wurde deshalb wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft angeklagt. Der Anklagevertreter beantragte eine Gefängnisstrafe von 43 Tagen. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung: der Unteroffizier habe sich objektiv der Gehorsamsverweigerung schuldig gemacht; subjektiv liege jedoch ein Vergehen nicht vor, da der Unteroffizier der Ueberzeugung gewesen sei, der gegnerische Offizier sei bei einer Felddienstübung nicht sein Vorgesetzter. Der § 50 des Strafgesetzbuches stehe ihm zur Seite, der laute: „Wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Tatumständen nicht kannte, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen."

Eine Ueberraschung auf dem Paukboden. Große Unannehmlichkeiten brachte paukenden Studenten eine Mensur, die am 5. November v. J. in dem großen Saale des Restaurants „Königssäle" in Berlin ausgefochten wurde. Der Kriminalpolizei waren schon seit längerer Zeit Mitteilungen zugegangen, daß in den „Königssälen" in der Neuen Königsstraße schwere Säbel- und Schlägermensuren ausgefochten wurden. In allen Fällen blieb eine Haussuchung durch die Polizei erfolglos, denn durch irgend ein geheimes Zeichen wurden die auf dem Paukboden befindlichen Studenten rechtzeitig gewarnt und konnten verschwinden. Am 5. November klingelte im Bureau der Kriminalpolizei das Telephon, und eine tiefbetrübte Mutter, eine Frau Baumeister F., teilte mit, daß ihr Sohn gerade ein Duell in den Königssälen zu bestehen habe. Der zuständige Kommissar wählte einen Beamten aus, der früher bei einem Handgemeng mit einem Einbrecher eine Verletzung im Gesicht erlitten hatte, die wie ein „Schmiß" aussah. In den Königssälen standen sich gerade zwei Angehörige der Verbindungen „Thuringia" und „Frankonia" mit dem Schläger in der Hand gegenüber, als ein junger Mann den Saal betrat und nach höflichen Verbeugungen nach allen Seiten auf die Hintertür zuschritt und die in dem „Flickzimmer" befindliche Tür abschloß. Hier saßen etwa fünfzehn Herren, die sich bereits blutige Köpfe geholt hatten. Zu nicht geringem Schrecken der Anwesenden ertönte plötzlich der Ruf: „Meine Herren, ich bin Kriminalbeamter, machen Sie mir bitte keine Schwierigkeiten!" Der Herr, den jeder für einen flotten Korpsstudenten gehalten hatte, war der Kriminalwachtmeister Stelse. Die Untersuchung der Oertlichkeiten ergab, daß der Portier des Restaurants Mitwisser war und die Studenten durch ein elektrisches Klingelzeichen sofort warnte, sobald ein „Verdächtiger" das Restaurant betrat. Ebenso war die Inhaberin des Restaurants schon wegen Beihilfe zum Zweikampf einmal zu sieben Monaten Festungshaft verurteilt worden. — Gegen fünf der Paukanten wurde von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 205 St.-G.-B. (Zweikampf mit tödlichen Waffen) eingeleitet. Es waren dies der stud. vet. Erich Gerlach, stud. vet. Josef Altinger und die stud. geod. Wilhelm Rösener, Ernst Kusche und Wilhelm Neugebauer, gegen die die Strafkammer auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von je drei Monaten Festungshaft erkannte.

In der Kommission aber sind gerade von uns Anträge zur Beschaffung der Mittel gestellt worden, freilich in anderer Weise, als es den Intentionen des Herrn Pachnicke entspricht. So ist unser Antrag auf Verdoppelung der Ergänzungssteuer gegen die Stimme des sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt worden. Nun vertröstet uns Herr Pachnicke darauf, daß seine Freunde später bei einer organischen Regelung des Einkommensteuergesetzes mit uns dafür stimmen würden, daß die Steuererhöhung erst mit 7000 Mark beginne. Ich fürchte nur, daß Herr Pachnicke und seine Freunde dann von den Konservativen nicht die Erlaubnis bekommen werden, so zu stimmen, wie sie es dem Programm entsprechend tun müßten. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Pachnicke sagte weiter, wir haben kein Recht, von dem Untergange des Arbeiter- oder Mittelstandes zu sprechen, wenn bei 1200 Mark Einkommen noch vierteljährlich 15 Pfennig mehr Steuern gezahlt werden müssen. In solchen Uebertreibungen hat sich niemand ergangen. Unserer Meinung nach sollten die Einkommen bis 1200 Mark oder auch bis 1500 Mark vollkommen steuerfrei bleiben. Vergessen Sie nicht, daß Sie auch durch Erhöhung des Mietsstempels diese Einkommen noch mit 3 Mark mehr pro Jahr belasten. Man soll nicht den Minderbemittelten immer dadurch etwas vormachen, daß man sagt, es handle sich ja nur um ein paar Pfennige. Sie müssen bedenken, daß man überall,

an allen Ecken und Enden

darauf ausgeht, die Minderbemittelten zu belasten. (Sehr wahr! bei den Soz. Lachen rechts.) Sie richten sich selbst dadurch, wenn Sie denen, welche gegen diese Lasten protestieren, nichts weiter entgegensetzen können, als nur Lachen. Die Freisinnigen erklärten bei der ersten Beratung, daß die Einkommen bis zu 10.000 Mark freigelassen werden sollen. Trotzdem haben sie dann schließlich dem Kompromiß zugestimmt, wonach schon die Einkommen von 1200 Mark bluten müssen. (Hört, hört! bei den Soz.) Man sollte sich nicht darauf berufen, daß es sich nur um eine vorläufige Regelung handelt. Was Sie hier tun, ist der erste Schritt, und Sie werden nachher nicht mehr zurückkönnen, die Regierung wird sagen, jetzt sind die Einkommen von 1200 Mark schon mit soundsoviel belastet. Sie können dann froh sein, wenn nicht noch eine neue Belastung dieser geringen Einkommen erfolgt. Daß diese geringen Einkommen dann entlastet werden, daran denkt im Ernst niemand. Darüber sollten Sie sich klar werden vor der Abstimmung. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Pachnicke** (freis. Vereinig.):

Im Gegensatz zu Herrn Heimann hat Herr Hirsch wenig sachlich gesprochen. Ich bin überzeugt, die Konservativen machen gar keinen Anspruch darauf, uns irgend eine Erlaubnis zu erteilen. (Sehr richtig! rechts.) Durch ihre ständige Verneinung macht sich die Sozialdemokratie selbst einflußlos. (Sehr richtig! bei den Freis.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Durch die Gewerkschaftsbeiträge werden die Arbeiter von den Freunden des Herrn Hirsch viel höher belastet, als durch diese Vorlage. Uns kommt es nur darauf an, daß in der Belastung der einzelnen Bevölkerungsklassen das richtige Verhältnis gewahrt wird. Den Sozialdemokraten kommt es ja doch auf die innere Wahrheit ihrer Ausführungen nicht an, sie wollen nur ein Agitationsmittel haben. (Bravo! bei den Natl.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Hirsch** (Soz.): Wenn Herr Pachnicke behauptete, daß ich im Gegensatz zu meinem Freunde Heimann unsachlich gewesen bin, so lag es nur daran, daß ich zufällig nach Herrn Pachnicke zu Worte kam. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Dr. Friedberg hat für seine Behauptung, uns käme es nur darauf an, ein Agitationsmaterial für außen zu haben, auch nicht einen Schimmer von Beweis erbracht. Ich muß es ebenso wie er für mich in Anspruch nehmen, daß ich innerlich von der Wahrheit meiner Behauptungen durchdrungen bin. Durch den Schluß der Debatte ist es mir selber unmöglich gemacht, auf die interessante Frage einzugehen, wie es mit den Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter bestellt sei. Aber das kommt noch.

Hierauf wird das Gesetz, betreffend die Gebühren und auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Gesamtabstimmung angenommen.

Hierauf wird das Gesetz, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten in zweiter Lesung nach längerer Diskussion in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Extraordinarium des Gestütsetats, Etat der Domänen- und Forstverwaltung.)

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

224. Sitzung. Donnerstag, den 11. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch v. Schön, v. Bethmann-Hollweg.

Die Beratung des Entwurfs eines Weingesetzes wird fortgesetzt. Dazu liegen zwei Anträge Paasche (natl.), sowie ein Antrag Dr. Thaler (Zentr.) und Hormann (Frs. Vp.) vor.

Abg. Dr. Spindler (Zentr.): Bezüglich der Zuckerung trifft der Kommissionsvorschlag das richtige, daß nur 20 Prozent Zuckerlösung zugesetzt werden darf. Diesen Antrag Paasche bitte ich daher abzulehnen. Dagegen schließe ich mich dem anderen Antrag Paasche an, der die Zweckbestimmung aus dem Gesetze entfernen will. Ebenso schließe ich mich dem Antrag Hormann an, den Termin für die Zuckerung auszudehnen. Die Kommission hat einen § 6c eingefügt, wonach mit ausländischen Weinen verschnittener deutscher Weißwein nicht als deutscher Wein in den Verkehr kommen darf. Da die Regierung an dieser Bestimmung das ganze Gesetz scheitern lassen will, so könnte man sie fallen lassen, falls die Regierung der Resolution der Kommission zustimmt, bei Aufstellung der Grundsätze des Vollzugs strengere Kontrolle einzuführen. (Beif. im Zentr.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) begründet seine beiden Anträge. Daß gute Weine gezuckert werden, sei nicht zu befürchten. Manche Produkte verlangten eine höhere Zuckerung.

Geh. Regierungsrat Frhr. v. Stein wendet sich gegen die Ausführungen Paasches. Es sei nicht richtig, daß das eigene Interesse der Winzer diese abhalte, auch gute Produkte zu zuckern.

Abg. Preiß (Elsässer): Die Zweckbestimmung muß im Gesetze beibehalten werden. Ein gutes Produkt darf nicht gezuckert werden. Ich bitte, beide Anträge Paasche abzulehnen. Das Ausland hat sicherlich kein Recht darauf, daß seine Produkte unter deutschen Namen in den Handel kommen.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Wenn wir auch mit Engelszungen reden könnten, wir überzeugen die Regierungen doch nicht. Das Gesetz bleibt auf halbem Wege stehen. Dem Antrag Paasche, die Zweckbestimmung zu streichen, stimmen wir zu. Auf die Maximalbestimmung der Zuckerung lege ich den größten Wert. Ich habe Leute gesprochen, die schon über einen Zusatz von 20 Prozent geradezu entsetzt sind. Vielfach wird ja gezuckert, nicht um den Wein schmackhaft zu machen, sondern um die Menge zu vermehren. Auf keinen Fall darf über 20 Prozent hinaus gestattet werden. Wir behalten uns weitere Anträge für die dritte Lesung vor und hoffen, daß die Regierung das Gesetz nicht scheitern läßt, das immerhin gewisse Vorteile bringt. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Schüler (Zentr.): Im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses will ich mich kurz fassen. (Bravo! Heiterkeit.) Die Anträge des Herrn Dr. Paasche bedeuten eine starke Betonung der Zuckerung. Die Vorwürfe des Herrn Hormann gegen die Winzer müssen zurückgewiesen werden. Nicht die Winzer, sondern die Weinhändler sind es, die die Weine verlängern. Die Berechnungen der Winzer verhalten sich zu denen der Weinhändler wie 1:160. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim**: Der Deklarationszwang ist keineswegs eine differenzierte Behandlung der ausländischen Weine zu Gunsten der inländischen. Der Antrag Roeren-Erzberger (auf ausschließliche Benennung eines gemischten Weines nach seinem überwiegenden Bestandteil) ist praktisch undurchführbar.

Abg. **Wieland** (Südd. Vpt.): Ich hatte vorhin nicht zu reden (Beifall), sehe mich aber doch genötigt dazu. (Widerspr.) Der edle Wein soll dem gutmütigen Publikum so rein wie möglich vorgesetzt werden. (Beifall.) Die Güte des Weines ist vom Klima abhängig (Zustimmung) und das Klima ist in den einzelnen Gegenden unseres lieben deutschen Vaterlandes verschieden. (Sehr richtig!) In Deutschland wird viel Wein getrunken. (Beifall.) Besonders in Berlin. (Zuruf: In Bremen auch!) Das weiß ich nicht, ich war nämlich noch nicht dort. (Andauernde Zurufe. Heiterkeit.) Der Mann aus dem Volke hat auch Anspruch auf einen guten reinen Tropfen! (Beifall und Heiterkeit.) Redner wendet sich endlich gegen die Anträge Paasche und Hormann.

Abg. Dr. **Thaler** (Zentrum) begründet einen Antrag, wonach der Zuckerzusatz nicht normiert, sondern unbeschränkt soweit zugelassen werden soll, als es nötig ist, um minderwertigen Jahrgängen die Süßigkeit der guten zu geben.

Abg. **Gregoire** (Lothringen) verbreitet sich über die Spezialwünsche und Beschwerden der Lothringischen Winzerschaft.

Ein Blockantrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die §§ 3, 4, 5, 6 werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Zu 6a bittet

Abg. **Vogt** (Wirtsch. Vgg.) dem Antrag Roeren-Erzberger zuzustimmen.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Die Annahme dieses Antrages wäre ein rechter Schildbürgerstreich. Soeben wurde beschlossen, daß Weine die Namen nahe gelegener Gemarkungen führen dürfen. Der Antrag Erzberger will nun Benennungen eines gemischten Weines nach seinem überwiegenden Bestandteil. Die Konsequenz ist, wenn kein Rüdesheimer drin ist, so darf der Wein Rüdesheimer heißen. Ist aber ein Teil Rüdesheimer darin, so darf er nach dem Antrag Erzberger nicht Rüdesheimer heißen. Einen solchen Widersinn wollen Sie, bitte, nicht beschließen!

Nachdem der Abg. **Erzberger** (Zentrum) seinen Antrag als vernünftig hinzustellen versucht und Abg. Dr. **David** (Soz.) seine Unsinnigkeit noch einmal dargelegt hat, wird der Antrag Roeren-Erzberger gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Die §§ 6a und 6b werden in der Fassung der Kommission angenommen, obwohl auf die Bemerkung des Abg. **Becker**-Köln (Zentr.), das „unannehmbar“ der Regierung sei wohl nicht tragisch zu nehmen, Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** ausdrücklich die Erklärung abgibt, daß er mit einem so ernsthaften Wort wie „unannehmbar“ keinen Scherz treibe.

Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Ebenso die Resolution, welche Einfuhrstationen für ausländische Weine und Kontrolle der Herkunft verlangt.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle über Beseitigung der Doppelsteuer, die unverändert angenommen wird.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Militäretat, Weingesetz.)

Die Brausteuer.

In der Finanzkommission wurde am Donnerstag die Brausteuervorlage beraten.

Dazu liegt folgender Antrag Gamp vor:

Den ersten Absatz des § 6 wie folgt zu fassen:

Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des nach § 5 Absatz 3 berechneten Gesamtgewichtes der in einem Brauereibetriebe innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Braustoffe:

Von den ersten	250	Doppelzentnern	10 Mark
" " folgenden	750	"	12 "
" " "	500	"	16 "
" dem Rest			20 "

In der Regierungsvorlage lauten die Stufen folgendermaßen:

Von den ersten	250	Doppelzentnern	14 Mark,
" " folgenden	1250	"	15 "
" " "	1500	"	16 "
" " "	2000	"	18 "
" dem Rest			20 "

Der Abgeordnete **Zehnter** als Berichterstatter gibt den wesentlichen Inhalt der Petition bekannt. Die Produktionskosten seien gesteigert. Der Anti-Alkoholismus habe zugenommen, ebenso der Dünnbierverkauf, sodaß das Brauereigewerbe dadurch bedrängt sei. Einzelne Brauer wünschten eine Kontingentierung; andere wünschten eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Dann sind Mäßigkeitsvereine für die höhere Steuer eingetreten und wieder andere wollen, daß minderwertiges Bier geringer besteuert werden solle.

Der Abgeordnete **Gamp** (kons.) tritt für seinen Antrag ein. Seine Partei (Partei Hatzfeldt) sei dafür, daß das Bier höher besteuert werde. Er sei auch für die Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Gegen eine Kontingentierung habe er große Bedenken.

Schatzsekretär **Sydow** meint, es sei sehr schwer, die alkoholfreien Getränke zu besteuern. Gamp möge doch einmal darlegen, wie er sich die Besteuerung nach einer Staffel denkt.

Der Abgeordnete **Speck** (Zentr.) wendet sich gegen die verlangte Besteuerung und gegen die Kontingentierung. Es ginge nicht, in die Produktionsverhältnisse einzugreifen und die Konkurrenzmöglichkeit zu beschränken. Mehrere seiner Freunde seien bereit, höhere Erträge aus dem Bier zu bewilligen.

Ministerialdirektor **Kühn** sagte, in der Vorlage soll nur ein Weg bezeichnet werden, während bei der Spezialdiskussion über Einzelheiten geredet werden könne.

Der Abg. **Weber** (natlib.) erklärte, daß die Nationalliberalen bereit seien, aus dem Brauereigewerbe neue Mittel für die Reichsfinanzen schaffen zu helfen.

Der Abg. **Zubeil** (Soz.) erklärt: Die Steuer von 1906 sei von den Brauern auf die Gastwirte abgewälzt worden. Die Gastwirte haben dann die Steuer auf die Arbeiter abzuwälzen gesucht. Die Arbeiterschaft, auf die die neue Steuer wieder abgewälzt werden soll, ist nicht gewillt, diese Last zu tragen. In die schwierigste Lage kommen die Gastwirte, die schon unter den verschiedensten Besteuerungsarten des Biers, auch kommunalen, leiden. Die Verhältnisse liegen für das Gastwirtsgewerbe Süddeutschlands anders, als für Norddeutschland. Seit 1906 ist ein großer Rückgang der Brauproduktion eingetreten. Gegen eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke muß Front gemacht werden, da dadurch wieder die Arbeiter zuerst und am schwersten getroffen werden.

v. Richthofen-Striegau (kons.) tritt für die Vorlage ein. Schatzsekretär Sydow erklärt gegenüber einigen Aeußerungen des Abg. Weber, es bestehe seitens der verbündeten Regierungen die Geneigtheit, eine andere Eichung der Schankgefäße herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen würden demnächst mit einer Vorlage vor den Reichstag treten, die die Schankgefäße statt nach Zehnteln nach Zwanzigsteln geeicht wissen will.

Der Abg. **Wiemer** (freis.) erklärt, seine Freunde seien nur unter Vorbehalt mit Rücksicht auf ihre Stellung in der zweiten Lesung dem Kompromiß beigetreten. Man werde um eine Besteuerung des Biers nicht herumkommen; das Brauereigewerbe habe sich mit dieser Tatsache vertraut gemacht. Die Summe des Mehrertrages, 100 Millionen Mark, sei sehr hoch; vielleicht ließe sie sich etwas herabsetzen. Die Frage der Besteuerung der alkoholfreien Getränke müsse sehr eingehend geprüft werden.

Der Zentrumsabg. **Steinbl** wendet sich scharf gegen die Vorlage; Abg. **Raab** (Antisemit) tritt dagegen für die Vorlage ein. Nur wünscht er, daß durch das Gesetz die kommunale Besteuerung des Biers ausgeschlossen werde.

Aus Schlesien und Posen.

Zwischen zwei Feuern.

Trotz des wirtschaftlichen Niederganges haben die freien Gewerkschaften in Schlesien immer noch ganz achtenswerte Erfolge aufzuweisen, die den Neid der Gegner hervorrufen. Diese sind jetzt eifrig bemüht, auf den Mitgliederfang zu gehen. Neben den katholischen Fachabteilern betreiben die christlichen Gewerkschaften, die über einen ganzen Stab besoldeter Agitatoren in Schlesien verfügen, jetzt eine eifrige Propaganda. Wochenlang werden einzelne Orte mit Flugblättern und Zeitungen überschwemmt und, wenn dies geschehen ist, wird eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung arrangiert, in welcher der ersehnte Mitgliederzuwachs gewonnen werden soll. Viel Glück haben die „Christen“ bis jetzt damit nicht gehabt, denn in allen von ihnen arrangierten Versammlungen waren fast gar keine christlichen Arbeiter, sondern freie Gewerkschaftler in der Mehrzahl vorhanden. Einen kleinen Teil der Versammlungsbesucher stellt die andere Fakultät der Brüder in Christo, die katholischen Fachabteiler, die sich dann, wie die freien Gewerkschaftler, an der Diskussion beteiligen. Trotzdem die Christlichen ihre Referate in demagogischer Weise der Zusammensetzung der Versammlung anpassen, geraten sie doch immer zwischen zwei Feuer: die freien Gewerkschaften halten ihnen mit Recht ihr arbeiterverräterisches Treiben vor und die katholischen Fachabteiler bekämpfen sie mit unlauteren Mitteln im Sauherdentone. Trotz aller Mühe gelingt es aber den „Christlichen“ als auch den Fachabteilern nicht, irgendwelche Erfolge zu erzielen. Die Erntenden sind die freien Gewerkschaften.

In Leobschütz fand kürzlich eine vom christlichen Textilarbeiter-Verband einberufene Versammlung statt, in welcher ein Herr Jungnitsch aus Neustadt Mitglieder für seine Organisation fangen wollte. Er fand aber bei den zu neun Zehnteln in der Versammlung anwesenden freien Gewerkschaftlern wenig Gegenliebe. In der Diskussion geißelte Genosse Wolff-Breslau das arbeiterverräterische Treiben dieser Sorte von Gewerkschaftlern, die nicht mehr von den Gelben zu unterscheiden sind, unter lebhaftem Beifall. Erfolge hatte der christliche Agitator hier nicht zu verzeichnen.

Ein gleiches Schicksal widerfuhr den Christlichen am letzten Sonntag in Glatz. Nicht weniger als drei ihrer Leute sollten hier ihre Sache retten. Aber auch hier hatten sie wenig Glück, denn die Genossen Seibel von hier und Förle-Waldenburg führten die Ausführungen der christlichen Agitationsredner auf ihren Wert zurück und kennzeichneten die Organisation der christlichen Gewerkschaften als arbeiterfeindlich. Der katholische Fachabteiler Straube antwortete seinen christlichen Brüdern im Sauherdentone, sodaß die Versammlung zeitweise einen stürmischen Charakter annahm. Aber auch hier hatten die „Christlichen“ keine Erfolge aufzuweisen.

Nach und nach beginnen auch die Arbeiter einzusehen, daß sie von den christlichen und katholischen Gewerkschaften nichts zu erwarten haben, und deshalb ziehen sie es vor, lieber den freien Gewerkschaften beizutreten.

Peisterwitz, 11. März. **Gegen die Boykottsünder.** In der letzten kombinierten Sitzung der Vorstände von Partei und Gewerkschaften wurde lebhaft Klage über den Boykottbruch in Steindorf geführt. Während in Peisterwitz der Boykott fast meisterhaft durchgeführt wird, und nur wenige Verstöße zu tadeln waren, ist das gleiche von Steindorf nicht zu berichten. Die Parteigenossen und Gewerkschaftler aus dem letzteren Orte werden deshalb ersucht, das Büttnersche Lokal streng zu meiden. Nur durch strengen Boykott kann der Wirt gezwungen werden, sein Lokal der gesamten Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

Glogau, 11. März. **Gewerkschaftskartell.** In der letzten Sitzung verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben der Tabakarbeiter gegen die geplante Tabaksteuer. Da eine Versammlung infolge Fehlens eines geeigneten Lokals nicht möglich ist, soll durch Sammlung von Unterschriften gegen diese volksfeindliche Steuer protestiert werden. Gegen die geplante Plakat- und Inseratensteuer soll eine öffentliche Versammlung von den beteiligten Gewerkschaften arrangiert werden. Das Kartell hatte sich an den Theaterdirektor Helm gewandt, zwecks Abhaltung von Volksvorstellungen. Trotz zweimaliger brieflicher Anfrage hat Herr Helm es nicht für nötig befunden, dem Kartell eine Antwort zugehen zu lassen.

Görlitz, 11. März. **Entwickelung nach rückwärts.** Die „Görlitzer Volkszeitung“ schreibt: Daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine an starkem Mitgliederschwund leiden, ist eine längst bekannte Tatsache. Neu dürfte es aber sein, daß gleich ganze Ortsvereine mit Mann und Maus von den Gewerkvereinen abrücken. Ein solcher Fall ist kürzlich in Görlitz passiert. Ein seit 14 Jahren bestehender Ortsverein des Gewerkvereins der Bauhandwerker hat sich in seiner am 2. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung vom Gewerkverein losgesagt. Es wurde beschlossen, den Verein als Lokalverein der Dachdecker und Berufsgenossen weiter zu führen. Die gewesenen Gewerkvereinler setzten dem Organisationsvertreter der Hirsche, der gekommen war, um zu retten, was noch zu retten ist, auseinander, wie schwer es heute sei, dem Gewerkverein anzugehören, der gegenüber den übrigen Organisationen nichts bedeute.

Ratibor, 11. März. **Wieder abgewiesen.** Bekanntlich haben die organisierten Arbeiter von Ratibor, weil ihnen jedes Lokal zur Abhaltung von gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen vorenthalten ist, sich ein Gewerkschafts-Lokal erworben. Für dieses Lokal suchte nun der Arbeiter-Kasino-Verein durch seinen Vorsitzenden, Genossen Müller, die Konzession zum Betriebe einer Gastwirtschaft nach. Es sollten den Mitgliedern des Vereins Speisen und Getränke zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Vom Stadtausschuß wurde die Genehmigung versagt, und, wie nicht anders zu erwarten war, auch vom Bezirks-Ausschuß, wo Genosse Müller noch einmal die Gründe, die den Arbeiter-Kasino-Verein veranlassen, die Konzession nachzusuchen, mündlich vortrug. Umsonst war dessen Hinweis auf die Saalabtreibereien durch die Behörden und auf die Zwangslage, in die die Gewerkschaften gedrängt wurden, umsonst der Hinweis auf den lebhaften Verkehr im Gewerkschaftslokal, und ebenso der Hinweis, daß man in anderen Orten anstandslos die Konzession erteilt habe, und sogar in Ratibor dem Logen-Verein die Konzession erteilt habe. Die Herren vom Bezirks-Ausschuß verneinten die Bedürfnisfrage und wiesen den Gesuchsteller ab, weil in der Nähe genügend Lokale vorhanden seien. —

Eine andere Entscheidung war vom Bezirks-Ausschuß nicht zu erwarten. Die Arbeiter ersehen hieraus, daß sie anders behandelt werden, wie der Logen-Verein, dem freilich keine Arbeiter angehören. Die Quittung muß die Arbeiterschaft von Ratibor ausstellen, indem sie sich Mann für Mann der politischen sowohl wie auch der gewerkschaftlichen Organisation anschließen.

Rawitsch, 7. März. **So kommt das Volk zur Welt.** Ueber eine Geburt im Schnee wird der „Raw. Ztg.“ von einem Augenzeugen mitgeteilt: Kurz vor dem Bahnhofsgebäude in Bakoswalde wurde gestern Nachmittag gegen 5½ Uhr eine Arbeiterin aus Zaorle von Kindesnöten heimgesucht, so daß sie den Zug, mit dem sie nach Steinau fahren wollte, nicht mehr erreichen konnte. Am Grabenrande, an einen Baum gelehnt, brachte sie ohne Hilfe ein Kind weiblichen Geschlechts zur Welt, das ihren kraftlosen Händen entglitt und in den Schnee fiel. Dort blieb es wohl an 10 Minuten liegen, bis aus dem naheliegenden Gasthause Hilfe kam. Notdürftig eingehüllt, schaffte man Mutter und Kind nach dem Gasthause, wo alles getan wurde, was möglich war. Eine herbeigeholte Hebamme sorgte für die Mutter; das Kind, das auf der Seite, wo es im Schnee gelegen, ganz blaugefroren war, bekam zwar anfangs Krämpfe, erholte sich aber nach und nach und hatte heute früh wieder muntere Augen, nahm auch eifrig die dargereichte Milch zu sich. Da auch die Mutter sich erholt, scheint für beide die Geburt im Schnee ohne nachteilige Folgen verlaufen zu sein.